

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 1

Einführung: Was sind gesellschaftliche Institutionen, und wozu dienen sie?

Stand: Wintersemester 2019/2020

Lernziele

- Aufbau, Organisation und Leistungsanforderungen des Moduls kennen
- Begriff der Institution nennen können
- Drei Funktionen der Institution unterscheiden können
- Allgemeine Ursachen von institutioneller Stabilität und Wandel kennen

Basistext

Esser, H. (2000): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Bd. 5: Institutionen.* Frankfurt am Main. S. 1-43.

Wir beginnen mit einigen Fragen ...

Warum ziehen Soldaten in den Krieg?

Warum wird in manchen islamischen Gesellschaften die Tötung durch Steinigung praktiziert?

Wieso wehren sich die meisten Arbeitnehmer nicht dagegen, einen erheblichen Teil ihres Einkommens an den Staat abzuführen?

Noch mehr Fragen ...

Warum gibt es in den USA mehr Arme als in Schweden, obwohl beide Länder die gleiche ökonomische Leistungsfähigkeit haben?

Was ist die Europäische Union ...

...und warum hat Griechenland wiederholt Finanzhilfen erhalten, obwohl es gegen EU-Regeln verstoßen hat?

Und zum Abschluss noch diese hier:

Wieso geben in Wahlumfragen immer weniger Menschen an, rechtsradikale Parteien gewählt zu haben, als es bei Wahlen faktisch geschieht?

Wieso sind die leistungsfähigsten kapitalistischen Staaten der Erde demokratisch und nicht diktatorisch regiert?

Warum verbringen Sie freiwillig Jahre im Gymnasium und in der Universität, obwohl sie dafür kein Geld bekommen?

Die Antwort lautet:

Es sind **Institutionen**, die das Denken und Handeln der Menschen lenken und damit soziale Ordnung herstellen.

Was ist eine Institution?

Wir beginnen mit drei Definitionen:

Vorschlag 1: *Emile Durkheim*.

„Ein soziologischer Tatbestand ist jede mehr oder minder festgelegte Art des Handelns, die die Fähigkeit besitzt, auf den Einzelnen einen äußeren Zwang auszuüben; oder auch, die im Bereiche einer gegebenen Gesellschaft allgemein auftritt, wobei sie ein von ihren individuellen Äußerungen unabhängiges Eigenleben besitzt. (...) Die Soziologie kann also definiert werden als die Wissenschaft von den Institutionen, deren Entstehung und Wirkungsart.“

(aus: Die Regeln der soziologischen Methode, 1895, S. 114, S. 100).

Was ist eine Institution?

Vorschlag 2: *Douglas North.*

„Institutions are the rules of the game in a society or, more formally, are the humanly devised constraints that shape human interaction. In consequence they structure incentives in human exchange, whether political, social, or economic. Institutional change shapes the societies evolve through time and hence is the key to historical change.“

(aus: Institutions, institutional change and economic performance. Cambridge u.a. 1990, S. 3)

Was ist eine Institution?

Vorschlag 3: *Hartmut Esser.*

„Institutionen sind also [...] – im Unterschied zu sozialen Regelmäßigkeiten und Organisationen – bestimmte, in den Erwartungen der Akteure verankerte, sozial definierte Regeln mit gesellschaftlicher Geltung und daraus abgeleiteter ‚unbedingter‘ Verbindlichkeit für das Handeln.“

(aus: Soziologie, spezielle Grundlagen Bd. 5, Ff./M. 2000, S. 6)

Was ist eine Institution?

Fazit:

Soziale Institutionen sind dauerhaft Anreize und Sanktionen aussendende Verhaltensanforderungen, die das Handeln der Menschen koordinieren. Ihre dauerhafte Existenz basiert auf dem Legitimitätsglauben der Gesellschaftsmitglieder.

Was ist eine Institution?

Mikroinstitutionen sind in der Kultur einer Gruppe, Organisation oder Gesellschaft verankerte Regeln; sie sind zumeist nicht formal strukturiert.

Makroinstitutionen der Gesellschaft haben eine formale Struktur (z.B. durch Gesetze, Verträge, Organisationen).

Was ist eine Institution?

In diesem Modul beschäftigen wir uns vorwiegend mit Makroinstitutionen.

Wozu gibt es Institutionen?

Hartmut Esser (siehe Basistext) unterscheidet drei Funktionen:

1. Orientierung
2. Ordnung
3. Sinnstiftung

Wozu gibt es Institutionen?

1. Orientierungsfunktion

- a. Triebungerichtetheit und Instinktersatz: Institutionen lenken Verhalten durch Reduktion von Reizen.
- b. Reduktion von Unsicherheit: Institutionen stiften Rationalität durch Stabilisierung und Vorhersagbarkeit der sozialen Umwelt.
- c. Konzentration auf das Wesentliche: Institutionen reduzieren die Komplexität des Möglichen auf das Bewältigbare. Durch diese Entlastung schaffen sie die Möglichkeit kreativen Handelns.
- d. „Korrektur der Unvernunft“: Institutionen bestrafen Verhaltensweisen, die als kollektiv unvernünftig gelten.

Wozu gibt es Institutionen?

2. Ordnungsfunktion

- a. Internalisierung von sozialen Kosten („Transaktionskosten“): es wird vermieden, dass Einzelne die negativen Folgen ihres Handelns auf die Allgemeinheit frei abwälzen können. Dadurch wird zweckgerichtetes Handeln im Interesse Aller („Ordnung“) erst möglich!
- b. Bei hohen Transaktionskosten und großer Unsicherheit, ob die geplante Transaktion erfolgreich sein wird, steigt der Bedarf an bindenden institutionellen Regeln.
- c. Staat: bekannteste Einrichtung, die die Ordnungsfunktion durchsetzt – Recht: Mittel der Sicherung von Ordnung.

Wozu gibt es Institutionen?

3. Sinnstiftungsfunktion

- a. Definition dessen, was richtig und falsch, gerecht und ungerecht, sozial akzeptabel und unangemessen ist.
- b. Stiftung von sozialem Sinn: Handlungen und Ereignisse stehen in einem größeren Zusammenhang, der über sie hinausweist.
- c. Sozial geltend sind Regeln, wenn sie verstanden werden können und befolgt werden, die Handelnden sich ihnen verpflichtet fühlen.
- d. Je ausgeprägter die Sinnstiftungsfunktion, desto weniger Anreize und Sanktionen sind nötig, um Koordination zu erreichen.

Wie entstehen Institutionen?

Institutionalisierung: Prozess der Einrichtung einer Institution

Drei Wege der Institutionalisierung:

1. **Dekret:** Herrschaftsinstanz (bereits institutionalisiert) setzt Regel fest
2. **Vertrag:** Übereinkunft zwischen Gesellschaftsmitgliedern über Handlungskoordination
3. **Evolution:** ungeplante, aus Gewöhnung entstandene Entstehung einer Regel ohne formale Kodifizierung

Wann sind Institutionen stabil?

Legitimation: Gesellschaftsmitglieder teilen den der Institution zugrunde liegenden Sinn der Handlungskoordination.

Sanktionsbewährtheit: Institution wird bei Verstößen durch Zwang durchgesetzt.

Wie wandeln sich Institutionen?

Je größer der Widerspruch zwischen dem sozialen Sinn der Institution und dem Legitimationsglauben der Gesellschaftsmitglieder, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit von institutionellem Wandel.

Vorlesungsplan I

I. Grundlagen

-
- | | |
|----|--|
| 1. | Einführung: Was sind gesellschaftliche Institutionen, und wozu dienen sie? |
| 2. | Sozialer Wandel: der Motor gesellschaftlicher Veränderung |
-

II. Wirtschaft

-
- | | |
|----|---|
| 3. | Wirtschaft und Kapitalismus |
| 4. | Erwerbsarbeit und wirtschaftliche Entwicklung |
| 5. | Verbände |
-

III. Staat, Politik, Öffentlichkeit

-
- | | |
|----|--|
| 6. | Politik und Nationalstaat |
| 7. | Politische Kultur und politische Legitimität |
| 8. | Öffentlichkeit |
-

...

Vorlesungsplan II

...

IV. Wohlfahrt

- | | |
|-----|----------------------------------|
| 9. | Gerechtigkeit |
| 10. | Soziale Sicherung |
| 11. | Wohlfahrtsstaat und Umverteilung |
| 12. | Wohlfahrtsstaaten im Vergleich |
-

V. Jenseits des Nationalstaats

- | | |
|-----|--|
| 13. | Europäische Integration I: die Europäische Union |
| 14. | Europäische Integration II: die Entstehung einer europäischen Gesellschaft |
-

Überblicksliteratur

- **Esser, H.** (2000): Soziologie. Spezielle Grundlagen. Bd. 5: Institutionen. Frankfurt am Main.
- **Hradil, S.** (2008): Die Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich. 3. Aufl. Wiesbaden.
- **Kaina, V./ Römmele, A.** (2009): Politische Soziologie: Ein Studienbuch. Wiesbaden.
- **Kohler-Koch, B./ Conzelmann, T./ Knodt, M.** (2004): Europäische Integration – Europäisches Regieren. Wiesbaden.
- **Lampert, H.** (1980): Sozialpolitik. Berlin, Heidelberg, New York.
- **Mau, S./ Verwiebe, R.** (2009): Die Sozialstruktur Europas. Stuttgart.
- **Schubert, K./ Hegelich, S./ Bazant, U.** (2008): Europäische Wohlfahrtssysteme. Ein Handbuch. Wiesbaden.
- **Zapf W.** (1971): Theorien des sozialen Wandels. Köln.

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 2 ***Sozialer Wandel: der Motor gesellschaftlicher Veränderung***

Lernziele

- Drei Modi der Institutionalisierung unterscheiden können
- Vier Bedingungen der Entstehung von Institutionen benennen können
- Unterschiede zwischen evolutionärem und revolutionärem Wandel erklären können

Basistext

Esser, H. (2000): *Soziologie. Spezielle Grundlagen. Bd. 5: Institutionen.* Frankfurt am Main. S. 367-399.

Wie entstehen Institutionen?

Institutionalisierung: Prozess der Einrichtung einer Institution

Drei Modi der Institutionalisierung:

1. **Dekret:** Herrschaftsinstanz (bereits institutionalisiert) setzt Regel fest
2. **Vertrag:** Übereinkunft zwischen Gesellschaftsmitgliedern über Handlungskoordination
3. **Evolution:** ungeplante, aus Gewöhnung entstandene Entstehung einer Regel ohne formale Kodifizierung

Wie entstehen Institutionen?

Institutionalisierung als Evolution: zwei Beispiele

1. Das Reißverschlussverfahren bei Fahrspurverengungen

- Kollektives Koordinationsproblem: Weiterfahrt aller Fahrzeuge
- Koordinationsregel: wechselseitiges Vorlassen beim Einscheren
- Grundlage der Institutionalisierung: Einfache Entscheidungsregel, Interessenbefolgung, hohe Legitimität
- Formalisierung: 7 (4) StVO).
- Sanktionsandrohung: sozialer Druck

Wie entstehen Institutionen?

Institutionalisierung als Evolution: zwei Beispiele

2. Entstehung privater Eigentumsrechte bei Labradorindianern (NO-Kanada)

- Kollektives Koordinationsproblem: Anstieg der Jagdaktivität (Biber) durch exogene Veränderung (Pelzhandel): Gefahr der Übernutzung
- Koordinationsregel: Zunächst Zuweisung zeitlicher Nutzungsrechte, später Aufteilung des Territoriums (Jagdgrund) und Erklärung zu Privateigentum
- Grundlage der Institutionalisierung: Zunächst Konvention, später Vertrag
- Sanktionsandrohung: soziale Ächtung

Wie entstehen Institutionen?

Grundlage jeder Institutionalisierung:

- Vorliegen eines umfassenden Koordinationsproblems (Bedarf an verbindlichen Normen)
- Interesse spezifischer Gruppen an seiner Lösung (Erwartung, dass dadurch Transaktionskosten sinken)
- Existenz des Legitimationsglaubens
- Sanktionsbewährtheit der Institution

Wann sind Institutionen stabil?

Fundierung der Ordnung basiert auf der Gemeinsamkeit der Interessen der Akteure an der Institution.

Durchsetzung einer Ordnung setzt voraus, der institutionellen Norm auch *gegen* die Interessen der Akteure zur Geltung zu verhelfen.

Art der Ordnung	Entstehung	Mechanismen
repressiv/ Herrschaft	Dekret	<div>Durchsetzung</div> <div>Fundierung</div> <div></div>
essentiell/ Moral	Vertrag	
konventionell/ Praxis	spontan	

Quelle: Esser (2000): Soziologie. Bd. 5: S. 328.

Wann sind Institutionen stabil?

Fundierung durch Legitimation:

Gesellschaftsmitglieder teilen den der Institution zugrunde liegenden Sinn der Handlungskoordination.

Soziale Ordnung „ist dann erwartbar, wenn kollektive Ideen und Deutungsmuster soziale Regeln definieren und legitimieren, mittels deren Menschen Situationen wahrnehmen, Erwartungen über das Handeln der anderen ausbilden und ihr eigenes Handeln orientieren.“

(Andrea Maurer 2004: Herrschaftssoziologie, S. 39).

Wann sind Institutionen stabil?

Durchsetzung durch Sanktionsbewährtheit:

Indem Verstöße gegen die institutionelle Norm bestraft werden (soziale Ächtung, materielle Bestrafung, Freiheitsentzug), wird sie auch gegen Widerstand durchgesetzt.

Wie wandeln sich Institutionen?

Vier Dimensionen des institutionellen Wandels:

- Reichweite: extern und intern
- Exogen und endogen
- Geplant und ungeplant
- Evolutionär und revolutionär

Wie wandeln sich Institutionen?

Je größer der Widerspruch zwischen dem sozialen Sinn der Institution (welches Koordinationsproblem wird wie gelöst?) und dem Legitimationsglauben der Gesellschaftsmitglieder, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit von institutionellem Wandel.

Wie wandeln sich Institutionen?

1. Evolutionärer Wandel:

- Über längeren Zeitraum
- Keine tiefgreifenden Einschnitte
- Gesetz der Pfadabhängigkeit: eine einmal geschaffene Institutionen bleibt stabil, wenn Akteure annehmen, dass ihre radikale Änderung im Übergang höhere Transaktionskosten schafft als durch die Änderung langfristig eingespart werden würde
 - BSPs: „QWERTY“; Esperanto; repräs. Demokratie

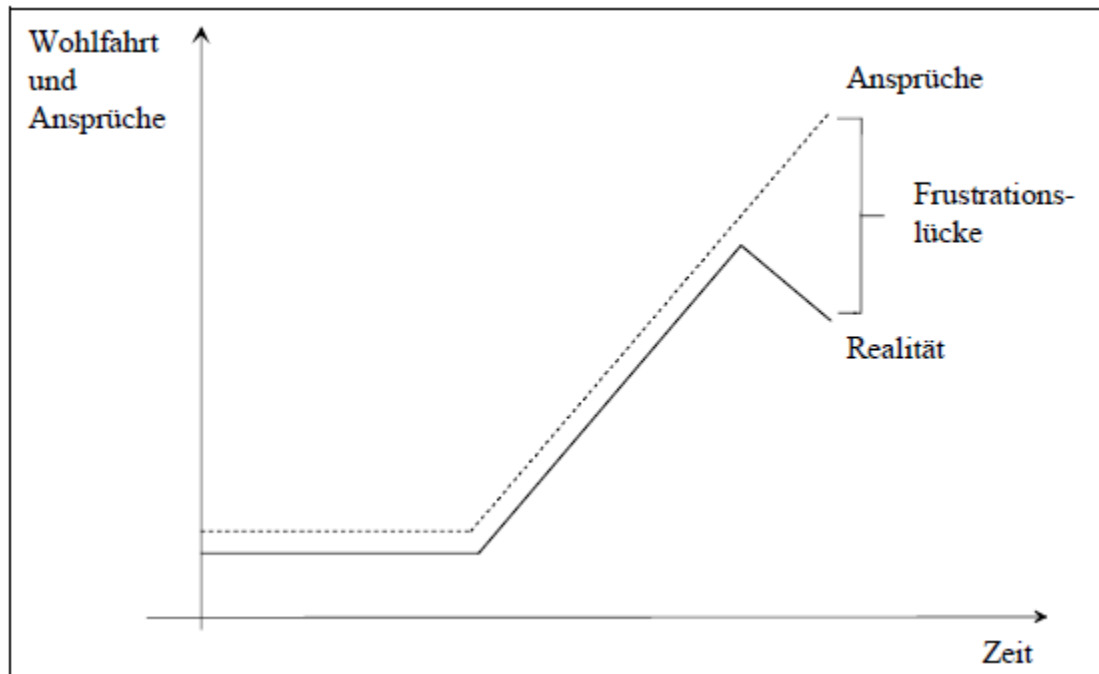
Wie wandeln sich Institutionen?

2. Revolutionärer Wandel:

- Abrupter, in kurzer Zeit stattfindender Umsturz einer Institution
- tiefgreifende Änderung („externe“ Reichweite) der Institution
- Toqueville-Paradox: absolute Deprivation (Entbehrung) der Akteure alleine reicht nicht aus; Revolutionen setzen relative Deprivation voraus
- Revolution wird zumeist von kritischer Elite vorangetrieben, nicht von den am schlechtest Gestellten
 - BSP: Frz. Rev. 1789; Dt. Revolution 1848; Grenzöffnung 9. November 1989

Wie wandeln sich Institutionen?

2. Revolutionärer Wandel



Quelle: Esser (2000): Soziologie. Bd. 5: S. 385.

Wie wandeln sich Institutionen?

Das Kalkül des Revolutionärs

Unter welcher Bedingung beteiligen sich rationale Akteure an revolutionären Handlungen?

Problem: erfolgreicher Umsturz schafft für alle Vorteile, unabhängig vom Beitrag, aktive Beteiligung an Umsturz führt zu hohen Kosten für Einzelne (insbes. bei Misslingen).

Prinzipielle Lösung:

- es müssen Anreize zur Beteiligung vorliegen, die Trittbrettfahren verteuern (z.B. zukünftige Posten, Ruhm auch posthum) und Gruppenbildung („Solidarität“) ermöglichen
- Anreize gewinnen an Gewicht bei steigender Erfolgsaussicht der Revolution

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 3 ***Wirtschaft und Kapitalismus***

Lernziele

- Ursachen von Entstehung und Dynamik des Kapitalismus exemplarisch kennenlernen anhand der Theorien von M. Weber, S. Schumpeter und W. Rostow
- Darlegen können, welche Rolle der Staat in der wirtschaftlichen Entwicklung bei K. Marx, M. Weber und T.H. Marshall einnimmt

Basistext

Swedberg, R. (2003): *Principles of Economic Sociology*. Princeton, N.J. [u.a.]. S. 158-188.

1. Leitfragen & Definition

Zwei Grundannahmen

1. Wirtschaftliches Handeln ist in einen gesellschaftlichen Rahmen (Institutionen) eingebettet, aus dem heraus es Richtung und Ordnung erhält.
2. Wirtschaftliches Handeln beeinflusst die Entwicklung der institutionellen Ordnung (Staat und Gesellschaft).

1. Leitfragen & Definition

Zwei Leitfragen:

1. Wie ist der Kapitalismus als Wirtschaftsform entstanden und was bestimmt seine Entwicklung?
2. Welche Rolle spielt der Staat als politische Ordnung der Gesellschaft bei der Entwicklung des Kapitalismus?

1. Leitfragen & Definition

Arbeitsdefinition Kapitalismus:

Geschichtlich spezifische wirtschaftliche und gesellschaftliche Ordnung, die auf dem Privateigentum der Produktionsmittel, Gewinnerzielungsabsicht und der primären Steuerung des wirtschaftlichen Handelns über den Markt basiert.

Diese ist historisch und systematisch zu unterscheiden von Subsistenzwirtschaft, Tauschwirtschaft, Feudalismus, Merkantilismus, Staatswirtschaft (Sozialismus).

2. Entstehung des Kapitalismus

Max Weber (1864-1920):

Der Einfluss der Religion auf die wirtschaftliche Entwicklung

Quelle: *Die Protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus* (1904).

Fragestellung: Wieso ist die moderne Form des Kapitalismus erstmals in Europa entstanden und nicht in kulturell weiter entwickelten Weltregionen u.a. Asiens?

2. Entstehung des Kapitalismus

Merkmale des modernen Kapitalismus nach Weber, u.a.:

- Trennung von privatem Haushalt und Betrieb
- Gewinnorientiert arbeitende, bürokratisch aufgebaute Unternehmen
- Rationale (wissenschaftliche) Betriebsführung
- Kapitalistische Wirtschaftsethik, die eine rationale Lebensführung erfordert

Empirische Beobachtung:

(basierend auf Daten von Steuerbehörden in Baden)

Protestantische Unternehmer erzielten um 1900 höheren Umsatz als katholische Unternehmer

2. Entstehung des Kapitalismus

Webers Erklärung (vereinfacht):

- Religiöse Ethik des Protestantismus (insbes. des Calvinismus) fordert von Menschen eine neue Form der Lebensführung, um das Seelenheil im Jenseits zu erlangen
- Im Unterschied zum Katholizismus hat Gott bei Calvin vorherbestimmt, wer ewige Seligkeit im Jenseits erlangt
- Beruflicher Erfolg gibt Gläubigen zu erkennen, dass sie von Gott auserwählt sind
- Geforderte Lebensführung: rastlose Berufsarbeit, Pflichterfüllung, Askese
- Berufsarbeit als Mittel zur Reduktion der Ungewissheit der Auserwähltheit

2. Entstehung des Kapitalismus

Rationalisierung der Religion:

- Abkehr von Mythen und Sakramenten
- Individuelles Streben wird belohnt, nicht Barmherzigkeit („Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“): Auflösung von Solidarität, Betonung des Individualismus
- Unterwerfung der privaten Lebensführung unter Erfordernisse der Berufsführung

Ausbreitung des Kapitalismus:

Beginnt, als protestantische Ethik sich von religiösem Motiv gelöst und verselbständigt hat: Berufsarbeit und individualistisches Wirtschaften als Selbstzweck (Eigendynamik): „Der Puritaner *wollte* Berufsmensch sein, wir müssen es sein“.

2. Entstehung des Kapitalismus

Josef Schumpeter (1883-1950): Kapitalismus als Prozess schöpferischer Zerstörung

Quelle: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung* (1912).

Fragestellung: Worin besteht die Triebkraft der kapitalistischen Entwicklung?

2. Entstehung des Kapitalismus

Annahme: wirtschaftliche Entwicklung erfolgt in Sprüngen

- Alle 50-60 Jahre wird eine grundlegende Innovation erzeugt
- Innovationen seit Beginn der Industrialisierung: 1. Dampfmaschine, 2. Eisenbahn, 3. Chem. Produktion & Elektrizität, 4. Automobilität, Radio, evtl. Telekommunikation
- Jede grundlegende Innovation löst Anschlussinnovationen aus (Wachstum), das sich mit zunehmender Durchsetzung abschwäche und in die Rezession überleitet

2. Entstehung des Kapitalismus

Erklärung der Dynamik des Kapitalismus

- Innovative Unternehmerpersönlichkeiten sind Antriebskraft des Kapitalismus
- Durchsetzung der Innovation zerstört Unternehmen mit geringerer Innovationstiefe („schöpferische Zerstörung“)
- Mit jedem Innovationszyklus wächst im Zeitverlauf die Größe und Marktmacht der überlebenden innovativen Unternehmen
- Großunternehmen (Konzerne) bilden bürokratische Betriebsstrukturen aus und beginnen, Innovationen zu planen
- innovatives Einzelgängertum wird durch Marktübermacht der Großunternehmen zunehmend behindert; Trägergruppe der Innovation stirbt aus
- Moderner Kapitalismus entspricht einem System zentraler Planung, nur geringfügig von staatlicher Planwirtschaft unterschieden

2. Entstehung des Kapitalismus

Walt Rostow (1916-2003): Fünf Stadien ökonomischen Wachstums von der Agrar- zur Industriegesellschaft

Quelle: *The stages of economic growth: a non-communist manifesto* (1960).

Fragestellung: Gibt es eine Regelmäßigkeit im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung, den alle Länder durchlaufen?

2. Entstehung des Kapitalismus

Zwei Typen der Modernisierung:

endogene (aus sich selbst erfolgend) und exogene (von außen beeinflusst)
Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft auf ein höheres
Wohlstandsniveau

Fünf Stadien der exogenen Entwicklung in Europa

1. Ausgangspunkt: traditionelle Gesellschaft

- Ganz überwiegend Agrarproduktion
- Handarbeit, geringer Grad der Arbeitsteilung
- Keine spezifische gesellschaftliche od. religiöse Ordnung

2. Entstehung des Kapitalismus

2. Anlaufperiode (15./16. Jh.)

- Leichter Rückgang des Anteils der Agrarwirtschaften an Gesamtwirtschaft
- Städtewachstum und Ausbau von staatl. Verwaltung und Rechtssystem
- Anstieg an Investitionen (5%) in Infrastruktur (Verkehrswege), Handel; Anstieg der Produktionsmenge

2. Entstehung des Kapitalismus

3. Phase der industriellen Revolution („Take-off“); (19. Jh.)

- Dauer: 20-30 Jahre
- Durchsetzung der mechanischen Produktionsweise in mind. einer wichtigen Branche („Schlüsselsektor“), die andere Branchen nachahmen
- Ende des Subsistenzziels in der Landwirtschaft, überlokale Absatzmärkte
- Starkes Städtewachstum
- Durchsetzung wichtiger wirtschaftlicher Rechte (Berufs-/Gewerbefreiheit, freier Marktzugang, verbindliche Steuerordnung)
- starkes, sich selbst vorantreibendes Wachstum; und Investitionsquote mind. 10%
- Widerstand gegen neue Verfahrensweisen und gesell. Entwicklungen

2. Entstehung des Kapitalismus

4. Aufstieg zur wirtschaftlichen Reife (zw. 1900 und 1950)

- Durchsetzung neuer Technologien in allen neuen Branchen und Adaption in alten Branchen (z.B. Landw., Lederproduktion)
- Mehrzahl der Menschen ist in der Industrie tätig
- Organisation von Gewerkschaften
- Unternehmenswachstum und bürokratische Organisationsform
- Entstehung neuer Berufe (Verwaltungsangestellte)
- Beginn der Entstehung von staatlichen Institutionen sozialer Sicherung

2. Entstehung des Kapitalismus

5. Zeitalter des Massenkonsums (zw. 1950-)

- Teilhabe breiter gesellschaftlicher Schichten am Wohlstand durch Produktivitätssteigerungen (damit: Stückkosten) und steigende Löhne
- Anstieg des Wohnungsbaus
- Ausweitung von Dienstleistungen
- Durchsetzung von sozialstaatl. Absicherung (jedoch: Niveauunterschiede zw. Staaten)

3. Staat und wirtschaftliche Entwicklung

Karl Marx (1848):

Staat als Instrument der herrschenden Klasse

Quelle: u.a. *Kommunistisches Manifest* (1848).

- Ökonomische Theorie der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts
- Dichotomes Klassenmodell: Trennung von Produzenten und Produktionsmitteln
 - Bourgeoisie: Besitzende Klasse (Kapitalistenklasse)
 - Proletariat: Abhängig Erwerbstätige (Arbeiterklasse)
- Ausbeutung: Aneignung des Mehrwerts durch Kapitalisten

3. Staat und wirtschaftliche Entwicklung

Aus der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft bzw. der Stellung im Produktionsprozess resultiert:

1. die soziale Lage einer Person insgesamt („Klasse an und für sich“)
2. die politischen und sozialen Konfliktlinien der Gesellschaft
3. Staat als Instrument der Absicherung der ökonomischen Ungleichheiten durch Kapitalisten
4. Zunahme wirtschaftlicher Akkumulationskrisen, Verelendung der Arbeiter und kl. Handwerker → Revolution führt zur Überwindung gesellschaftlicher (staatlicher und ökonomischer) Ordnung

3. Staat und wirtschaftliche Entwicklung

Max Weber (1864-1920):

Zusammenhang zwischen Herrschaftsform und staatlicher Ordnung

Quelle: *Wirtschaft und Gesellschaft* (1922).

- „Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden.“ (Weber 1922, S. 28)

3. Staat und wirtschaftliche Entwicklung

Drei Typen legitimer Herrschaft:

- *Charismatische Herrschaft*: Folgsamkeit beruht auf außeralltäglicher Qualität einer Person, deren Fähigkeiten als übernatürlich, übermenschlich, gottgesandt oder zumindest außeralltäglich gelten.
- *Traditionale Herrschaft*: beruht auf dem Alltagsglauben an die Heiligkeit von jeher geltenden Traditionen und die Legitimität der durch sie zur Autorität Berufenen.
- *Legale Herrschaft*: beruht auf dem Glauben an die Legalität gesetzter Ordnungen und die Legitimität der durch sie zur Autorität Berufenen.

3. Staat und wirtschaftliche Entwicklung

Legale Herrschaft:

- wichtigster Herrschaftstyp in der modernen Gesellschaft
- beruht auf bürokratisch organisiertem Verwaltungsstab, Aktenförmigkeit u. Regelmäßigkeit von Verwaltungsvorgängen
- Höchstes Maß an Präzision, Stetigkeit und Berechenbarkeit des Handelns und an Effektivität
- Da Folgsamkeit auf Legitimitätsglauben beruht, sind persönliche Motive der Herrschaftsunterworfenen irrelevant für die Stabilität der Ordnung
- hat „Rationalisierung der Welt“ und Einschränkung individueller Freiheit zur Folge

3. Staat und wirtschaftliche Entwicklung

Herrschaftstyp und Wirtschaftsform nach Weber:

	<i>Legale Herrschaft</i>	<i>Charismatische Herrschaft</i>	<i>Traditionelle Herrschaft: Patrimonialismus</i>	<i>Traditionelle Herrschaft: Feudalismus</i>
Legitimation	Gehorsam gegenüber dem Recht und der Ordnung, nicht gegenüber Individuen	Gehorsam ist bedingt durch die außergewöhnlichen Fähigkeiten des Führers	Gehorsam aufgrund der Heiligkeit der Tradition; entsprechende Loyalität gegenüber dem Führer	Lehensvertrag zwischen Lehnsherrn und Vasall; eine Mischung aus traditionellen und charismatische Elementen
Auswirkungen auf die Wirtschaft, insbesondere auf das Aufkommen des Kapitalismus	Unabdingbar für den rationalen Kapitalismus wegen einer Berechenbarkeit; feindlich gegenüber dem politischen Kapitalismus	Zunächst feindlich gegenüber allen Formen systematischer Wirtschaftsaktivität; nach Veralltäglichen, eher eine zurückhaltende Kraft	Feindlich gegenüber rationalem Kapitalismus wegen seiner willkürlichen Elemente; positiv für den wirtschaftlichen Traditionalismus und den politischen Kapitalismus	Der Ethos des Feudalismus steht allen Formen des Kapitalismus entgegen; stark Gegenkraft zur Wirtschaft

Quelle: Swedberg 2009: 194.

3. Staat und wirtschaftliche Entwicklung

T.H. Marshall (1893-1981): Die Durchsetzung von Staatsbürgerrechten für die unteren und mittleren Schichten

Quelle: *Citizenship and social class* (1950).

- Demokratie, Rechts- u. Wohlfahrtsstaat als Institutionen der Einhegung des Klassenkonflikts
- Spannungsverhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie (Ungleichheit) und politischer Demokratie (Gleichheit)
- Schrittweise Durchsetzung von gleichen Rechten aller Bürger trotz ökonomischer Ungleichheit
- Ökonomische Rechte (v.a. Vertrags-, Koalitions-, Berufsfreiheit)
- Politische Bürgerrechte (u.a. parl. Demokratie, aktives und pass. Wahlrecht, Rechtsstaatlichkeit)
- Soziale Rechte (soziale Sicherung, Bildung, Umverteilung zw. Klassen)

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

*Vorlesung 4 **Erwerbsarbeit und wirtschaftliche Entwicklung***

Lernziele

- Begriffe Erwerbsbeteiligung, -quote und Wirtschaftssektoren kennen
- Entwicklung der Erwerbsbeteiligung wiedergeben können
- Die Drei-Sektorentheorie von Fourastié erklären können
- Formen, Verlauf und Betroffenheit von Arbeitslosigkeit in Deutschland erläutern können
- Arbeitslosigkeitsquoten in der EU nach Ländergruppen skizzieren können

Basistext

Mau, S./ Verwiebe, R. (2009): *Die Sozialstruktur Europas*. Stuttgart. S. 128-158.

Definitionen

Erwerbspersonen:

Personen, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben (Erwerbstätige) oder suchen (Erwerbslose).

- Abhängig (inkl. Geringfügig) Beschäftigte
- Selbständige
- Auszubildende
- Mithelfende Familienangehörige

Definitionen

Allgemeine Erwerbsquote:

Erwerbspersonen / Wohnbevölkerung

Erwerbsquote (bereinigt):

Erwerbspersonen / Bevölkerung im erwerbsfähigen
Alter ($>15 < \text{gesetzl. Renteneintrittsalter}$) * 100

Erwerbslose (auch als Arbeitslose bezeichnet):

Erwerbspersonen, die bei der Arbeitsagentur als Stellen suchend
gemeldet sind (>1 Jahr: Langzeitarbeitslose)

Wirtschaftssektoren

Primärer Sektor:

Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, teilw. Bergbau

Sekundärer Sektor :

Industrie, Handwerk, Energieproduktion, Baugewerbe, teilw. Bergbau

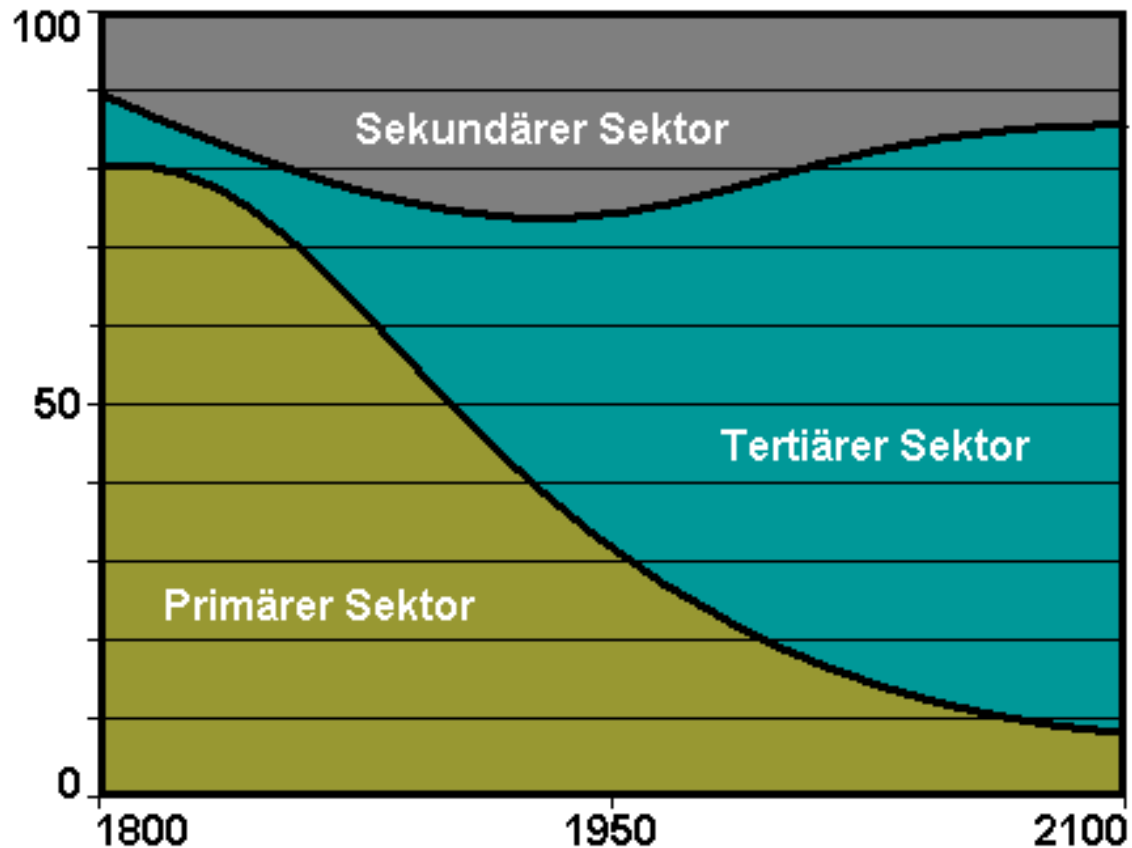
Tertiärer Sektor:

Handel, Verkehr, Finanzwirtschaft, Gesundheit, freie Berufe, öffentlicher Sektor, weitere Sach-/Personendienstleistungen

Wirtschaftliche Entwicklung

- Subsistenzwirtschaft
- Agrargesellschaft
- Industriegesellschaft
- Dienstleistungsgesellschaft

3-Sektoren-Theorie nach Fourastié (1949)



Quelle: Geißler 2006 nach Destatis-Daten

3-Sektoren-Theorie nach Fourastié (1949)

1. Sektor:

- technologischer Fortschritt führt zu Steigerung der Produktivität in der Nahrungsmittelproduktion (sinkende Preise bei Steigerung der Produktionsmenge)
- Sättigung der Nachfrage nach Produkten führt zu Freisetzung von Arbeitskräften (Mitte/Ende 19. Jh.)

3-Sektoren-Theorie nach Fourastié (1949)

2. Sektor:

- Aufnahme der Arbeitskräfte des 1. Sektors
- Rasche Produktivitätssteigerung führt zur Senkung der Preise und Steigerung der Produktionsmenge
- Produktivitätssteigerungen führen damit zu Wohlstandsanstieg der Arbeiterschaft (Lohnsteigerung), aber auch zu sinkenden Steigerungsraten der Produktionsmenge und zur Abnahme der Zahl der Erwerbspersonen

3-Sektoren-Theorie nach Fourastié (1949)

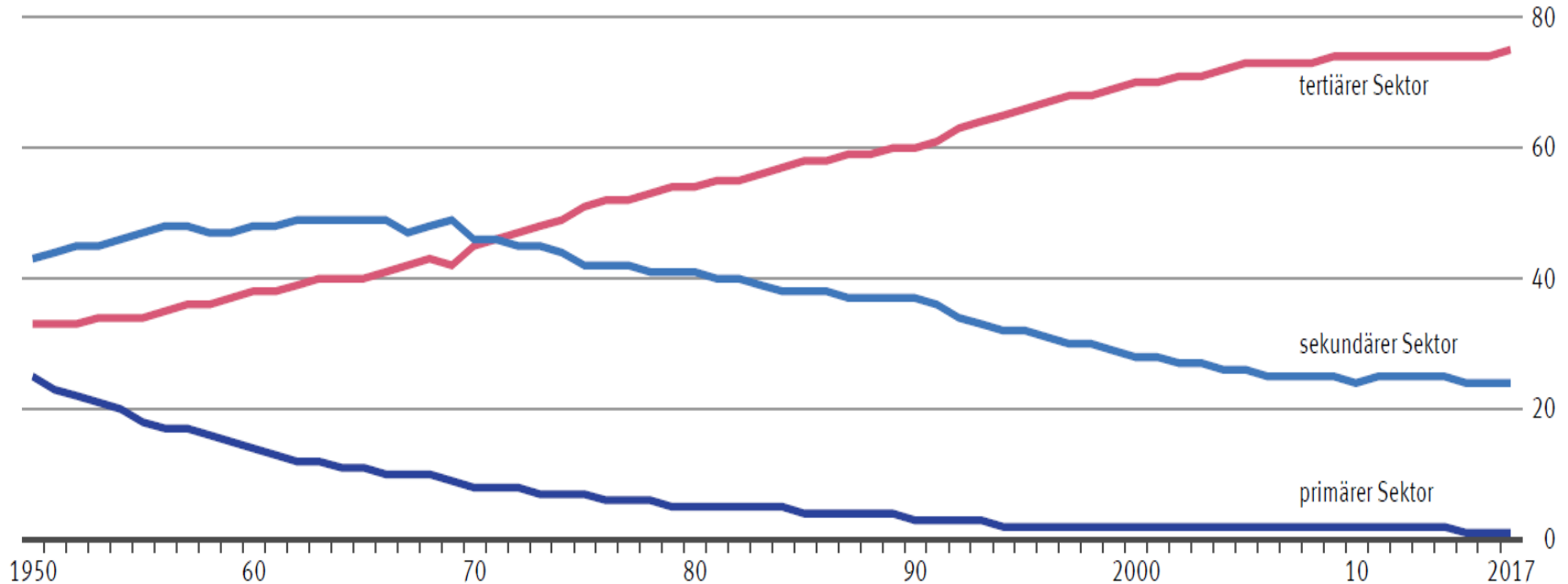
3. Sektor:

- Wohlstandsanstieg im 2. Sektor führt zu Anstieg des Konsums von Dienstleistungen in der 2. Hälfte 20. Jahrhunderts
- Weil im 3. Sektor keine starken Produktivitätssteigerungen möglich sind, ist der tertiäre Sektor wegen stetig steigender Bedürfnisse grenzenlos ausweitbar

Erwerbstätigkeit nach Sektoren Deutschland

Grafik 1

Entwicklung der Erwerbstätigen in Deutschland nach Wirtschaftssektoren
in % aller Erwerbstätigen (Inlandskonzept)



2018 - 01 - 0477

Quelle: Schwahn et al. (2017): Arbeitsmarkt im Wandel – Wirtschaftsstrukturen, Erwerbsformen und Digitalisierung. Statistisches Bundesamt 3/18

Entwicklung der Erwerbsquote

► Tab 1 Erwerbspersonen, Erwerbstätige und Erwerbslose

	Erwerbspersonen	Erwerbstätige	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ¹
	in Millionen			in %
1991	41,02	38,85	2,17	5,3
1995	41,09	37,89	3,21	7,8
2000	42,91	39,79	3,11	7,3
2005	43,73	39,22	4,51	10,3
2010	43,80	40,98	2,82	6,4
2013	44,45	42,27	2,18	4,9
2014	44,73	42,64	2,09	4,7

¹ Erwerbslosenquote: Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen.

Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung, Inländerkonzept, Stand August 2015. Erwerbslose: Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung 2015.

Quelle: Datenreport 2016

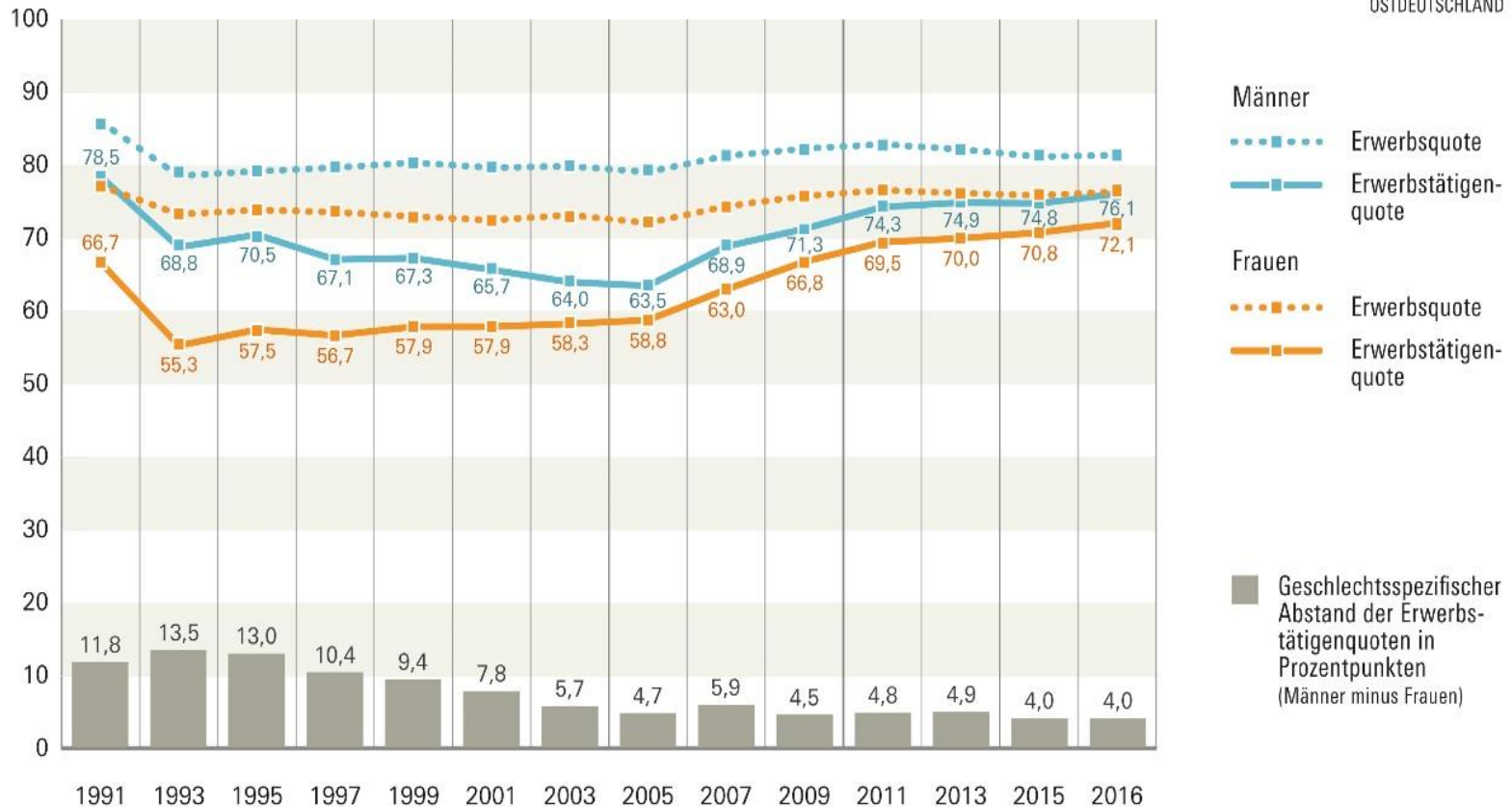
Erwerbsbeteiligung

Erwerbstätigenquoten und Erwerbsquoten der 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer in **Deutschland** (1991–2016), in Prozent



Erwerbsbeteiligung

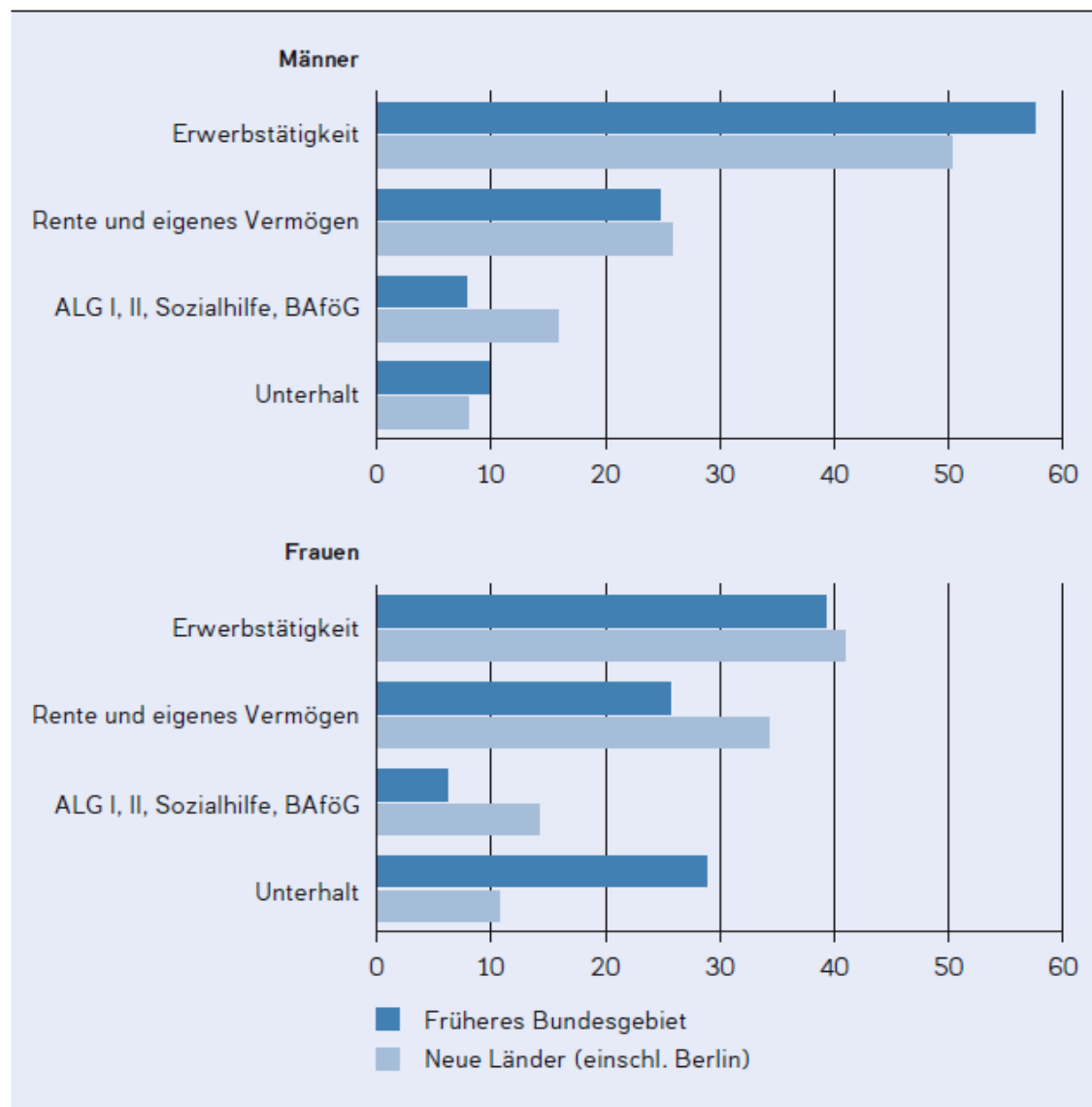
Erwerbstätigenquoten und Erwerbsquoten der 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer in **Ostdeutschland** (1991–2016), in Prozent



Entwicklung der allgemeinen Erwerbsquote

- Allg. Erwerbsquote (gesamt) stieg in Westdeutschland von 45 % (1960) auf 53 % (2016) (bei Zunahme der Bevölkerung um ca. 9 Mio.)
- Männer: Abnahme der westdeutschen Erwerbsquote von 64 % (1956) auf 57 % (2016)
- Frauen: Nach Absinken auf ca. 35 % (1950) Anstieg in Westdeutschland seit Mitte der 1970er Jahre Anstieg v. 32 auf 48 % (2016)

Quellen des Lebensunterhalts



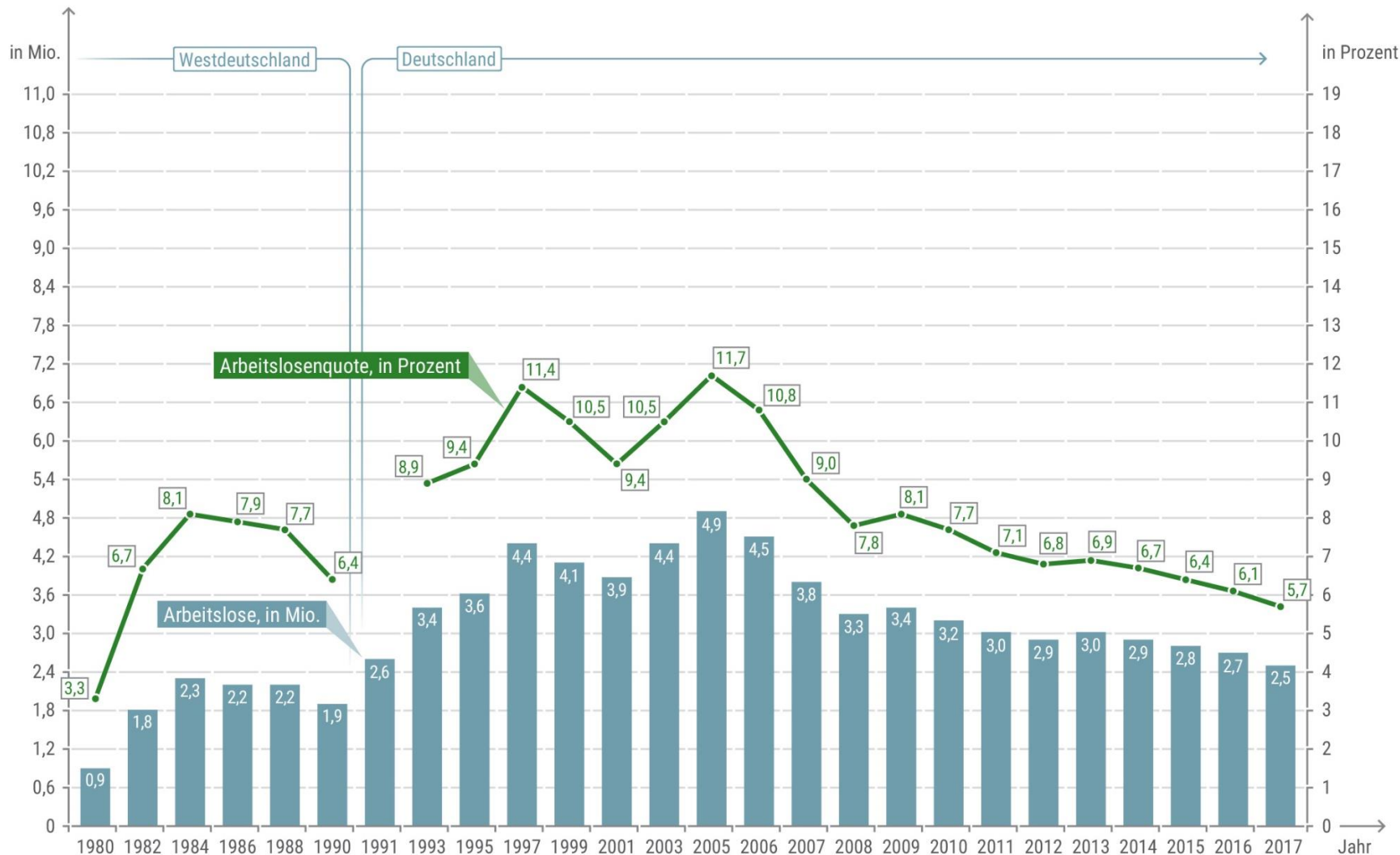
Ergebnisse des Mikrozensus. Bevölkerung 15 Jahre und älter.

Typen von Arbeitslosigkeit

- Friktionelle Arbeitslosigkeit
- Saisonale Arbeitslosigkeit
- Konjunktuelle Arbeitslosigkeit
- Strukturelle Arbeitslosigkeit

■ Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Teil 1)

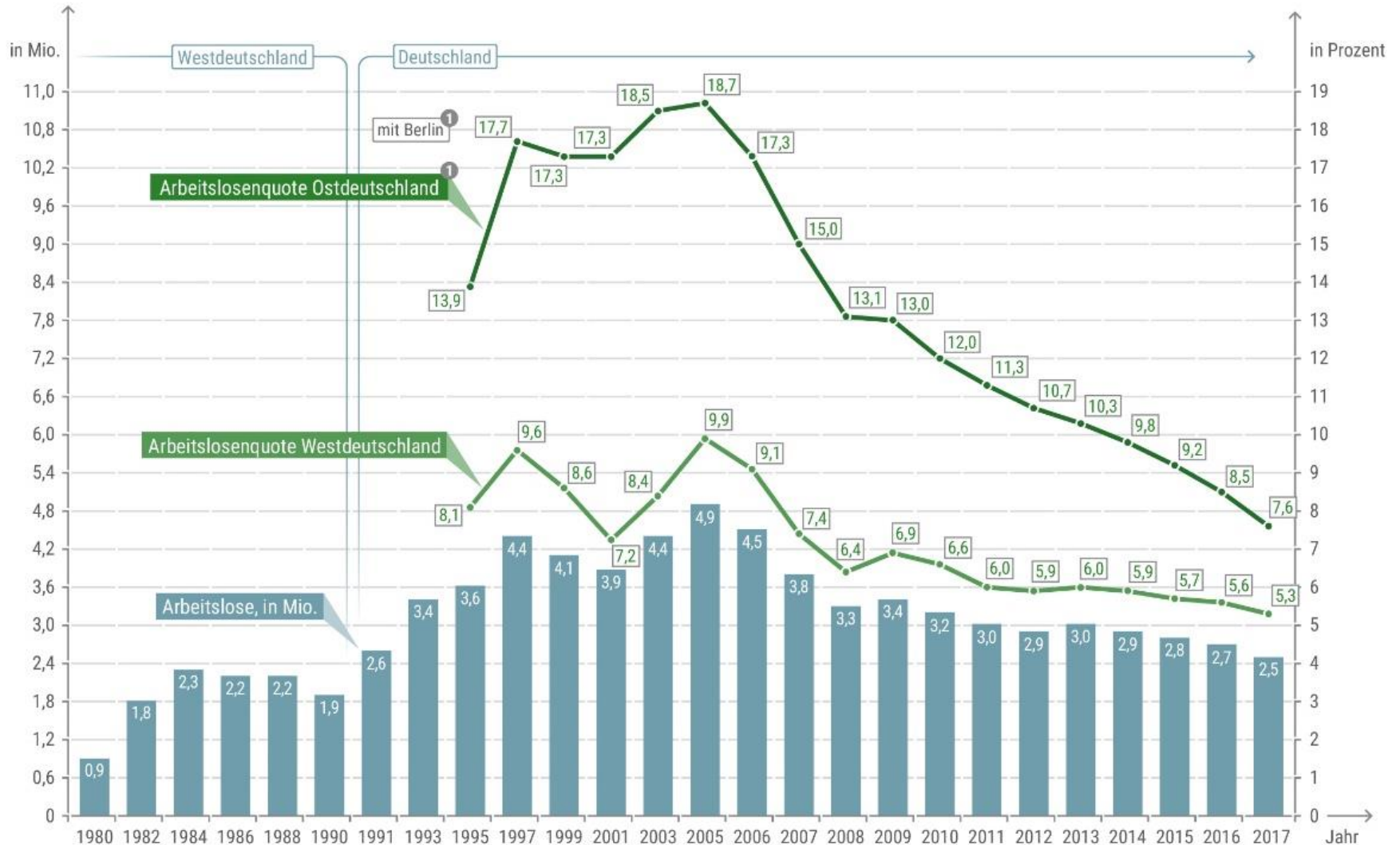
In absoluten Zahlen und in Prozent der Erwerbspersonen, 1980 bis 2017



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 01/2018
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
 Bundeszentrale für politische Bildung 2018 | www.bpb.de

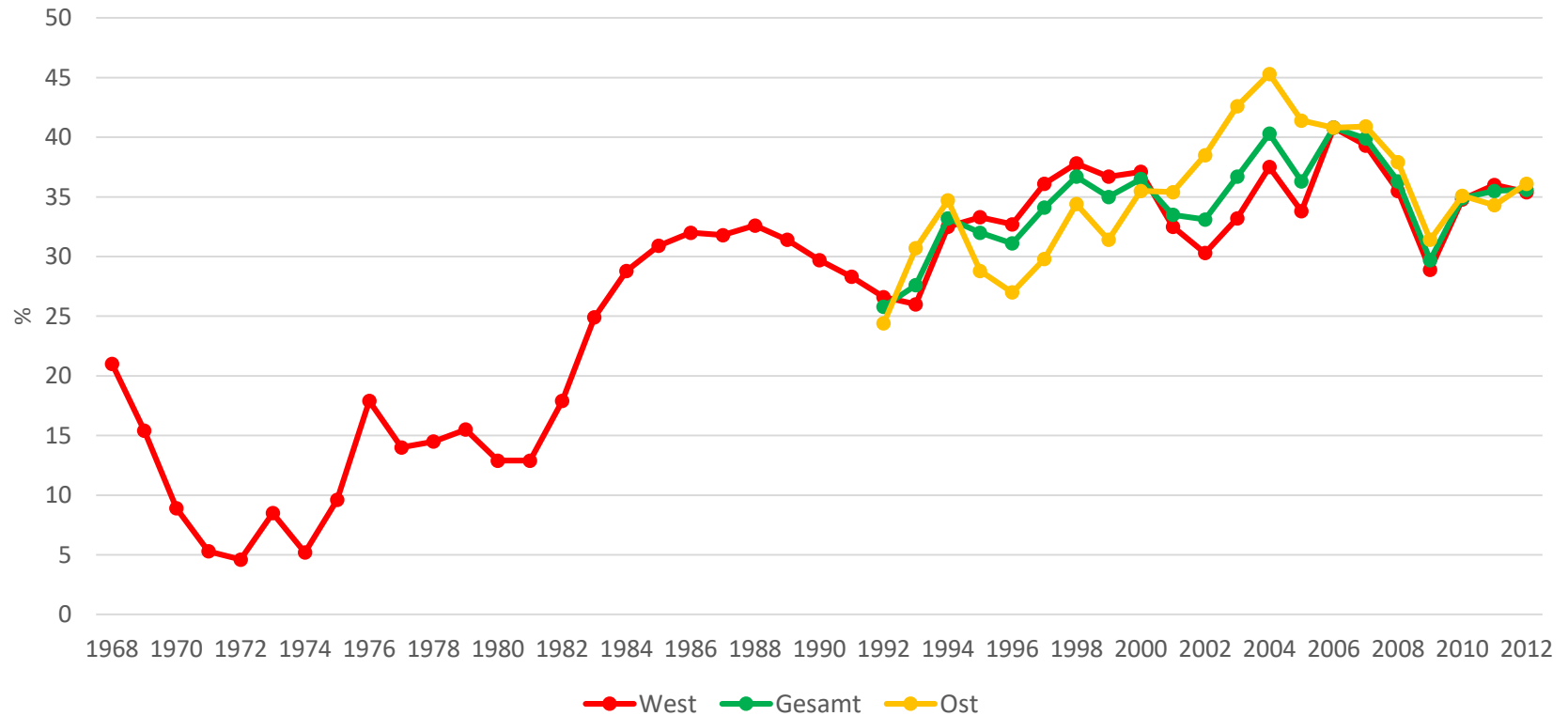
Arbeitslose und Arbeitslosenquote (Teil 2)

In absoluten Zahlen und in Prozent der Erwerbspersonen, 1980 bis 2017



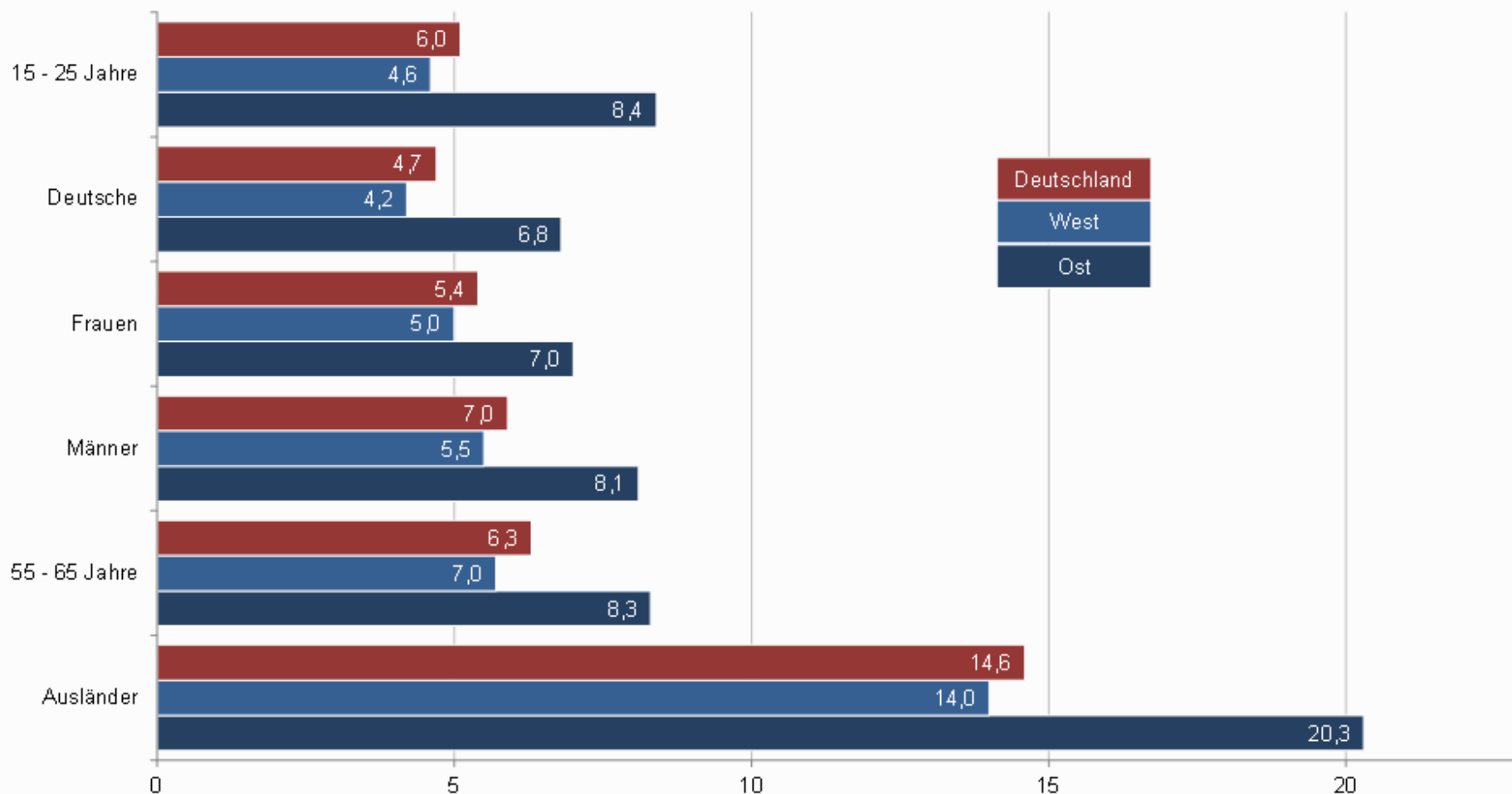
Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA): Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf 01/2018
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de
 Bundeszentrale für politische Bildung 2018 | www.bpb.de

Langzeitarbeitslosigkeit (West-D.)



Quelle: GESIS, Social Indicators Monitor 2015, eigene Darstellung

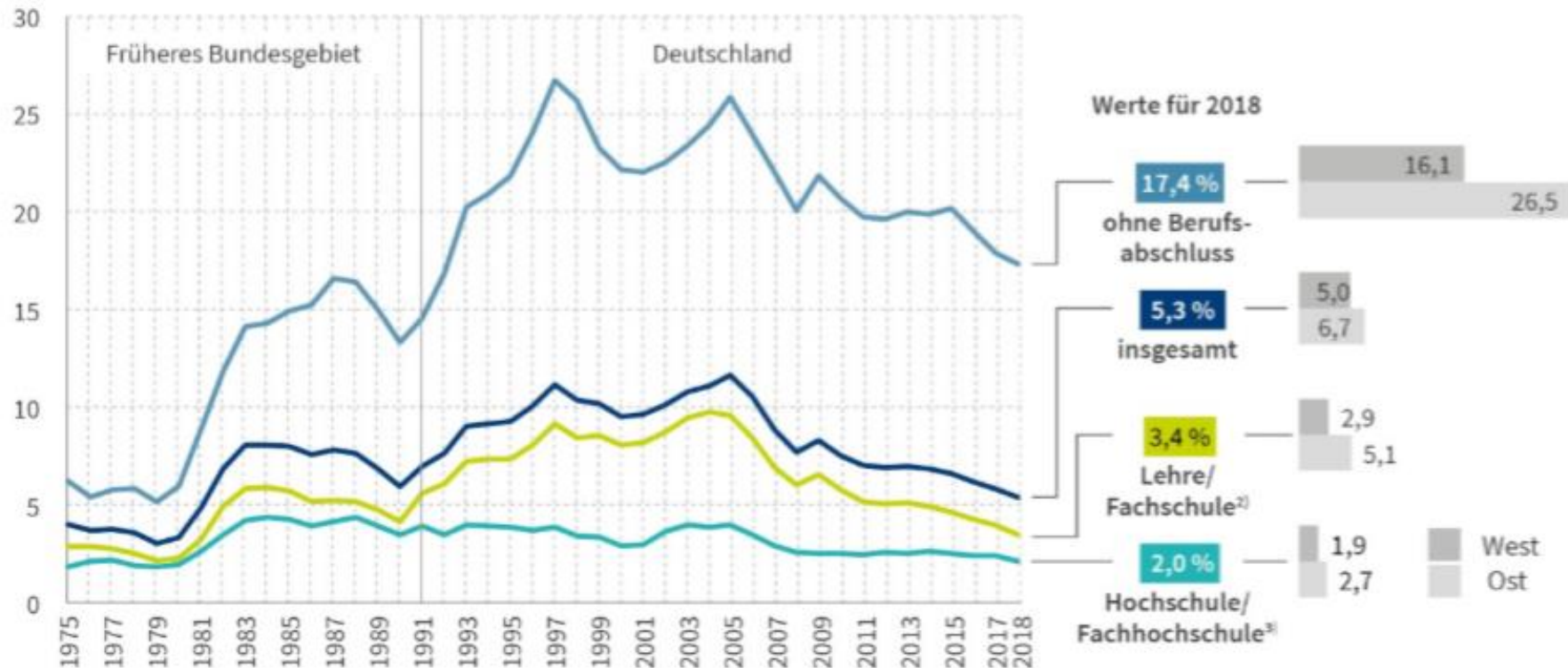
■ **Arbeitslosenquoten ausgewählter Personengruppen 2017**
in % aller zivilen Erwerbspersonen, Deutschland, alte und neue Länder



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (2018), Arbeitsmarkt in Zahlen - Arbeitsmarktstatistik

Arbeitslosigkeit nach beruflicher Qualifikation

Abbildung: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in Deutschland
in Prozent



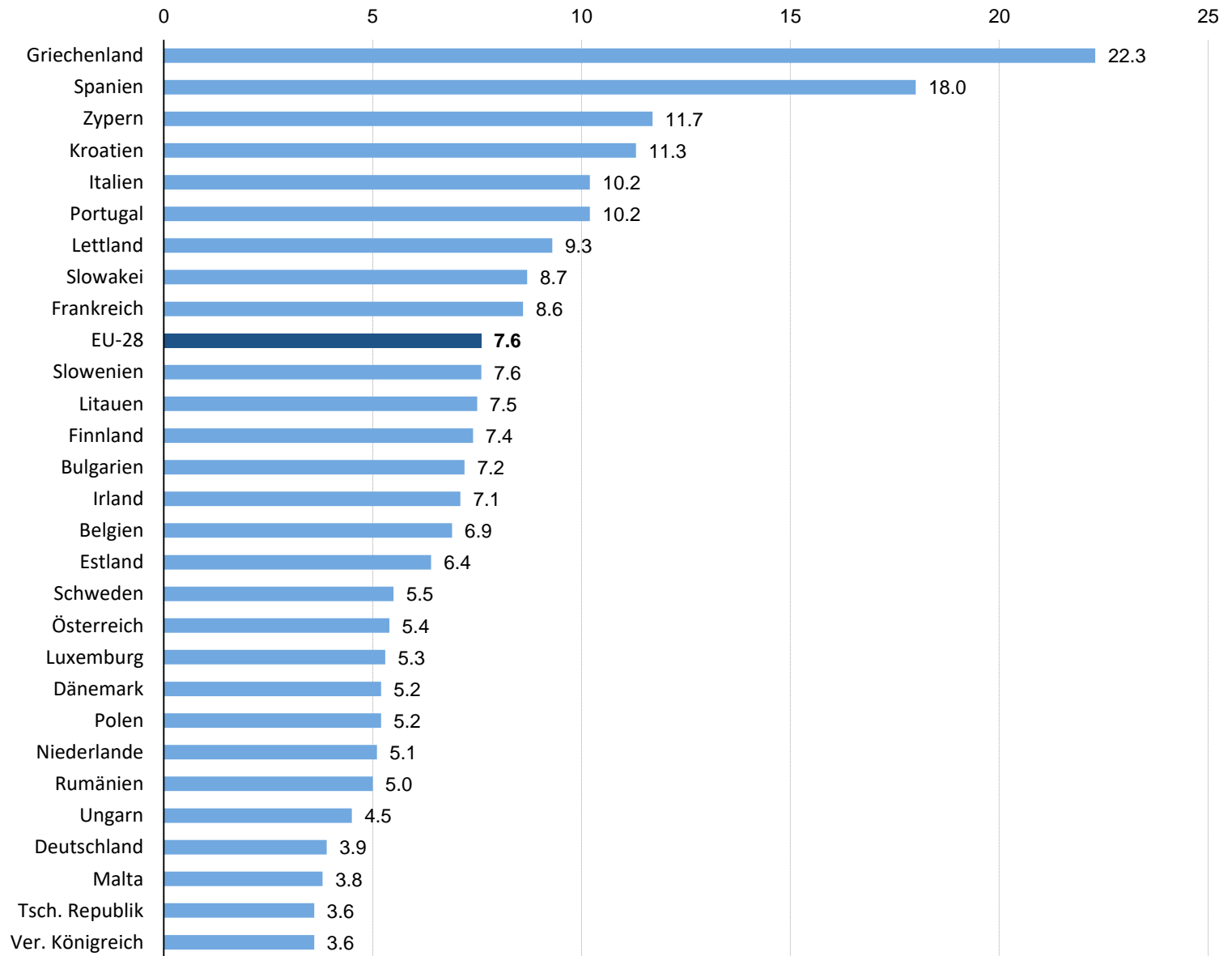
¹⁾ Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen gleicher Qualifikation (Arbeitslose plus Erwerbsfähige, ohne Auszubildende) in Prozent; Erwerbstäte „ohne Angaben“ zum Berufsabschluss werden nach dem Mikrozensus je Altersklasse und Geschlecht proportional auf alle Qualifikationsgruppen verteilt; Die Erwerbstätigenzahl bezieht sich bis 2004 jeweils auf den Bestand im April, ab 2005 sind es Jahresdurchschnitte.

²⁾ ohne Verwaltungsfachhochschulen

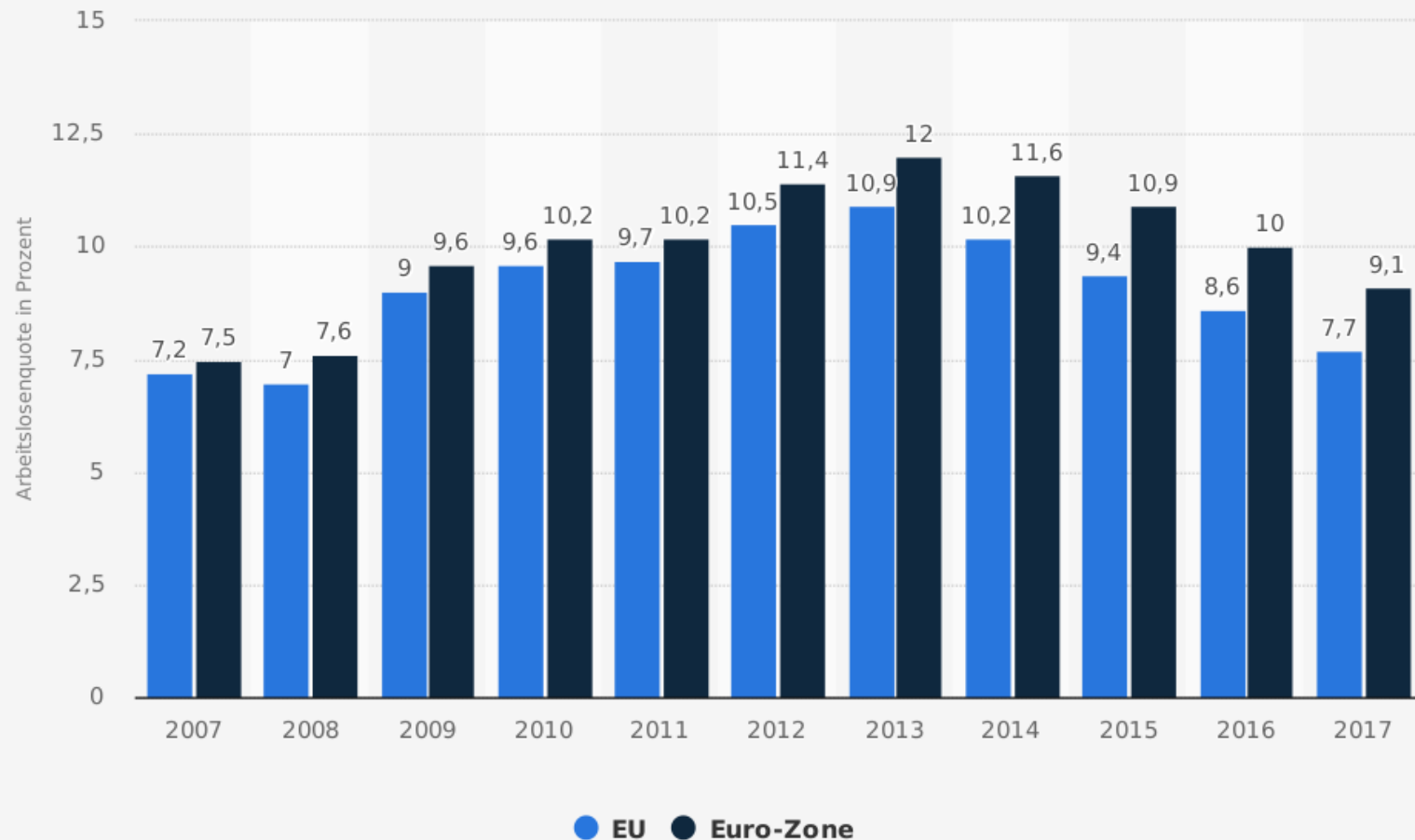
³⁾ einschließlich Verwaltungsfachhochschulen

Quelle: IAB-Berechnungen auf Basis Mikrozensus und Strukturerhebungen der BA. © IAB

Arbeitslosenquote (Erwerbspersonen zwischen 25 und 64 Jahren) in der EU, 2016



Entwicklung der Arbeitslosenquote in den EU-Staaten 2007-2017



Quelle
Eurostat
© Statista 2018

Weitere Informationen:
Europa; EU; Nichtsaisonbereinigt

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 5 **Verbände**

Lernziele

- Kenntnis der wichtigsten Verbandstypen in Deutschland
- Funktionen von Gewerkschaften anhand des ökonomischen und soziologischen Erklärungsansatzes darlegen können
- Inhalte von Tarifverträgen in Deutschland beschreiben können
- Verteilungseffekte des Tarifvertragssystems auf Mikro- und Makroebene darlegen können

Basistext

Lengfeld, H. (2012): *Interessenorganisation*.
In: Mau, S./ Schöneck-Voß, N. (Hrsg.):
Handwörterbuch zur Gesellschaft
Deutschlands. Wiesbaden. S. 422-435.

Definition Interessenverband

Walther Müller-Jentsch:

„Primäre Funktion von Interessenorganisationen ist die Bündelung von Interessen (bzw. Organisierung von Interessenten) und deren Vertretung gegenüber der politischen und gesellschaftlichen Umwelt. Ihre direkten Adressaten sind neben den staatlichen Instanzen und Organen der politischen Willensbildung die Öffentlichkeit und andere gesellschaftliche Gruppen. Als *intermediäre* Organisationen vermitteln sie zwischen der Lebens- und Sozialsphäre ihrer Mitglieder und den politischen und gesellschaftlichen Institutionensystemen“ (Müller-Jentsch 2003: 141f.)

Begriffe Institution und Organisation

Verbände (Interessenorganisationen) sind keine Institutionen, sondern Organisationen, die in einem gegebenen institutionellen Rahmen handeln.

Sie sind Akteure auf der Mesoebene der Gesellschaft.

Verbandsbildung sind damit abhängig vom institutionellen Rahmen.

Daraus ergeben sich zwei Fragen:

1. Wie beeinflusst der institutionelle Rahmen Verbandsbildung- & handeln?
2. Worin liegen die Funktionen organisierter Interessen für die politische Willensbildung (Staat) und soziale Ungleichheit (Gesellschaft)?

Interessenverbände in Deutschland

Interessenfeld	Organisationstyp	Beispiele
<i>Arbeit und Wirtschaft</i>	Branchenverbände	Bundesverband der Deutschen Industrie; Zentralverband des Deutschen Handwerks
	Kammern	Industrie- und Handelskammern; Kassenärztliche Vereinigungen
	Arbeitgeberverbände	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände; Gesamtmetall
	Gewerkschaften	Deutscher Gewerkschaftsbund; IG Metall; Gewerkschaft der Lokführer
	Kundenorganisationen Berufsverbände	Verbraucherzentralen; Pro Bahn Verein Deutscher Ingenieure; Deutscher Zahnärzte Verband
<i>Soziales</i>	Kriegsfolgenverbände	Sozialverband VDK; Volksbund der Kriegsgräberfürsorge
	Wohlfahrtsverbände	Deutsches Rotes Kreuz; Caritas-Verband
	Weitere Sozialverbände	Deutsche Gesellschaft für humanes Sterben; Deutscher Mieterbund
<i>Freizeit</i>		Deutscher Olympischer Sportbund; Allgemeiner Deutscher Automobilclub
<i>Politik und Weltanschauung</i>		Bund für Umwelt und Naturschutz; amnesty international
<i>Öff. Gebietskörperschaften</i>		Deutscher Städtetag; Landschaftsverband

Interessenverbände in Deutschland

a) Branchenverbände

- Rechtsform: Verein
- Funktion: Repräsentation der Interessen überwiegend privater Unternehmen
 - Sektoral: Zusammenschluss v. Unternehmen des gleichen Branchensegments (regionale Differenzierung oder nationale Zentralisation)
 - räumlich-vertikal: Vereinigung regional differenzierter Landes- bzw. Fachverbände zu national tätigen Zentralverbänden
- BSP: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als „Verband dritter Ordnung“ (Mitglieder sind Zentralverbände; ca. 38 Verbände (ca. 100.000 Unternehmen, 8 Mio. Beschäftigte))

Interessenverbände in Deutschland

b) Kammern

- Rechtsform: öffentlich-rechtlich
- Kammern: nehmen vom Staat übertragene öffentliche Aufgaben wahr; die Mitgliedschaft ist für Unternehmen und Selbständige daher verpflichtend (Zwangsmitgliedschaft)
- Funktionen: Interessenrepräsentation gegenüber Staat und anderen Verbänden; Organisation der Berufsausbildung und Prüfungswesen
- BSP: „Deutscher Industrie- und Handelskammertag“ (DIHT): vertritt 80 regionale Industrie- und Handelskammern (IHK)
- BSP: „Zentralverband des deutschen Handwerks“ (ZDH), vertritt 55 Handwerkskammern

Interessenverbände in Deutschland

c) Berufsverbände

- Rechtsform: Verein
- Funktion: Repräsentation v. Interessen relativ eng definierter Berufsgruppen bzw. „Professionen“
- Mitgliedschaft setzt formale, zertifizierte Qualifikation / Tätigkeitsnachweis voraus
- BSP: „Deutscher Bauernverband“ (DBV) (Organisationsgrad: 95 % aller Haupterwerbslandwirte); Tätigkeitsfeld: subventionsgestützte nationale und europäische Agrarpolitik
- BSP: Verbände freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte), akademische Berufsverbände (z.B. Fachverbände wissenschaftlicher Disziplinen), Berufe unselbständig Beschäftigter (z.B. Arzthelferinnen, Sekretärinnen, angestellte Ärzte)

Interessenverbände in Deutschland

d) Gewerkschaften & Arbeitgeberverbände

- Rechtsform: Verein
- Funktionen: Aushandlung der Bedingungen des Tauschs von Arbeitskraft und Entgelt im Feld der abhängigen Beschäftigung
- Sektorale und räumlich-vertikale Organisation
- BSP: „Deutscher Gewerkschaftsbund“ (DGB): Dachverband dt. Einheitsgewerkschaften (8; darunter „IG Metall“ mit 2,2 Mio. Mitgliedern)
- BSP: „Christlicher Gewerkschaftsbund“ (CGB): 16 Branchengewerkschaften & Berufsgruppenverbände (ca. 280.000 Mitglieder)
- BSP: „DBB Beamtenbund und Tarifunion“, umfasst 39 Berufsgruppengewerkschaften und -verbände (1,2 Millionen Mitglieder)

Warum gibt es Gewerkschaften?

Interessenlagen der Beschäftigten u.a.:

- Entgelt: Lohnhöhe und Lohnstruktur
- Arbeitszeit: Lage und Länge
- Arbeitsbelastung
- Arbeitsinhalte
- Mitentscheidung

Warum gibt es Gewerkschaften?

1. Theorie der Unbestimmtheit des Arbeitsvertrages

- Märkte: Regulierung von Angebot und Nachfrage über Preis
- Arbeitsmarkt: Regulierung über Lohnhöhe und Arbeitsinhalte
 - keine Bestimmung der individuellen Anwendung von Arbeitskraft möglich: Arbeitsleistung ist nicht von Erwerbsperson trennbar
 - Folge: Anwendung v. Arbeitskraft ist nach Vertragsschluss dauerhaft umkämpft

Warum gibt es Gewerkschaften?

2. Theorie des Machtungleichgewichts

Karl Marx:

- Konkurrenzausschluss als Reaktion auf ungleiche Macht bei Vertragsschließung
- Organisationszentren gesellschaftlicher Solidarität

James Coleman:

- Ressourcenzusammenlegung aus Eigennutz

Walther Müller-Jentsch:

- Verbände als intermediäre (vermittelnde) Institutionen

Tarifvertragssystem in Deutschland

A. Entgelttarifvertrag: die Forderungen der Gewerkschaften

$$\begin{array}{lcl} \text{Veränderung} & & (1) \text{ erwartete Preissteigerungsrate} \\ \text{der Brutto-} & & + \\ \text{vergütung} & = & (2) \text{ zukünftige Veränderung der gesamt-} \\ & & \text{wirtschaftlichen Produktivität} \\ & & + \\ & & (3) \text{ Umverteilungsrate} \end{array}$$

Tarifvertragssystem in Deutschland

B. Entgeltrahmentarifvertrag

- Regeln, nach denen bestimmten Anforderungen und Belastungen entsprechenden Entgelten zugewiesen werden
- Festlegung v. Anzahl und Spannweite der Lohn- bzw. der Gehaltsgruppen
- Methoden zur Leistungsbewertung
- Beispiel ERA – „Entgeltrahmenabkommen“ (Metallindustrie Bayern; Quelle: IG Metall, siehe folgende Abb.)



Arbeitsaufgabe

Kenntnisse und Fertigkeiten erforderlich

EG9

Entscheidungs- und Dispositionsspielraum im Rahmen der Aufgabenstellung

Mind. 3 jährige Ausbildung

und

Über der E8 hinausgehende fachspezifische Zusatzqualifikation

oder

Qualifizierte Weiterbildung

und

Fachspezifische Zusatzqualifikation

oder

Abgeschlossenes Studium mit einer bis zu 4-jährigen Regelstudiendauer

EG10

Mind. 3-jährige Ausbildung

und

Besonders umfangreiche fachspezifische Zusatzqualifikation

oder

Qualifizierte Weiterbildung

und

Erweiterte fachspezifische Zusatzqualifikation

oder

Abgeschlossenes Studium mit einer bis zu 4-jährigen Regelstudiendauer

und

Fachspezifische Zusatzqualifikation

oder

Abgeschlossenes Studium mit mehr als 4-jährigen Regelstudiendauer

...können auf andere Weise erworben werden

Eingangs- und Hauptstufen

A-Linie	Ergebnis	in %
1a	1.649 €	78,4%
2a	1.680 €	79,8%
3a	1.765 €	83,9%
4a	1.875 €	89,1%
5a	2.104 €	100,0%
6a	2.234 €	106,2%
7a	2.409 €	114,5%
8a	2.614 €	124,2%
9a	2.862 €	136,0%
10a	3.164 €	150,4%
11a	3.499 €	166,3%
12a	3.836 €	182,3%

Die A-Linie ist mit dem VBM abgestimmt.

B-Linie	Ergebnis	in %
1a	1.649 €	76,5%
2b	1.710 €	79,3%
3b	1.820 €	84,4%
4b	1.930 €	89,5%
4c	2.052 €	95,2%
5b	2.156 €	100,0%
6b	2.311 €	107,2%
7b	2.506 €	116,2%
8b	2.722 €	126,3%
9b	3.002 €	139,2%
10b	3.326 €	154,3%
11b	3.672 €	170,3%
12b	4.000 €	185,5%

Die B-Linie ist von VBM und IG Metall unterschrieben.

Wie beeinflussen Gewerkschaften gesellschaftliche Güterverteilungen (soziale Ungleichheit)?

Verteilungswirkungen von Tarifvertragssystemen im internationalen Vergleich (1)

1. Mikroebene

- Gewerkschaften steigern Löhne für ihre Mitglieder (Begründung: Marktmacht / Lohnkartell)
- Gewerkschaften reduzieren konjunkturell bedingte Schwankungen des Lohns über die Zeit hinweg. Dieser Effekt findet sich in verschiedenen Ländern mit unterschiedlichen Tarifvertragssystemen.
- Gewerkschaften heben die relativen Löhne der älteren und gering qualifizierten Beschäftigten stärker an als die der jüngeren und hoch qualifizierten Beschäftigten.
- Frauen erzielen geringere Lohnvorteile als Männer. Diese Effekte sind im Ländervergleich stabil.

Verteilungswirkungen von Tarifvertragssystemen im internationalen Vergleich (2)

2. Makroebene

- Gewerkschaften reduzieren die Einkommensungleichheit unter den abhängig Beschäftigten einer Gesellschaft.
- Sie verringern Ungleichheit der Einkommen innerhalb eines Unternehmens und zwischen den Unternehmen einer Branche, aber steigern u.U. Ungleichheit zwischen den Branchen (bei großem Machtungleichgewicht zwischen den Gewerkschaften versch. Branchen)
- Im Unterschied zu vielen anderen Ländern produzieren deutsche Gewerkschaften im höheren Maße Kollektivgüter, denn hier profitieren auch unorganisierte Beschäftigte von beiden Effekten.

Determinanten der Verteilungswirkungen

1. Gewerkschaftlicher Organisationsgrad (GO)

Def.: Anteil der in einer Gewerkschaft zusammengeschlossenen Beschäftigten im Verhältnis zu den nicht-organisierten Beschäftigten (den potentiellen Mitgliedern) in einem Tarifgebiet (Betrieb / Branche / Gesamtwirtschaft)

Verteilungswirkung:

- Je höher der gewerkschaftliche Organisationsgrad in einem Land, desto geringer ist die gesellschaftliche Einkommensungleichheit.
- Ein im Zeitverlauf sinkender Organisationsgrad in einem Land schlägt sich in einer erhöhten Einkommensungleichheit nieder.

Einkommensverteilung und OG

Ende der 2000er Jahre

	Organisationsgrad TUD*	GINI**
Finnland	70.0	26.0
Dänemark	68.8	25.2
Schweden	68.4	26.9
Belgien	52.0	26.2
Luxemburg	37.3	27.0
Italien	35.1	31.9
Irland	33.7	33.1
OECD	28.5	31.4
Österreich	28.1	26.7
Kanada	27.5	32.0
Vereinigtes Königreich	26.5	34.1
Griechenland	24.0	33.7
Niederlande	19.4	28.8
Portugal	19.3	34.4
Deutschland	18.6	28.6
Japan	18.4	33.6
Australien	18.0	33.4
Tschechische Republik	17.3	25.6
Ungarn	16.8	27.2
Spanien	15.9	33.8
Mexiko	14.4	46.6
Vereinigte Staaten	11.4	38.0
Frankreich	7.6	30.3

Quellen:

* OECD Employment Outlook 2012. Daten für das letzte mögliche Jahr.

** OECD (2013), "Income Distribution", OECD Social and Welfare Statistics (database). Daten für das Jahr 2010.

Determinanten der Verteilungswirkungen

2. Tariflicher Deckungsgrad (TDG)

Def.: Anteil der Beschäftigten, für die die in einem Tarifvertrag festgelegten Inhalte gelten, im Verhältnis zu allen Beschäftigten der betreffenden Branche oder des betreffenden Landes.

Verteilungswirkung:

- Je höher der Deckungsgrad eines nationalen Tarifvertragssystems, desto geringer ist die gesellschaftliche Einkommensungleichheit.
- Ausmaß des Deckungsgrads hängt von der Bereitschaft der Unternehmen zur Verbandsbildung ab. Diese Bereitschaft ist eine Folge der Organisationsmacht der Gewerkschaften sowie der Neigung des Staates, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

Determinanten der Verteilungswirkungen

3. Tariflicher Zentralisationsgrad (TZG) (auch Koordinationsgrad)

Def.: Ausmaß der Koordination von Tarifverhandlungen, die auf betrieblicher, branchenbezogener (und regionaler) und gesamtwirtschaftlicher Ebene geführt werden.

Verteilungswirkung:

- Je höher der Zentralisationsgrad eines nationalen Tarifvertragssystems, desto geringer die gesellschaftliche Einkommensungleichheit.

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 6 ***Politik und Nationalstaat***

Lernziele

- Drei unterschiedliche soziologische Theorien des Staats als Herrschaftsverband beschreiben können
- Unterschiedliche Theorien der Rolle von Verbänden für die politische Willensbildung beschreiben und beurteilen können
- Argumente für und gegen die Krise des repräsentativen Demokratiemodells benennen können

Basistext

Meyer, T. (2010): *Was ist Politik?* Wiesbaden.
S. 37-60.

Drei Ansätze zur Erklärung von staatlicher Herrschaft

1. „Herrschaft kraft Autorität“: institutionell-normative Theorie
2. „Herrschaft aus individuellem Interesse“: Der Rational Choice-Ansatz
3. „Herrschaft aus Konflikt: Kritische Theorie

Herrschaft kraft Autorität

Herrschaft kraft Autorität:

Max Webers (1864-1920) Herrschaftstheorie

(Grundlagen siehe Vorlesung 4)

Staat als legitimer Herrschaftsverband:

- „Staat soll ein politischer Anstaltsbetrieb heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das Monopol legitimen physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt.“ (Weber 1922, S. 29)
- Basiert in erster Linie auf den Vorstellungen über legitime Befehlsgeber und Gehorsamshandlungen.

Herrschaft kraft Autorität

Kritik:

- Überbetonung der Leistungsfähigkeit der Bürokratie
- Es fehlt eine Erklärung, unter welchen Bedingungen Legitimität schwindet und Menschen vom regelgeleiteten zum Interessen geleiteten Handeln übergehen (z.B. Erklärung von Revolutionen).

Herrschaft aus Interesse

Theorie rationaler Handlungen von James Coleman (1926-1995)

- Ausgangspunkt: Mensch als rational egoistisches Gruppenwesen
- Kritik an Gesellschaftsvertrag bei Hobbes: Leviathan handelt zwingend im Interesse der Einzelnen
- Herrschaft kann nur zu Stande kommen, wenn die Herrschaftsunterworfenen daraus Vorteile schlagen können

Herrschaft aus Interesse

Herrschaftsbegriff:

- „Eine Herrschaftsbeziehung zwischen zwei Akteuren besteht, wenn der eine Kontrollrechte über bestimmte Handlungen des anderen besitzt.“ (Coleman 1991, S. 83)
- Zwei Typen der Herrschaft:
 - Übertragung von Kontrollrechten als Interessen geleiteter Tausch (v.a. in der Wirtschaft, z.B. Unternehmen): *korporativer Akteur*
 - Übertragung von Kontrollrechten durch Zusammenlegung von Handlungsrechten (z.B. Vereine, Verbände, Gewerkschaften): *Kollektiver Akteur*.

Herrschaft aus Interesse

- Motiv der Übertragung von Kontrollrechten: Erzielen von Koordinationserträgen (Staat: Rechtssicherheit, Infrastruktur, Bildung; Unternehmen: Entgelt; Verband und Partei: Einfluss)
- Problem der Rechteübertragung durch Trittbrettfahrerproblem:
 - Beteiligung an der Herstellung von Kollektivgütern problematisch, weil deren Nutzung allen zur Verfügung steht, nicht allein den Beitrag Leistenden
 - Gemeinsame Interessen reichen nicht aus, um die Existenz des Staats zu begründen. Individuelle Beiträge setzen individuell positive Kosten-Nutzen-Bilanzen voraus

Herrschaft aus Interesse

Anwendungsfälle:

- Robert Michels (1911) ehernes Gesetz der Oligarchie:
 - In großen demokratischen Mitgliederverbänden (Partei, Gewerkschaft) fallen Interessen zwischen Führern und Mitgliedern auseinander
 - Begründung: Ausbildung von Sonderinteressen der gewählten Führer an Aufrechterhaltung von Macht und Wiederwahl
 - Oligarchie: Herrschaft der wenigen Gewählten Funktionäre über viele Wähler
 - Folge: Bildung von Oligarchien als organische, also notwendige Tendenz jeder demokratischen Organisation

Herrschaft aus Interesse

- Beteiligung an Revolutionen (Coleman, Opp et al. 1993):
 - Warum beteiligen sich rationale Akteure an revolutionären Handlungen?
 - Revolution: öffentliches Gut, wenn alle Herrschaftsunterworfenen die Herrschaft als schlecht angesehen und an Umsturz interessiert sind.
 - Problem 1: erfolgreicher Umsturz schafft für alle Vorteile, unabhängig vom Beitrag
 - Problem 2: Beteiligung an Umsturz führt zu hohen individuellen Kosten
 - Lösung: es müssen Anreize zur Beteiligung vorliegen, die Trittbrettfahren verteuern.

Herrschaft aus Interesse

- *Werterwartungstheorie*: Beteiligung hängt von Kosten/Nutzen revolutionärer und nicht-revolutionärer Handlungen und der Erfolgswahrscheinlichkeit der Revolution ab. (Beispiel: Erklärung des Verlaufs der Leipziger Montagsdemonstrationen 1989).
- *Theorie des politischen Unternehmertums* (Weede 1992): Anreize müssen bestehen in Form von sozialer Anerkennung oder der Übernahme von Führungspositionen.

Herrschaft aus Interesse

Kritik:

- Teilweise Überbetonung rationaler Motive neben Sozialisation und Routinen.
- Problem der Aggregation individueller Handlungen zur neuen sozialen Situation (z.B. Revolution) durch Randbedingungen.

Herrschaft als Konflikt

Konflikttheorie nach Karl Marx (1848)

(siehe Vorlesung 4)

Herrschaft als Konflikt

Neuere Theorien kollektiven Konflikts

Betonung von Institutionen als Mittel der Interessendurchsetzung

- *Norbert Elias* (1939): Prozess der Zivilisation
 - Entstehung und Wandel des absolutistischen Staats aus Konflikten zwischen König, Bürgertum und Landadel im Mittelalter
 - Herrschaft als Monopolisierung von vormals dezentraler Macht (Aufbau des zentralen Steuer- u. Gewaltmonopols, Erwerbs von Territorium)
 - zunehmende gesell. Arbeitsteilung führt im 19. Jh. zur Durchsetzung parlamentarischer Rechte des Bürgertums (→ Demokratie)
 - Zivilisation als ungeplanter Prozess des Aufeinandertreffens kollektiver Interessen

Herrschaft als Konflikt

Neuere Theorien kollektiven Konflikts

Betonung von Institutionen als Mittel der Interessendurchsetzung

- *Thomas H. Marshall* (1948): Demokratie, Rechts- u. Wohlfahrtsstaat als Institutionen der Einhegung des Klassenkonflikts
 - Spannungsverhältnis zwischen kapitalistischer Ökonomie (Ungleichheit) und politischer Demokratie (Gleichheit)
 - Schrittweise Durchsetzung von gleichen Rechten aller Bürger trotz ökonomischer Ungleichheit
 - Ökonomische Rechte (v.a. Vertrags-, Koalitions-Berufsfreiheit)
 - Politische Bürgerrechte (u.a. parl. Demokratie, aktives und pass. Wahlrecht, Rechtsstaatlichkeit)
 - Soziale Rechte (soziale Sicherung, Bildung, Umverteilung zw. Klassen)

Herrschaft als Konflikt

Kritik:

- Normative Motive (Legitimitätsglauben) häufig irrelevant.
- Schwächen der Erklärung von kollektivem Handeln von Großgruppen ohne Bezugnahme auf individuelle Interessen

Interessenverbände und politische Willensbildung

Welche Rolle nehmen Interessenverbände im Prozess der politischen Willensbildung ein?

Interessenverbände und politische Willensbildung

1. Pluralismus / Neopluralismus (Truman, Fraenkel)

- Entstanden nach 1945 vor dem Hintergrund der Gleichschaltung gesellschaftlicher Interessen im NS-Staat
- Befunde (nach Seebaldt/Straßner 2004: 33)
 - alle gesellschaftlichen Interessen sind über Verbände / Parteien prinzipiell organisierbar
 - für verbandsmäßig organisierte Interessen herrschen gleiche Regeln der Artikulation
 - Politische Arena ist offen für neu zu bildende Interessen
 - Im Falle von Monopolisierung oder einseitige Interessendurchsetzung besteht Garantie der Gegenverbandsbildung
 - Voraussetzung: Grundkonsens über Regeln des pluralistischen Wettbewerbs
- Pluralistische Konkurrenz als regulative Idee der Demokratie

Theorien der Interessenverbände

2. Neue Politische Ökonomie (Olson; Buchanan)

- Grundannahme: individuelle Nutzenmaximierung
- Fragestellung: Bedingungen der Organisationsfähigkeit
- Befunde:
 - Olson: Je allgemeiner ein Interesse, desto unwahrscheinlicher die Verbandsbildung. Kollektivgüter produzierende Verbände müssen daher Anreize zur Mitgliedschaft setzen (Zusatznutzen)
 - Buchanan et al: „Political rent-seeking“ in liberalen Demokratien. Individuen versuchen Umgehung des Wettbewerbs durch Verbandsbildung, um Subventionen durch den Staat zu erhalten (Umverteilung)
 - Gefahr: Anspruchsinflation und Steigerung der Staatsquote

Theorien der Interessenverbände

3. Neokorporatismus (P. Schmitter, W. Streeck)

- Grundannahme: Legitimität der Organisation gesell. Interessen
- Fragestellung: Beitrag der Verbände zur Politikproduktion
- Befunde:
 - Institutionalisierung der Interessenvermittlung: Verbände als Teil der politischen Willensbildung
 - Entlastung des Staats durch Dämpfung von Konflikten und Erhöhung der Akzeptanz der Entscheidungen (Gesetze)
 - Wandel der Verbände von „pressure groups“ zu gemeinwohlverpflichteten Akteuren
 - Verlust der Legitimation der Verbände bei Mitgliedern
 - Intransparenz der politischen Willensbildung („Hinterzimmerdemokratie“)

Theorien der Interessenverbände

4. Konflikttheorie (C. Offe)

- Grundannahme: gesellschaftlicher Interessengegensatz zw. Arbeit und Kapital
- Fragestellung: Ressourcen der Macht von Verbänden
- Befunde:
 - Staat als Ort der Verflechtung von Politik und Wirtschaft
 - Ungleiche Organisationschancen von Arbeit und Kapital: Spezialbedürfnisse einer Gruppe (z.B. Branchen-, Unternehmerverbände) haben höchste Chancen der Verbandsbildung
 - Interessen, die keine systemrelevanten Ressourcen kontrollieren, können organisationsfähig sein (Arbeitslose, Schüler & Studenten), aber keinen Einfluss nehmen.
 - Macht beruht auf glaubhafter Androhung von Leistungsverweigerung (z.B. Streik), nicht auf dessen häufigem Vollzug.

Krise der Demokratie?

Befindet sich das westliche repräsentative Demokratiemodell in einer Legitimationskrise?

Krise der Demokratie?

Indikatoren für die These der Krise der Demokratie:

1. Gesunkenes Ansehen von Politikern und demokratischen Institutionen seit 1970er J. (s. Vorlesung 7: politische Legitimität)
2. Rückgang der Wahlbeteiligung auf nationaler und regionaler Ebene
3. Zunahme an Volatilität im Wahlverhalten

Krise der Demokratie?

Indikatoren für die These der Krise der Demokratie:

4. Rückgang des politischen Interesses der Bürger (Referenz: 1960er / 1970er Jahre)
5. Zunahme der Komplexität politischer Entscheidungsfindung bei gleichzeitiger Abnahme der Transparenz (s. Vorlesung 6 Politische Kultur & politische Legitimität)
6. Zugleich: „Medialisierung“ von Politik durch elektr. Massenmedien (bspw.: Politik-Talkshows, Politiker-Blogs) (s. Vorlesung 6 Politische Kultur & politische Legitimität)

Krise der Demokratie?

Indikatoren gegen die These der Krise der Demokratie:

1. Zunahme an Ausrichtung politischer Strategien der Politiker am Wählerwillen (kurzfristig und themenbezogen) z.B. durch Meinungsumfragen.
2. Relativ stabile diffuse Unterstützung der Idee der Demokratie (siehe Vorlesung 6 Politische Kultur & politische Legitimität).
3. Anstieg gesellschaftlicher Interessengruppen (auch außerhalb des Wirtschaftssystems) und politischer Partizipation seit 1970ern (Bürgerinitiativen, NGOs).
4. E-Medien ermöglichen Zunahme an nicht-konventioneller politischer Partizipation (soz. Netzwerke, online-Abstimmungen).

Krise der Demokratie?

Zwei Zeitdiagnosen:

Edgar Grande („Charisma und Komplexität“, in: Leviathan 2000):

- Charisma des Politikers als „Brücke“ für zwischen Politik als Verhandlungsdemokratie und Politik als Mediendemokratie.

Colin Crouch („Postdemokratie“, Ff./M. 2008):

- Liberale Demokratie: „Volk ohne Herrschaft statt Herrschaft des Volkes“ bei Aufrechterhaltung des demokratischen Institutionensystems.

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 7 ***Politische Kultur und politische Legitimität***

Lernziele

- Zusammenhang von Demokratie und politischer Kultur(forschung) benennen
- Merkmale der „Civic Culture“ nach Almond/Verba kennen und Kritik üben
- These des Wertewandels nach Inglehart darlegen und bewerten
- Eastons Konzept der politischen Unterstützung darlegen können
- Trends der Legitimität politischer Autoritäten & Institutionen in Deutschland empirisch beschreiben und erklären können

Basistext

Gabriel, O. W. (2009): *Politische Kultur*.
In: Kaina, V./ Römmele, A. (Hrsg.):
Handbuch Politische Soziologie. Ein
Studienbuch. Wiesbaden. S. 17-51.

Ausgangsfrage

Was sind die Ursachen der Herausbildung einer demokratischen Ordnung, und unter welchen Bedingungen ist eine Demokratie stabil?

Definition I

Kultur

nicht von Natur vorgegeben, sondern Ergebnis sozialen Handelns. Was eine Kultur beinhaltet, ist historisch, sozialstrukturell und lokal verschieden.

Kultur im soziologischen Sinne

gesamtes soziale Erbe, das Mitglieder einer Gesellschaft in einer lebenslangen Sozialisation erwerben.

Definition I

Immaterielle Kultur

- Wissen
- Sprache
- Symbole aller Art
- sittliche Werte
- Normen
- Habitusformen
- Lebensstile

Materielle Kultur

Dinge und Artefakte die von Menschen geschaffen sind wie:

- Kleidung
- Kochgeschirr
- Waffen
- Kunstwerke
- Technik

Definition II

Politische Kultur

„The political culture of a nation is the particular distribution of orientation towards political objects among the members of the nation“ (Almond/Verba 1989: 13).

- Merkmal einer Nation
- besteht aus Einstellungen der Individuen
- bezieht sich auf politische Objekte
- weist Ordnung und Dauerhaftigkeit auf
- ist wird nicht von allen Gesellschaftsmitgliedern in gleichem Ausmaß geteilt

Almond/Verbas „Civic Culture“-Studie

Fragestellung

Ursachen der Stabilität / Instabilität von Demokratien entwickelter Nationen in 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts

Annahme

Politische Kultur als Funktionsbedingung des politischen Systems:
Übereinstimmung von bürgerschaftlicher Kultur stabilisiert
demokratische Ordnung

Theorie

Anwendung von Parsons Kulturkonzept auf politisches System

Methodik: ländervergleichende Umfrageforschung

Almond/Verbas „Civic Culture“-Studie

Merkmale der politischen Kultur einer Demokratie

(Quelle: Gabriel 2009: 26).

Politische Kognition: Wissen, Informationsbeschaffung, Einschätzung der Bedeutsamkeit der Politik für eigenes Leben & Gemeinschaft

Positive Gefühle gegenüber:

- dem politischen System (Stolz auf nationale Errungenschaften)
- dem Output der Institutionen (faire Behandlung)
- dem Input der Prozesse (freier Austausch über Politik mit anderen)

Almond/Verbas „Civic Culture“-Studie

Typisierung politischer Kulturen

Einstellungs- objekt / Einstellungstyp	System	Inputs (Willens- bildung)	Outputs (Ent- scheidung)	Individuum als Teilnehmer am politischen Leben
Parochial (auf kl. Gemein- schaften bezogen)	Keine Einstellungen	Keine Einstellungen	Keine Einstellungen	Keine Einstellungen
Obrigkeitslich	Wahrnehmung und Bewertung	Keine Einstellungen	Wahrnehmung und Bewertung	Keine Einstellungen
Partizipativ	Wahrnehmung und Bewertung	Wahrnehmung und Bewertung	Wahrnehmung und Bewertung	Wahrnehmung und Bewertung

Quelle: Gabriel 2009: 23.

Almond/Verbas „Civic Culture“-Studie

Patterns of Partisanship: gefühlsmäßige Distanz zwischen Anhängern konkurrierender Parteien bzw. offene, gemäßigte Form der Parteibindung

Befürwortung des aktiven sozialen und politischen Engagements als staatsbürgerliche Pflicht

Positive Bewertung der eigenen Chancen, auf politische Entscheidungen Einfluss ausüben zu können (Staatsbürger- und Untertanenkompetenz)

Almond/Verbas „Civic Culture“-Studie

Zentral für bürgerschaftliche Kultur

Mindestmaß an politischer Involvierung und politischer Unterstützung muss vorhanden sein

Fortführung der Civic Culture-Studie durch David Easton

diffuse politische Unterstützung (generalisierte Befürwortung des pol. Systems) wichtiger als spezifische Unterstützung (Involvierung)

Ingleharts These des Wertewandels

These

- Theorie der „stillen Revolution“: Veränderung des politischen Verhaltens durch Wertewandel
- Werte: von der Mehrheit einer Gruppe geteilte allgemeine Vorstellungen darüber, was als gut oder schlecht, wünschenswert oder unerwünscht gilt.
- Politische Werte: von Mitgliedern eines Gemeinwesens geteilte Vorstellungen über anzustrebende politische Ziele und angemessene Mittel

Ingleharts These des Wertewandels

- Seit 1970er J.: Wertewandel vom „Materialismus“ zum „Postmaterialismus“
- Motor des Wertewandels: steigende Befriedigung von Grundbedürfnissen durch Wohlstandsanstieg (Sozialisation & Mangelhypothese)
- Wertewandel stärkt partizipative, auf individuelle Freiheit bezogene politische Kultur & Zunahme an Misstrauen gegenüber Hierarchie und Institutionen der Verhaltenskontrolle (Militär, Polizei, Kirchen)

Ingleharts These des Wertewandels

Kritik

- Eindimensionalität des Wertekonzepts (Materialismus als Bezugspunkt)
- Zusammenhang zwischen Wohlstandsanstieg und Wertewandel nur in westlicher Welt vorgefunden (mit Ausnahmen: USA)

Politische Legitimität: Ausgangsfragen

1. Welche Bedeutung hat die Legitimitätsüberzeugung der Bürger für die Stabilität des demokratischen politischen Systems?
2. Worauf beziehen sich Legitimitätsüberzeugungen?
3. Wie wandeln sich Legitimitätsüberzeugungen und warum?

Definition

Legitimität des politischen Systems

- Anerkennung der Herrschaftsordnung als rechtmäßig und verbindlich (*nach Max Weber*)
- Rationalität des Verfahrens: „Generalisierte Bereitschaft, inhaltlich noch unbestimmte Entscheidungen innerhalb gewisser Toleranzgrenzen hinzunehmen (*Niklas Luhmann 1989: 37*)
- „(...) der mit einer politischen Ordnung verbundene Anspruch, als richtig und gerecht anerkannt zu werden (...). Legitimität bedeutet Anerkennungswürdigkeit einer politischen Ordnung“ (*Jürgen Habermas 1976: 39*)“

Konzepte I:

Seymour M. Lipsets Konzept politischer Stabilität

Zwei Faktoren politischer Stabilität

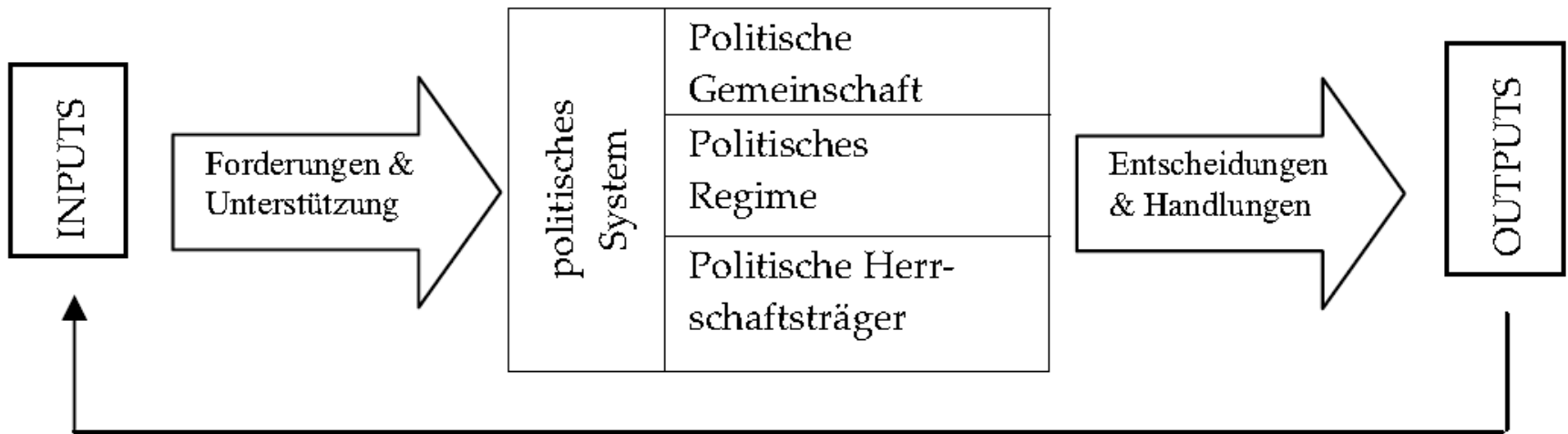
- Effektivität: Performanz des Systems (v.a.: wirtschaftlich & politisch)
- Legitimität: Glaube daran, dass bestehende politische Institutionen die bestmöglichen sind.

Legitimität als Schlüsselfaktor, wenn Performanz negativ bewertet wird.

Konzepte II:

David Eastons Konzept der politischen Unterstützung

Quelle: Braun/Schmitt 2009: 59)



Quelle: Easton (1965b): 32.

Konzepte II:

David Eastons Konzept der politischen Unterstützung

		Unterstützungsobjekte			
Unterstützungstypen	Diffus	<i>Quellen:</i> Normen/ Werte Generalisierter Nutzen	Politische Gemeinschaft	Regime	Autoritäten
			Identifikation mit der politischen Ge- meinschaft	Legitimität des Regimes	Legitimität der Autoritäten
	Spezifisch	Kurzfristiger Nutzen		Vertrauen in das Regime	Vertrauen in die Autoritäten
					Zufriedenheit mit den alltäglichen Outputs

Quelle: Fuchs (1989): 18.

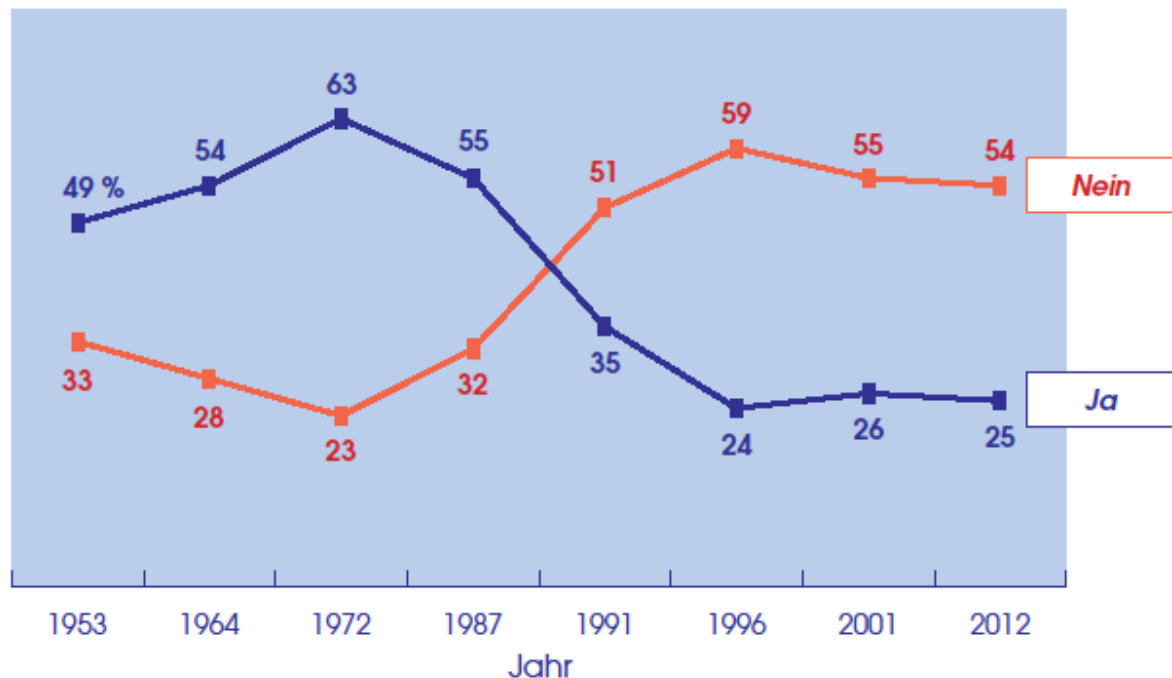
Quelle: Braun/Schmitt 2009: 61, basierend auf Fuchs 1989:18.

Legitimität politischer Autoritäten I

Das Ansehen der Abgeordneten

Muss man besondere Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter zu werden?

Frage: "Glauben Sie, man muss große Fähigkeiten haben, um Bundestagsabgeordneter zu werden?"



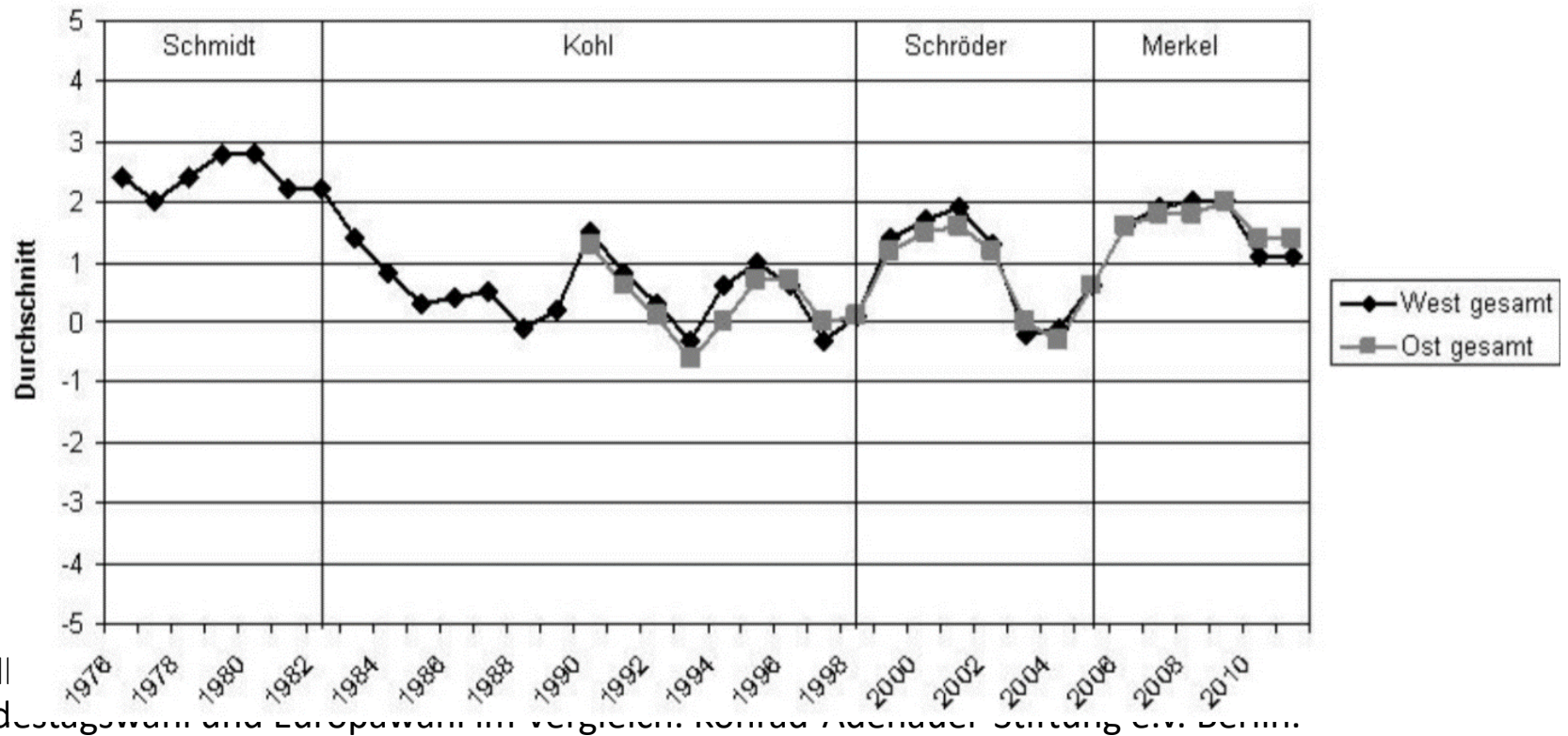
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre; 1953-1987: Westdeutschland
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 10090, Mai 2012

© IfD-Allensbach

Legitimität politischer Autoritäten II

Das Ansehen der Kanzlerkandidaten

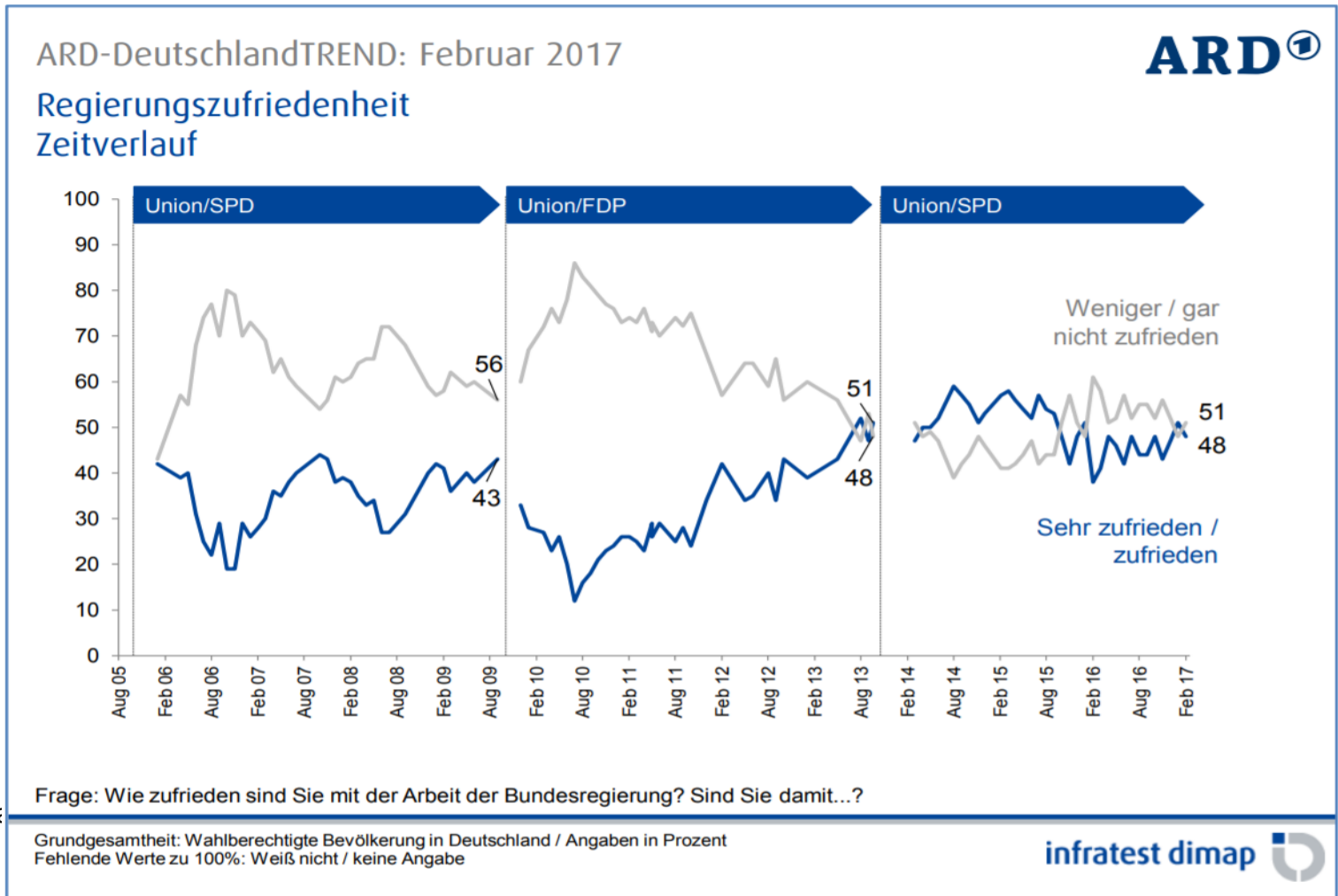
Kanzlerbewertung



Quell
Bundes

Legitimität politischer Institutionen I

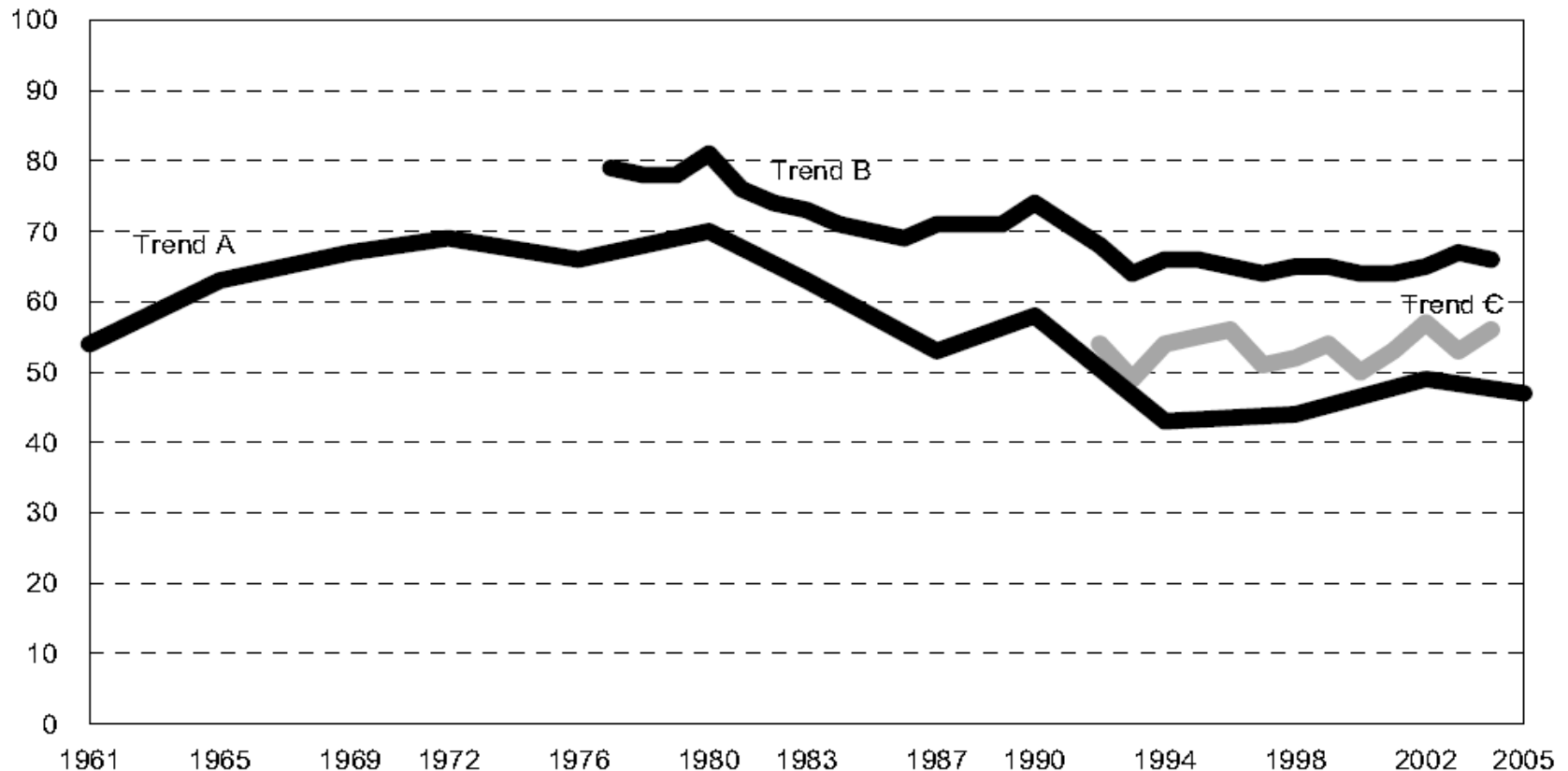
Das Ansehen der Bundesregierung



Quelle: Brä

Legitimität politischer Institutionen II

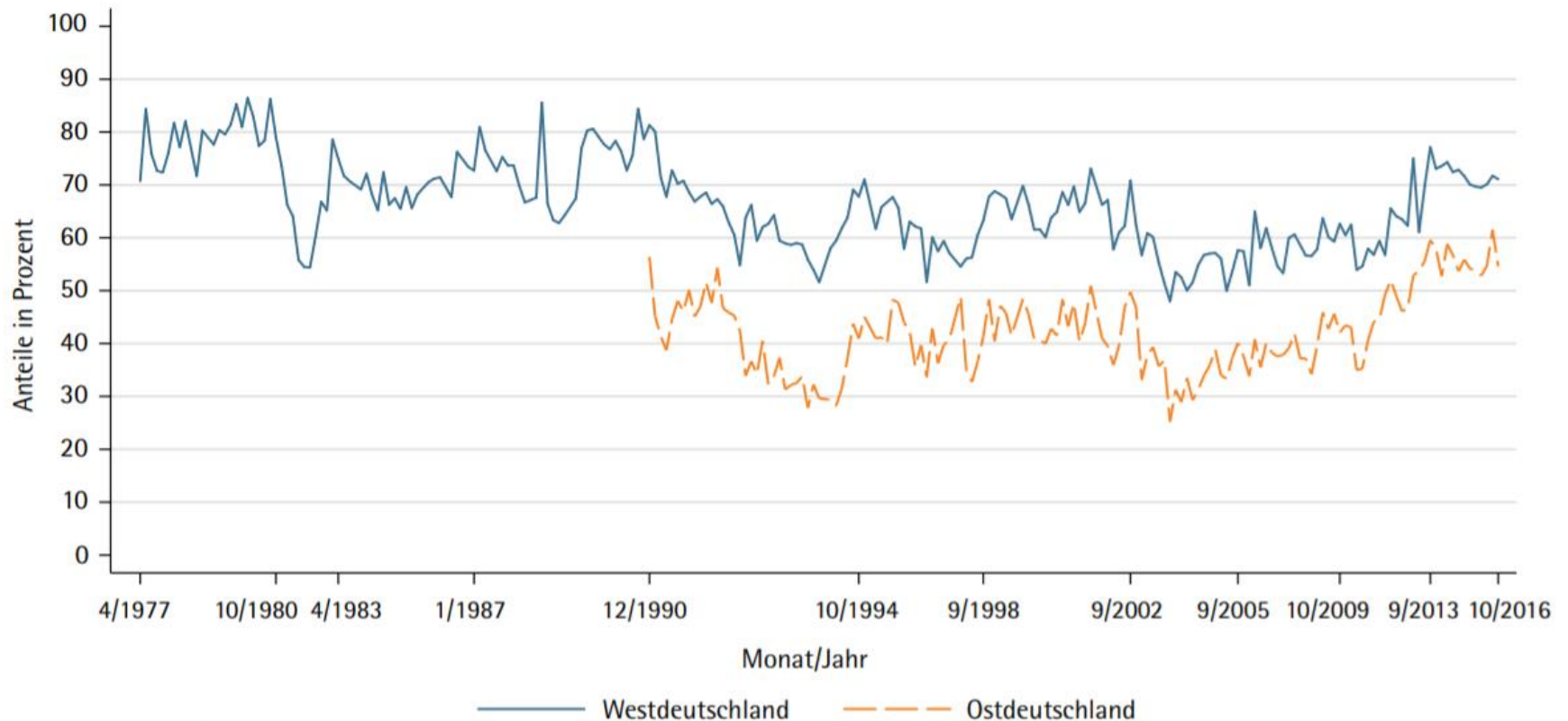
Das Ansehen der Parteien



Legende: *Trend A* ist der Anteil der Befragten, die ihre meistpräferierte Partei auf einer Skala von +5 bis -5 bei +4 oder +5 platzieren. Es werden die Ergebnisse für Westdeutschland dargestellt. Quelle: Nachwahlumfragen aus der Serie der deutschen Wahlstudien (recall-gewichtet). *Trend B* ist der Anteil der Befragten, die "über längere Zeit einer Partei zuneigen, obwohl Sie auch ab und zu eine andere Partei wählen." Es werden Ergebnisse für Westdeutschland dargestellt. Quelle: Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen (repräsentativ gewichtet). *Trend C*: wie Trend B, nur für Ostdeutschland.

Legitimität politischer Institutionen III

Zufriedenheit mit Demokratie



Anmerkungen: Dargestellt ist der Anteil der Befragten, die mit der Demokratie sehr bzw. eher zufrieden sind. Gewich- tete Daten (Repräsentativgewicht: Variable Vx56).

Datenbasis: Politbarometer – Gesamtkumulation 1977 bis 2016. GESIS Datenarchiv, Köln. ZA5100 Datenfile Version 1.0.0 (2017), doi:10.4232/1.5100

Ursachen des Legitimitätswandels

1. Sozioökonomische gesellschaftliche Modernisierung

- Bildungsexpansion: höhere Beurteilungskompetenz von und Erwartungshaltung gegenüber Politik
- Wertewandel (nach Inglehart): Anspruchssteigerung gegenüber Effektivität & Legitimität

2. Technologischer Wandel

- Medienexpansion (TV, Internet) führt zu umfangreicherer und kritischerer Berichterstattung
- Dominanz der Umfrageforschung reduziert Unabhängigkeit der Gewählten von kurzfristiger Bewertung durch die Wähler

Ursachen des Legitimitätswandels

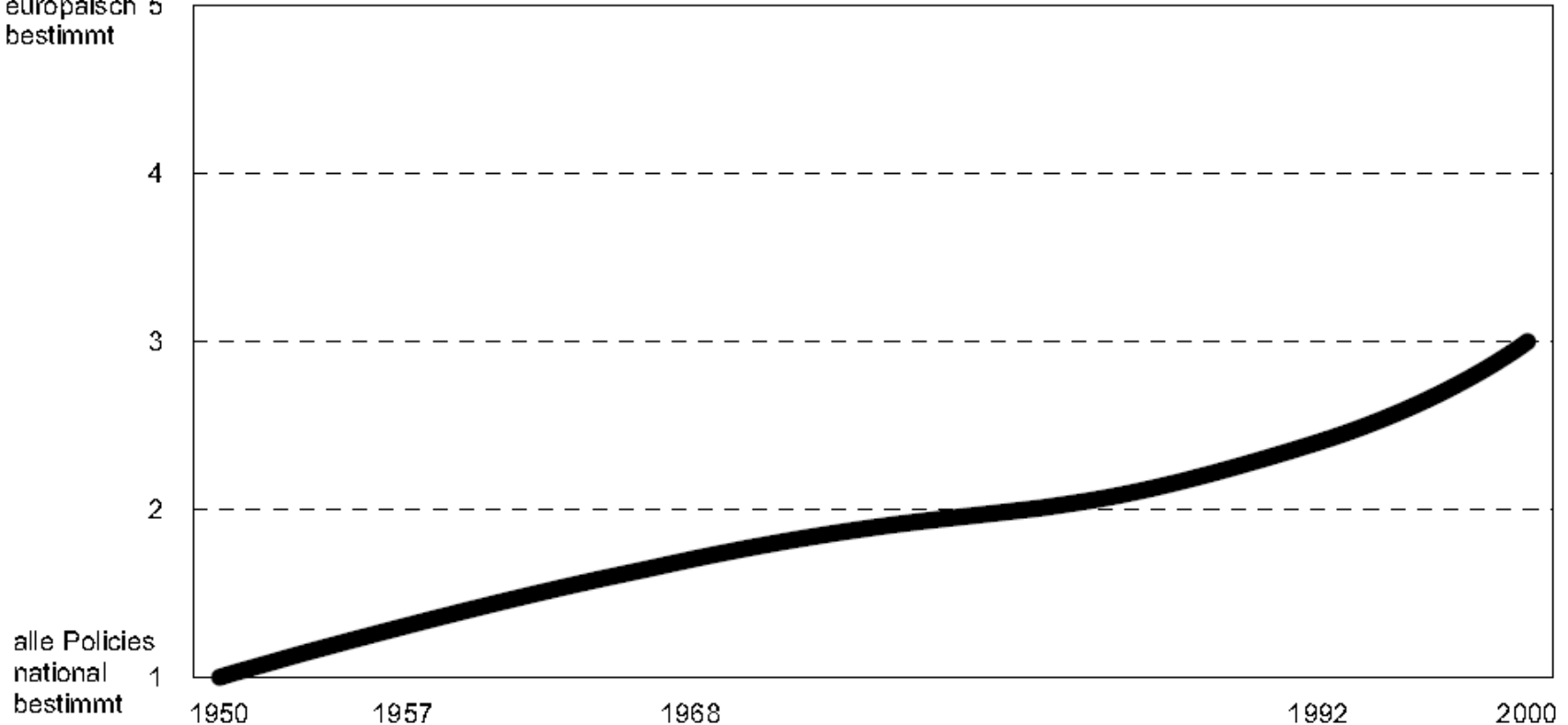
3. Abnahme der Steuerungsfähigkeit des pol. Systems

- Komplexitätssteigerung einzelner gesellschaftlicher Felder (z.B. Wirtschaft) reduziert Steuerungskompetenz (z.B. Kampf gegen Arbeitslosigkeit)
- Pluralisierung des dt. Parteiensystems erschwert Blockbildung und verlangsamt Entscheidungsfindung (BSP: Mehrheitsbildung Bundestag/Bundesrat)
- Ökon. Globalisierung: Zunahme externer Restriktionen (Wettbewerbs-, Unternehmenssteuerpolitik)
- Europäische Integration: Verlagerung von Kompetenzen auf supranationale Ebene

Ursachen des Legitimitätswandels

Index der Policy-Kompetenzverlagerung nach Hooghe/Marks (2001)

alle Policies
europäisch 5
bestimmt



alle Policies
national 1
bestimmt

Legende: Die Kurve zeigt die mittlere Policy-Kompetenz der EU in 28 Politikfeldern aus den Bereichen der Wirtschafts- Außen- Rechts- und Sozialpolitik. Die Einstufungen beruhen auf Expertenurteilen (vgl. Hooghe/Marks 2001, 187-189).

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 8 **Öffentlichkeit**

Lernziele

- Funktion der Medien in der politischen Willensbildung kennen
- Wirkungen von Medienberichterstattung auf Meinungsbildung und politisches Wahlverhalten anhand der klassischen Studie von Lazarsfeld darlegen
- Zusammenhang von gesellschaftlicher Modernisierung und Wahlkampfkommunikation beschreiben

Basistext

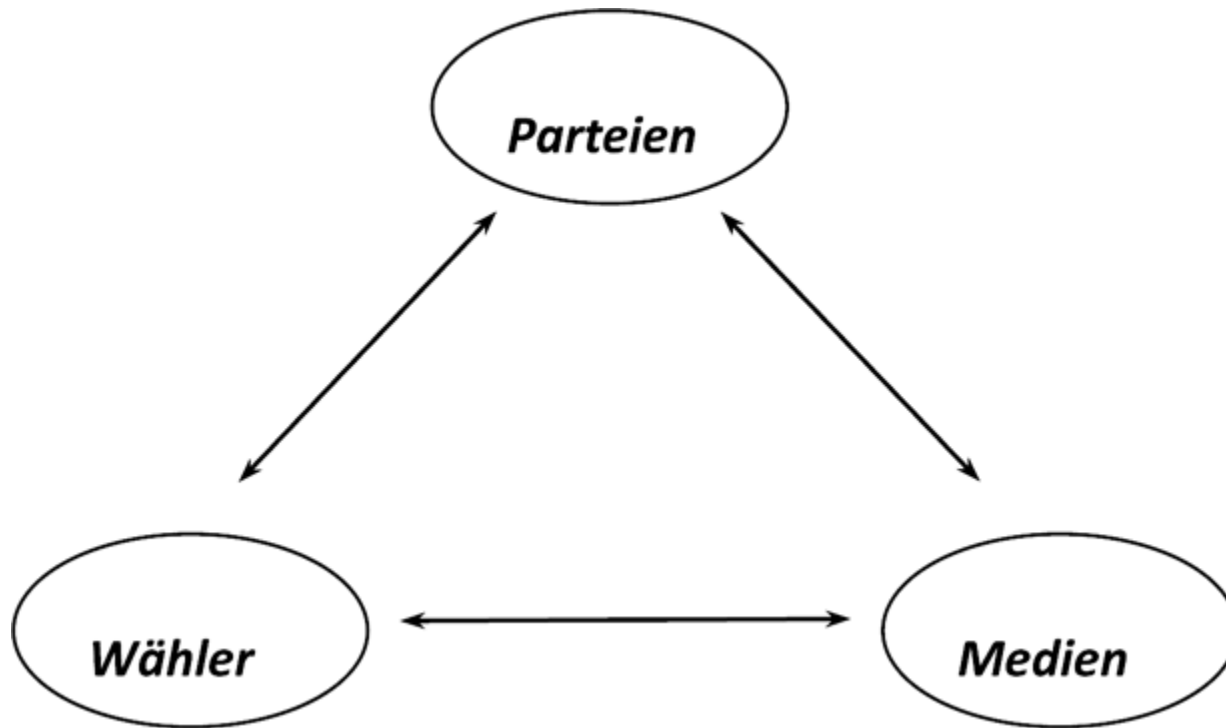
Bastgen, S./ Jucknat, K./ Römmele, A. (2009):
*Einführung in das Forschungsfeld der
Politischen Kommunikation.*

In: Kaina, V./ Römmele, A.(Hrsg.): Politische
Soziologie: Ein Studienbuch. Wiesbaden.
S. 209-234.

Ausgangsfragen

1. Warum müssen politische Akteure mit Bürgern kommunizieren?
2. Wie und auf welche Weise beeinflusst die Medienberichterstattung die politische Meinung der Bürger?
3. Inwiefern passen sich politische Akteure dem Mediensystem an?

Funktion der Medien



Quelle: Bastgen et al. 2009: 209.

Funktion der Medien

- In kleinräumigen bzw. direkten Demokratien: Direkte Kommunikation zwischen politischen Akteuren und Bürgern
- In repräsentativen Massendemokratien: Herstellung von Öffentlichkeit über konkurrierende Parteien, Programme, Personen
- Informationsfunktion: Darlegung politischer Alternativen als Voraussetzung der individuellen Willensbildung

Medienstrategien der Parteien

Gesellschaftliche Modernisierung & Wahlkampfkommunikation

Klassengesellschaft

Individualisierte Gesells.

Digitalisierte Gesells.

	Vormodern	Modern	Postmodern
Wahlkampforganisation	Lokal + dezentral	National koordiniert	Nationale Koordination, dezentrale Ausführung
Vorbereitungsphase	Kurzfristige bzw. ad-hoc-Wahlkämpfe	Langer Wahlkampf	Permanenter Wahlkampf
Zentrale Koordination	Parteiführung	Wahlkampfzentralen, Rückgriff auf spezielle Berater und Parteifunktionäre	Auslagerung von Umfrageforschung, Beratern und speziellen Wahlkampfabteilungen
Rückkoppelung	Örtliche Hausbesuche („Klinkenputzen“)	Bevölkerungsumfragen	Bevölkerungsumfragen, Beobachtung sog. Fokusgruppen, Internet
Medien	Regionale und überregionale Presse; lokal: Handzettel, Poster und Wahlkampfschriften	Fernsehpräsenz in breitenwirksamen Kanälen	Zielgruppenspezifische Medienarbeit durch fragmentierte Medienkanäle, gezielte Werbung

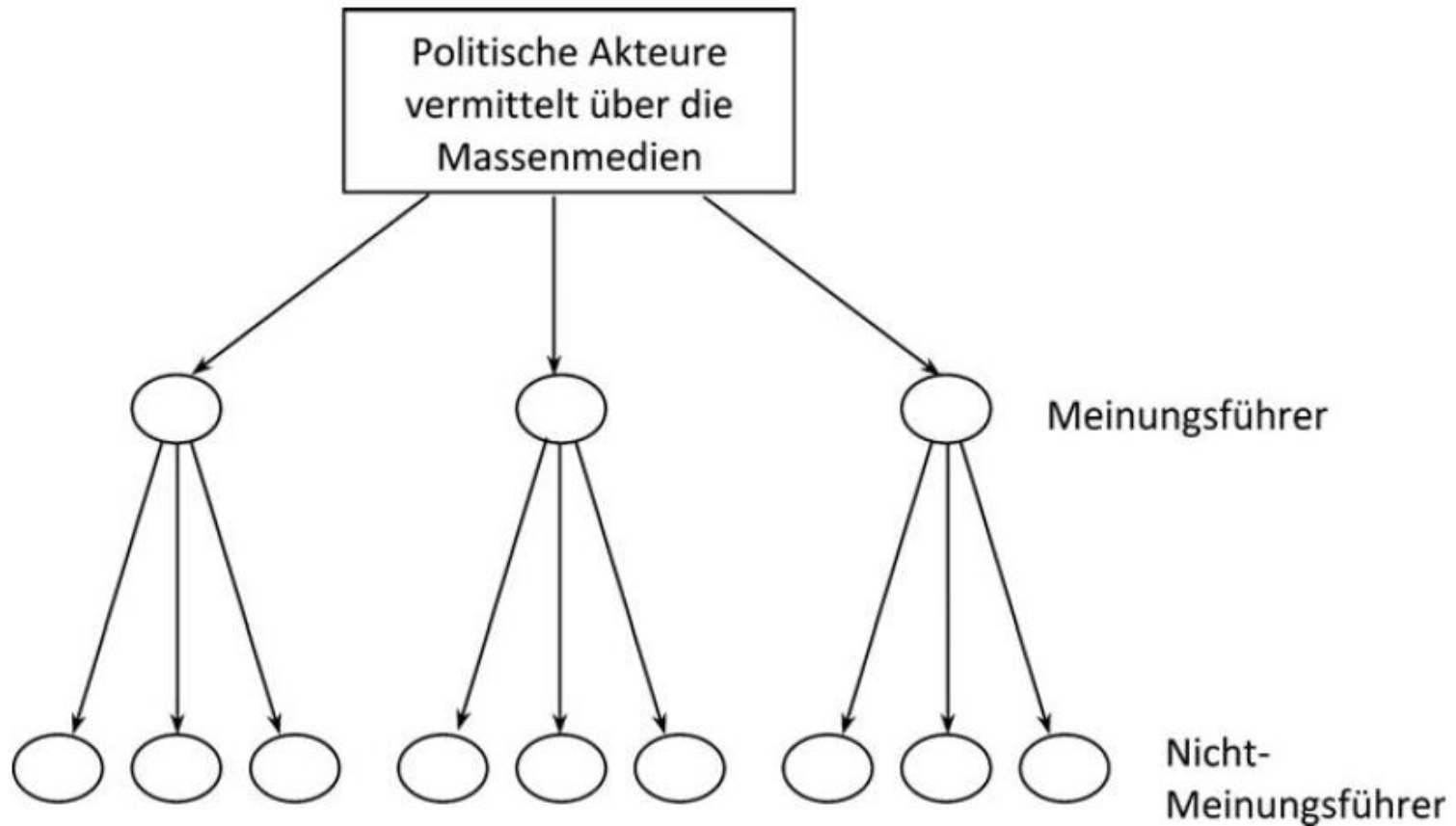
Q1

Teilnehmeraufgabe:

Inwiefern beeinflussen Massenmedien in repräsentativen Demokratien politische Meinungen und Wahlentscheidungen der Bürger? Begründen Sie Ihre Position.

*Diskussion mit Banknachbarin (5 Minuten),
danach gemeinsame Sammlung von Antworten.*

Medieneinfluss auf politische Meinung der Bürger: Paul Lazarsfelds „2 Stufen-Fluss pol. Kommunikation“



Medieneinfluss auf politische Meinung der Bürger: Paul Lazarsfelds „2 Stufen-Fluss pol. Kommunikation“

„**The People's Choice**“ (1944): Studie über Wirkung politischer Medienberichterstattung im US-Wahlkampf 1940.

Methodik: Wählerbefragung: Identifikation von Parteipräferenzen & Kanälen der Meinungsbildung zu mehreren Zeitpunkten (Panel).

Befund1: *Meinungsverstärkereffekt*

Personen mit politischen Interesse und festgelegter politischer Überzeugung nehmen nur Berichterstattung wahr, die ihrer Position entspricht → *Meinungsbestätigung*.

Befund 2: *Kanaleffekt*:

Personen ohne politisches Interesse nehmen keine politische Medienberichterstattung wahr, adaptieren dafür Positionen von Meinungsführern im persönlichen Umfeld.

Medieneinfluss auf politische Meinung der Bürger: Paul Lazarsfelds „2 Stufen-Fluss pol. Kommunikation“

- Meinungsbildung durch Medienberichterstattung findet vor allem bei Personen mit politischem Interesse und ohne normative Festlegung statt:

„(...) the open-minded voters who make a sincere attempt to weigh the issues and the candidates dispassionately for the good of the country as a whole – exist mainly in deferential campaign propaganda, in textbooks on civics, in the movies, and in minds of some political idealists. In real life, they are few.“ (Lazarsfeld et al. 1944: 100)

Medieneinfluss auf politische Meinung der Bürger

- Jüngere Forschung bestätigt:
Einfluss medienvermittelter Information auf politische Wahlentscheidungen ist geringer als die Wirkung interpersonaler Kommunikation (direkte Gespräche der Bürger über Politik (Schmidt-Beck/Machenrodt 2010).
- Relevanzklärung:
Medien markieren politische Themen durch „agenda-setting“ (Auswahl von Themen für die Berichterstattung) als relevant: „Media doesn't tell people what to think but what to think about“ (McCombs/Shaw 1972) – gilt auch für Online-Medien (z.B. Valeriani et al. 2016)

Medieneinfluss auf politische Meinung der Bürger

Wie wählen Medien politisch kodierte Inhalte aus?

Pro-Argumente:

- Journalisten wählen eher Nachrichten aus, die ihre eigene Auffassung stärken
- Medieninhalte sind umso einflussreicher, je stärker sie die Wahrnehmung der Rezipienten einschränken, je weniger sie Ihnen Optionen offerieren, sich eigene Urteile zu bilden

Kontra-Argument:

- Medienkonkurrenz auf dem Markt lässt von Journalisten wenig Spiel für agenda-setting nach politischen Überzeugungen („random partisanship“)

Medieneinfluss auf politische Meinung der Bürger

Die politische Orientierung von Journalisten

Umfragestudie: Weischenberg et al (2006): Journalismus in Deutschland 2005. In: Media Perspektiven 7: 346-361

1. Grundgesamtheit (N)= 2.890 deutsche Medienunternehmen aller Sparten; geschichtete Personenstichprobe, n = 1536.
2. Methode: CATI (Computer Aided Telephone Interviews)
3. Fragen u.a. zur politischen Orientierung, Wahlverhalten, soziale Herkunft

Medieneinfluss auf politische Meinung der Bürger

Die politische Orientierung von Journalisten

Die politische Einstellung der Journalisten

In der Politik spricht man manchmal von „links“ und „rechts“. Wo auf einer Skala von 0 bis 100 würden Sie sich selbst einstufen, wenn 0 für „sehr links“ steht und 100 für „sehr rechts“?

Mittelwert eigene politische Position: 38

Mittelwert perzipierte pol. Position v. Kollegen: 41

Mittelwert perzipierte pol. Position d. eigenen Mediums: 51

Befunde in neueren Studien bestätigt (z.B. Steindl et al. 2017)

Medieneinfluss auf politische Meinung der Bürger

Parteineigung von Journalisten im Vergleich 2005

Parteineigung	Journalisten (in %)	Bevölkerung (in %)
CDU/CSU	8,7	41,6
SPD	26	36,8
FDP	6,3	4,3
Die Grünen	35,5	10,1
PDS	0,8	4,9
Sonstige	3,2	2,4
Keine	19,6	-
Gesamt	100	100

Quellen: Studie Journalismus in Deutschland 2005“ (n=1467) und SOEP v30 (n=9051)

Medieneinfluss auf politische Meinung der Bürger

Die Meinung über das Publikum

⑰ Publikumsbilder der Journalisten

Das Publikum ist ...	Mittelwert*	Das Publikum ist ...
politisch interessiert	2,7	politisch nicht interessiert
fortschrittlich	3,1	konservativ
gebildet	2,5	ungebildet
einflussreich	3,0	einflusslos
informationsorientiert	2,2	nicht informationsorientiert
unterhaltungsorientiert	2,6	nicht unterhaltungsorientiert
reich	2,9	arm
jung	3,3	alt
politisch links	3,0	politisch rechts

n = 1 497 bis 1 532.

* Skalierung von 1 bis 5; Angabe linke Spalte = 1, rechte Spalte = 5.

Quelle: Studie „Journalismus in Deutschland 2005“.

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 9 ***Gerechtigkeit***

Lernziele

- Begriff der Gerechtigkeit aus normativ-philosophischer und empirisch-soziologischer Sicht beschreiben
- Theorie der Gerechtigkeitsideologien nach Wegener/Liebig wiedergeben und empirische Befunde beschreiben können
- Wandel von Gerechtigkeitsvorstellungen im Globalisierungszeitraum erläutern können
- Einstellungen zum Grundeinkommen unter dem Einfluss gesellschaftlicher Institutionen interpretieren können

Basistext

Lengfeld, H. (2014): *Von der Ergebnisgleichheit zur Chancengleichheit? Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung der Gegenwart im Wandel.*

In: Melville, G./ Vogt-Spira, G./ Breitenstein, M. (Hrsg.): *Gerechtigkeit.* Stuttgart. S. 219 – 232.

Dimensionen der Gerechtigkeit

- **Verteilungsgerechtigkeit**
 - Verteilungsergebnisse
 - Verteilungsprinzipien
- **Verfahrensgerechtigkeit**
 - Partizipationsregeln
 - Interaktionsregeln

Jeweils: Bewertung von Soll- und Istzuständen

Perspektiven der Gerechtigkeit

1. Politische Philosophie

Was sollen wir tun, damit die grundlegenden Institutionen der Gesellschaft als gerecht anerkannte Entscheidungen treffen?

2. Empirische Sozialwissenschaften (Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaft, Sozialpsychologie und angrenzende Fächer)

Was halten die Menschen für gerecht, und wie wird unter Bezug auf Gerechtigkeitsvorstellungen gehandelt?

1. Philosophie: Was sollen wir tun?

1. Politische Philosophie

Fragestellung: Was sollen wir tun?

- bezieht sich auf Grundstruktur der Gesellschaft
- hat Verteilungsfragen zum Gegenstand und setzt gemäßigte Knappheit voraus
- behandelt Problem der sozialen Ungleichheit
- bezieht sich vorrangig auf Prinzipien, nach denen Institutionen Güter verteilen
- urteilt vom Standpunkt der Unparteilichkeit
- kommt durch systematisches Abwägen von Argumenten zu Erkenntnis

1. Philosophie: Was sollen wir tun?

Gerechtigkeitstheorie von John Rawls

- Chancengleichheit und Gleichbehandlung als Grundvoraussetzung:

Erbschaften und Talente sind ungerechtfertigt

- Differenzprinzip:

Ungleichheiten in der Verfügung über begehrte Güter sind dann legitim, wenn sie die Lage der am schlechtesten Gestellten in einer Gesellschaft verbessern.

1. Philosophie: Was sollen wir tun?

Gerechtigkeitstheorie von Michael Walzer

- Kulturspezifische Gerechtigkeit:
Jede Gemeinschaft hat ihre eigenen Werte
- Sphären der Gerechtigkeit:
Eine gesellschaftsweite Verteilungsordnung ist nicht sinnvoll

*BSP: Studienplatzvergabe, Organtransplantation,
Steuersystem*

2. Empirie: Was wir denken

2. Soziologische Gerechtigkeitsforschung: Was wir denken und wie wir handeln

- Welche Verteilungsprinzipien halten die Menschen für gerecht?
- Welche sozialen Ursachen hat die Einnahme eines Gerechtigkeitsstandpunktes?
- Welche individuellen und kollektiven Folgen haben (Un-) Gerechtigkeitsvorstellungen?

2. Empirie: Was wir denken

Soziologische Gerechtigkeitsforschung

- Analyse von Prinzipien, Institutionen, Verfahren
- Drei grundlegende methodische Ansätze:
 - Institutionenanalyse: Prüfung von Institutionenhandeln auf moralische Grundsätze
 - Diskursanalyse: analysiert öffentliche Rechtfertigungen von pol. Entscheidungen auf Gerechtigkeitsbezüge
 - Einstellungsforschung: Untersucht Gerechtigkeitsvorstellungen von Bürgern

Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Zentrale Befunde zur Verteilungsgerechtigkeit

- Mikroebene:
Interessengebundenheit: Sozialstrukturelle Position prägt normative Präferenzen für Verteilungsregeln
- Makroebene:
Sozialstrukturiertheit: Unterschiede in Gesellschaften (z.B. Klassen) und zwischen Gesellschaften (Struktur des Wohlfahrtsstaats & Arbeitsmarkts)
- Kulturunterschiede: Zwischen Gesellschaften (z.B. USA: Leistungsprinzip - Deutschland: Gleichheitsprinzip)

Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Studie 1: Einstellungen zur Verteilungsgerechtigkeit (1996) nach sozialstruktureller Position (nach Wegener et al. 2000)

	Unter-schicht		Mittel-schicht		Ober-schicht	
	<i>Ost</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>	<i>West</i>
Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind	54	52	62	68	65	72
Die gerechteste Art Einkommen und Vermögen zu verteilen wäre, allen gleiche Anteile zu geben	30	42	27	22	17	19
Der Staat sollte eine Obergrenze für die Einkommenshöhe festsetzen	68	57	56	35	37	36

Quelle: *International Social Justice Project* 1996 (vgl. Wegener et al. 2000).

Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Studie 2: Gerechtigkeitsideologien nach Wegener & Liebig (1993 ff.)

Fragestellung: Welche grundlegenden Gerechtigkeitsvorstellungen lassen sich unterscheiden und was sind die Ursachen für Unterschiede?

Theorie: Anwendung der Grid-Group-Theorie der Denkstile (M. Douglas) auf Gerechtigkeitseinstellungen

Methodik: standardisierte Bevölkerungsumfragen im Ländervergleich

Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Studie 2: Gerechtigkeitsideologien nach Wegener & Liebig (1993 ff.)

Grid-Group-Theorie der Gerechtigkeit

Hierarchische Kontrolle (Grid)	hoch	Fatalismus	Askriptivismus
	niedrig	Individualismus	Egalitarismus
		schwach	stark
		Gruppeneinbindung(Group)	

Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Studie 2: Gerechtigkeitsideologien nach Wegener & Liebig (1993 ff.)

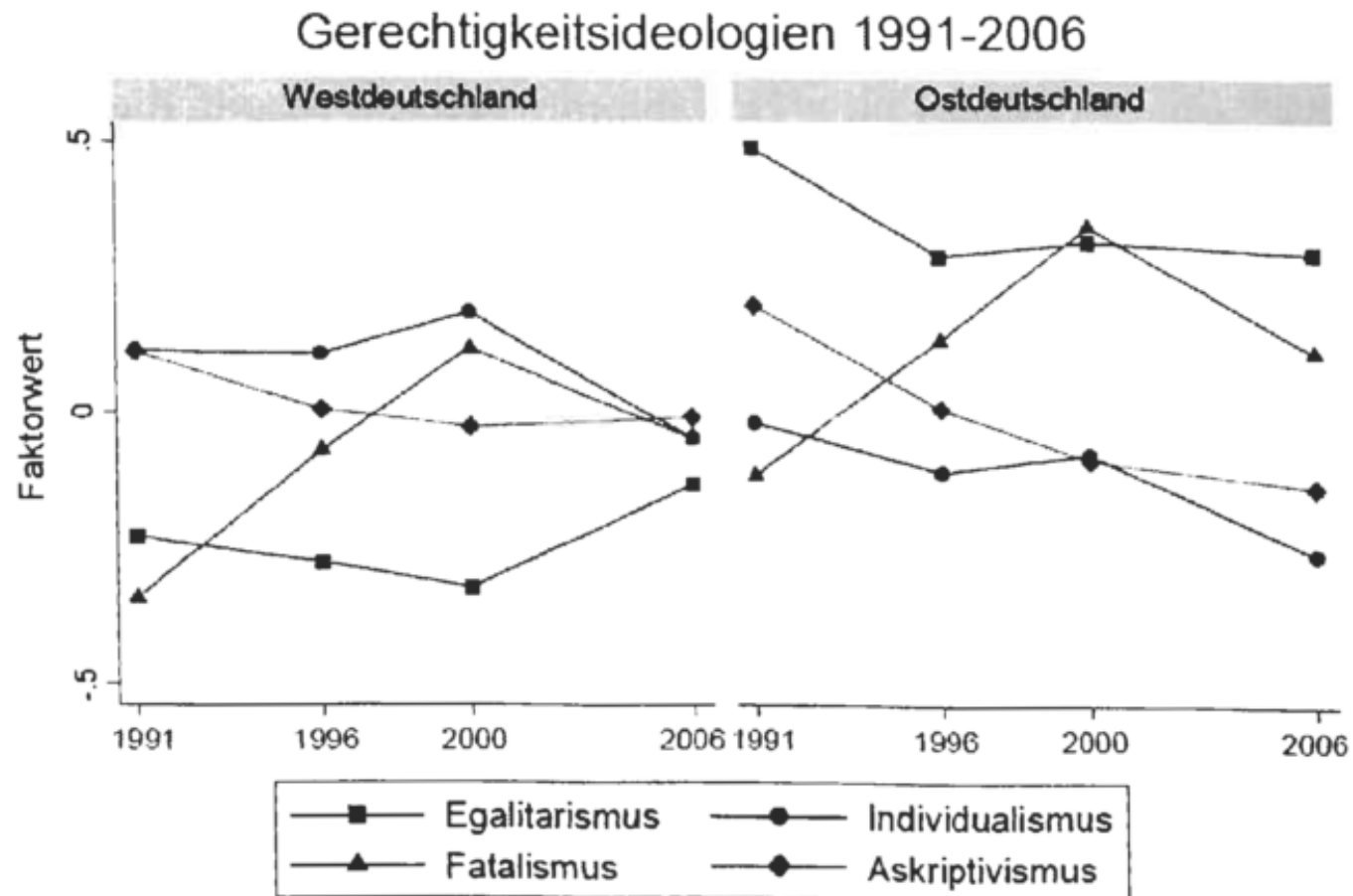
	Fatalismus	Egalitarismus	Askriptivismus	Individualismus
<i>Prinzip</i>	G. nicht herstellbar	Gleichheit	Status	Leistung
<i>Mittel</i>	-	Umverteilung	Verhandlung	Wettbewerb
<i>Institution</i>	-	Staat	Interessen- gruppen	Markt

Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Studie 2: Ergebnisse

1. Grid-Group-Struktur der Gesellschaft beeinflusst „primäre“ (von allen Gesellschaftsmitgliedern durchschnittlich geteilte) Gerechtigkeitsideologie
 - USA: Individualismus, DE: Egalitarismus
2. Sozialer Status beeinflusst „sekundäre“ Gerechtigkeitsideologien
 - Arbeiter: Egalitarismus, Dienstklassen: Individualismus
3. Ost-West-Vergleich:
 - Ostdeutschland: höherer Egalitarismus & Fatalismus
 - Westdeutschland: höherer Individualismus & Askriptivismus
4. 1991-2012: Tendenz zur Annäherung der Einstellungen zwischen Ost und West, Unterschiede bleiben jedoch

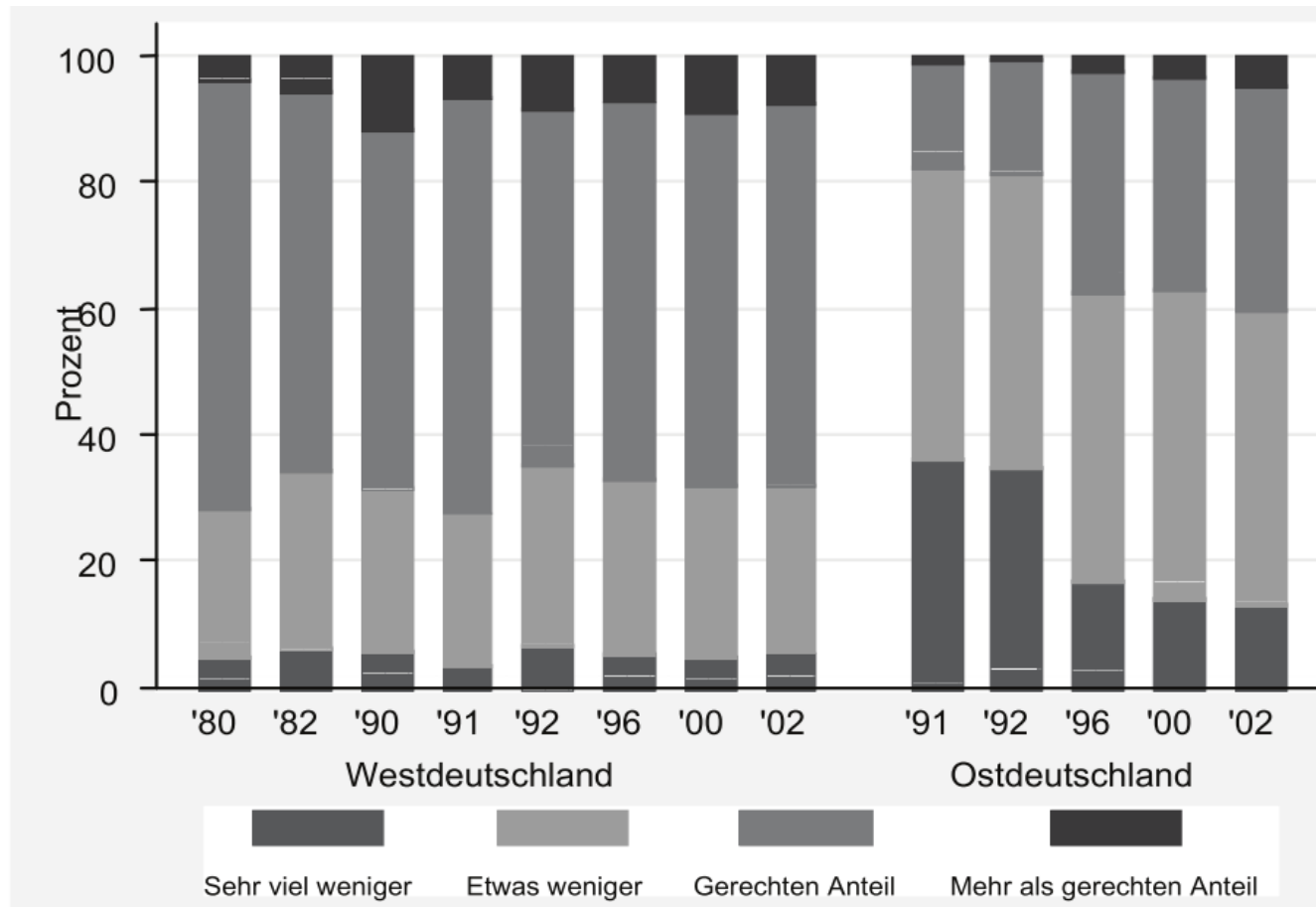
Studien über Gerechtigkeitseinstellungen



Quelle: ISJP 1991-2006

Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Studie 3: Ergebnisgerechtigkeit im Wandel „Gerechter Anteil im Vergleich zu anderen in DE“



Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Studie 4: Gerechtigkeitsvorstellungen im Wandel (Lengfeld 2014)

Fragestellung: Wandel von ordnungsbezogenen Gerechtigkeitsvorstellungen aufgrund von Globalisierungsprozessen?

Theorie: Überprüfung v. Leiserings (2004) Konzept der produktivistischen Gerechtigkeit mittels Umfragedaten

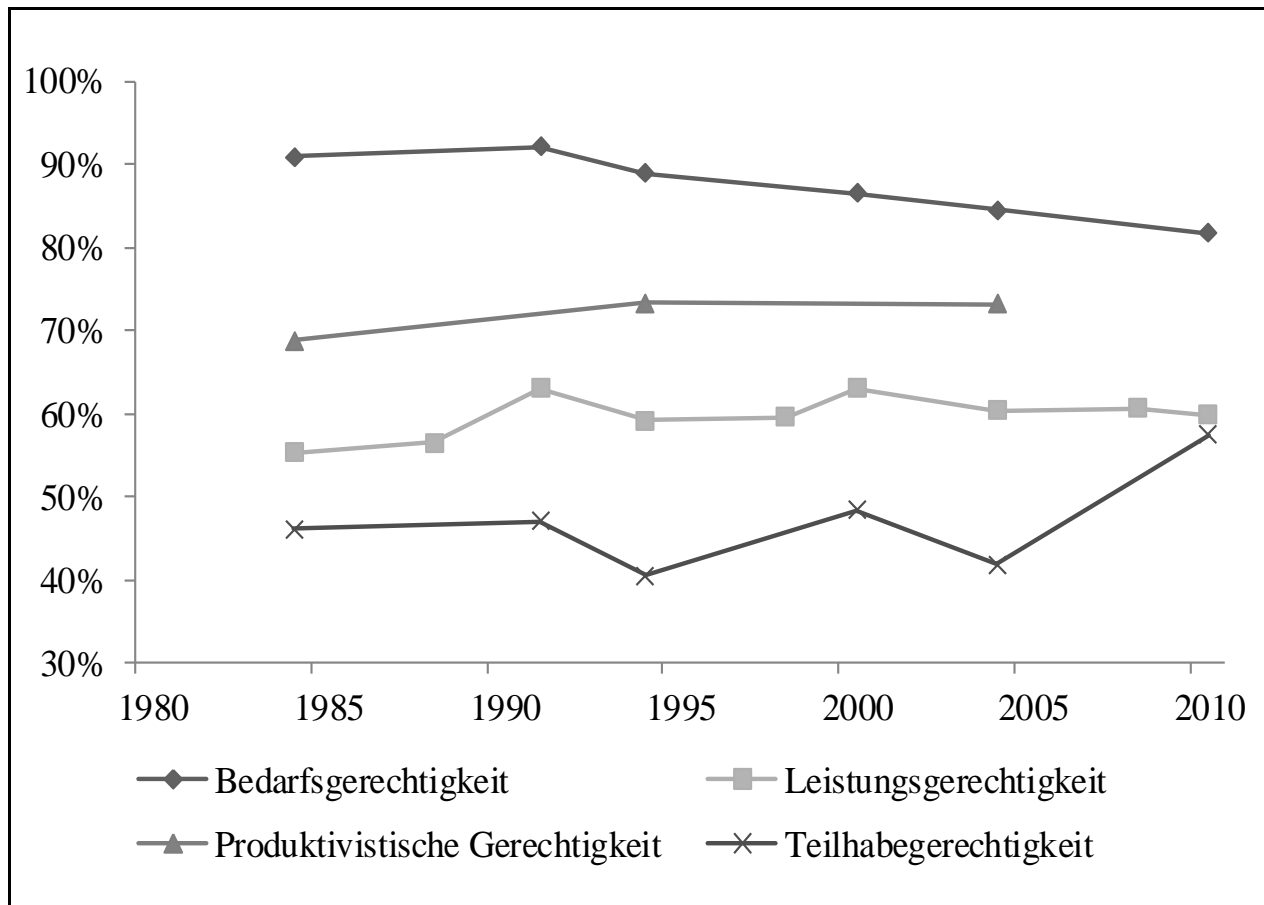
Methode: Sekundäranalyse von ALLBUS-Daten 1984-2008

Veröffentlicht in:

Lengfeld, H. (2014): Von der Ergebnis- zu Chancengleichheit?
Gerechtigkeitsvorstellungen der Bevölkerung im Wandel. In: Melville, G./Vogt-Spira/Breitenstein, M. (Hg.): Gerechtigkeit: Verlangen nach Vollkommenheit. Stuttgart.

Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Gerechtigkeitsvorstellungen nach Lengfeld (2014)



Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Studie 5: Gerechtigkeit der Mindestsicherung (Liebig/Mau 2001)

Fragestellung: Wie gerecht ist ein allgemeines Grundeinkommen?

Theorie: Überprüfung der Legitimität des Grundeinkommenskonzeptes nach P. v. Parijs

Methode: Experimentelle standardisierte Befragung (N = 121)

Veröffentlicht in:

Liebig, S./Mau, S. (2002): Einstellungen zur sozialen Mindestsicherung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 54: 109-134.

Lengfeld, H./Liebig, S. (2002): Wie gerecht wäre ein soziales Grundeinkommen? In: Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 49: 469-472.

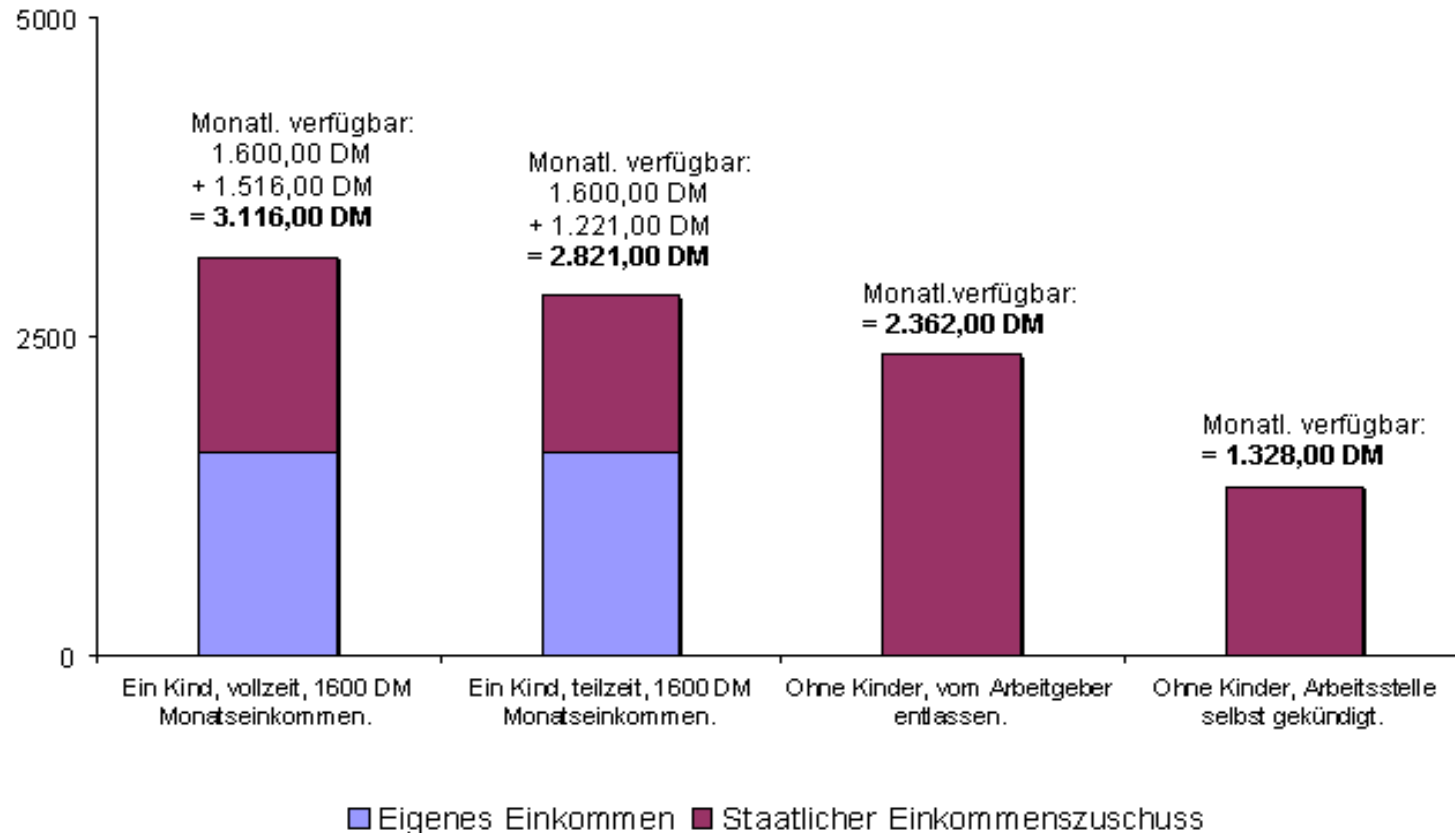
Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Umfrage zeigt: Grundeinkommen soll variieren mit ...

- Umfang von Erwerbstätigkeit
- Bedürftigkeit (Kinder im Haushalt)
- Erwerbseinkommen: je höher, desto geringer das Grundeinkommen
- Eigener Verantwortlichkeit für Arbeitslosigkeit (Abzüge bei eigener Kündigung)

Studien über Gerechtigkeitseinstellungen

Was wäre ein gerechtes Mindesteinkommen? (Beispiele für Arbeiter/innen im Alter von 25 Jahren)



Datengrundlage: Befragt wurden im Jahr 2000 insgesamt 121 zufällig ausgewählte Berufstätige. Die Ergebnisse beziehen sich auf diejenigen Befragten, die einem staatlich finanzierten Mindestlebensstandard grundsätzlich zustimmen (N = 76).

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 10 **Soziale Sicherung**

Lernziele

- Ursachen der Sozialstaatsentstehung darlegen können
- Zweige der Sozialversicherung erläutern können
- Unterschiede in Sozialleistungsquoten zwischen EU-Staaten benennen können

Basistext

Hegelich, S./ Mayer, H. (2009): *Conflict, negotiation, social peace: the German welfare system*.
In: Schubert, K./ Hegelich, S./ Bazant, U. (Hrsg.):
The Handbook of European Welfare Systems.
London and New York. S. 120-136.

Weiterführend

Lampert, H./ Althammer, J. (2014): *Lehrbuch der Sozialpolitik*. Wiesbaden. S. 245-313.

Definition

Soziale Sicherung (auch: Sozialpolitik)

Maßnahmen des Staates zur Vorsorge vor und Bearbeitung von sozialen Risiken sowie Kompensation von sozialen Nachteilen in Form von:

- Sozialversicherungen
- Soziale Förderung & Fürsorge
- Arbeitgeberbezogene Sozialpolitik
- Entschädigungen zur Kompensation von Ungleichheiten, die durch den Markt entstanden sind

Einbettung sozialer Sicherung in den Staatsbürgerstatus nach T.H. Marshall (1949)

Staatsbürgerstatus

Historische Phase	Rechtsformen	Rechtsinhalt	Institutionen
18. Jahrhundert	Bürgerliche Rechte	Redefreiheit, Gedanken- und Glaubensfreiheit, Freiheit des Eigentums, Vertragsfreiheit, Recht auf ein Gerichtsverfahren	Gerichte
19. Jahrhundert	Politische Rechte	Politische Partizipation; Wahlrecht, Wählbarkeit	Parlamente
20. Jahrhundert	Soziale Rechte	Bildung, Gesundheit, Wohlfahrt	Institutionen des Wohlfahrtsstaates

Quelle: Mackert (2006), zitiert nach Mau, S./Verwiebe, R. (2009): Die Sozialstruktur Europas, Konstanz, S. 44.

Entstehung

Ursprung der Gründung sozialpolitischer Institutionen im späten 19. Jahrhundert („Soziale Frage“), Ausweitung im 20. Jahrhundert

1. Demografischer Wandel:

Anstieg der Geburtenraten im 19.Jh. aufgr. verbesserter Lebensbedingungen führt zu Landflucht

Entstehung

2. Beginn der Industrialisierung (*siehe auch: Sitzung zu Wirtschaft & Arbeit*):
 - Massenzuwanderung in Städte: Bildung des Industrieproletariats
 - Trennung von Arbeitskraft und Produktionswissen
 - Soziale Folgen: Überbelegung von Wohnquartieren, fehlender Arbeitsschutz (Unfallgefahr), Kinderarbeit, Übernutzung von Arbeitskraft (Arbeitszeitlänge), absolute Armut bei Entlassung

Entstehung

3. Politische Mobilisierung:

- Gewerkschaftsgründung (bis 1861 verboten [Koalitionsverbot], dann in einigen Ländern ab 1869 Gründung (freie, sozialistische und christliche Gewerkschaften, Hirsch-Dunkersche Gewerkvereine)
- Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (1875, 1875-1890 verboten)
- Gründung von Genossenschaften & Arbeiterwohlfahrt als Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter

Erklärung des Entstehens von Sozialpolitik

1. Funktionalismus

Frage 1: Welche politischen und sozialen Maßnahmen sind erforderlich / funktional zur Aufrechterhaltung einer gegebenen sozialen Ordnung?

Antwort: Sozialpolitik als Korrektiv der Arbeitsmarktentwicklung

Erklärung des Entstehens von Sozialpolitik

1. Funktionalismus:

Frage 2: Wie wird ein sozialer Sachverhalt zum (sozialpolitischen) Problem?

Antwort: Gesellschaftliche Steuerungsinstitutionen nehmen negative Folgen der Arbeitsmarktentwicklung wahr

Beispiel a: Gesetzliche Begrenzung der Kinderarbeit als Folge sinkender Wehrtüchtigkeit junger Männer

Beispiel b: Folge der Überlänge des Arbeitstages (als Folge des Überangebots an Arbeitskräften) für Volksgesundheit (1870: ca. 78h/Wo.)

Erklärung des Entstehens von Sozialpolitik

2. Handlungs-/Konflikttheorie

Frage 1: Aufgrund welcher Interessen beeinflussen gesellschaftliche Akteure die staatliche Sozialpolitik?

Antwort: Hochphase der Industrialisierung: Sozialpolitik als Reaktion auf Machtzuwachs der Arbeiterbewegung: Streikgefahr, soziale Unruhen

Frage 2: Welches Interesse haben staatliche Akteure an der Sozialpolitik?

Antwort: Aufrechterhaltung der Ungleichheitsverhältnisse durch (implizite oder explizite) Dämpfung von Umverteilung

Historische Entwicklung

Zeitpunkt der Einführung von staatlichen (verpflichtenden) Sozialversicherungen variierte zwischen Versicherungszweigen und Ländern

- Berufsunfallversicherung als erster Zweig sozialer Sicherung (ab 1884 bis 1920 durchgesetzt)
- Krankenversicherung ebenfalls weit verbreitet, im Deutschen Reich erste Versicherung überhaupt
- Rentenversicherung 1900-1920 mehrheitlich eingeführt

Zeitpunkt der Einführung von Sozialversicherungen 1890-1920

	Work accident	Sickness	Old age	Unemployment	Total	Income
United Kingdom	1897	1911	1908	1911	4	100
Austria	1887	1888	1906	1920	4	65
Belgium	1903	1894	1900	1920	4	76
Denmark	1898	1892	1891	1907	4	83
Ireland	1897	1911	1908	1911	4	61
Netherlands	1901	1913	1913	1916	4	69
France	1898	1898	1910	[1905]	3	63
Germany	1884	1883	1889		3	72
Romania	1911	1911	1911		3	35
Sweden	1901	1891	1913		3	66
Italy	1898	[1919]	1898	1919	3	43
Czechoslovakia	1887	1888	1906		3	47
Spain	1919		1919		2	37
Hungary	1907	1891			2	35
Norway	1894	1909		[1906]	2	57
Switzerland	1911	1911			2	84
Portugal	1913				1	31
Finland	1895			[1917]	1	49
Bulgaria	1907				1	23
Greece	1914				1	31
Average	1901	1899	1906	1915		
Median	1900	1896	1908	1916		

Dates for adoption are taken from Flora and Heidenheimer (1981), Hicks (1999) and a number of national studies. There are significant differences between the dating used in different studies. Authorial judgement has been exercised as to the appropriate dates based on a survey of the literature. Dates in brackets, e.g. [1905], indicate the introduction of schemes which cannot be considered sufficient in scope to warrant inclusion. Income is real product per capita relative to the United Kingdom, 1913 taken from Kennedy et al. [1988].

Historische Entwicklung

Deutschland:

1883: Krankenversicherung (Arbeiter & Angestellte)

ärztliche Behandlung, Krankengeld ab 3. Tag (mind. 50% des beitragspflichtigen Lohns) für max. 13 Wochen,
Wöchnerinnengeld (< 4 Wo. nach Niederkunft)

Finanzierung: Beiträge (1/3 AG, 2/3 AN, max. 6 % des Arbeitsentgelts)

1884: Berufsunfallversicherung (Arbeiter)

für Arbeiter mit Einkommen <2.000 Mark, bei
Berufsunfähigkeit Auszahlung einer Rente

Finanzierung: 100% AG

Historische Entwicklung

- 1891: Alters-/Invalidenversicherung (Arbeiter)
Altersrente bei >30 Beitragsjahre oder älter als 70 Jahre
oder Erwerbsunfähigkeit (zuvor mind. 5 Beitragsjahre)
Finanzierung: allg. Steueraufkommen & Beiträge (je 50% AN & AG).
- 1911: Angestelltenversicherung (Alter/Invalidität, Berufsunfähigkeit, Witwenrente)
- 1927: Arbeitslosenversicherung
Arbeitslosenunterstützung bei unfreiwilliger AL und Arbeitsbereitschaft
Finanzierung: 6% des beitragspfl. Einkommens,
je hälftig AN/AG

Sozialpolitik in Deutschland heute:

Fünf Säulen der Sozialversicherung in Deutschland



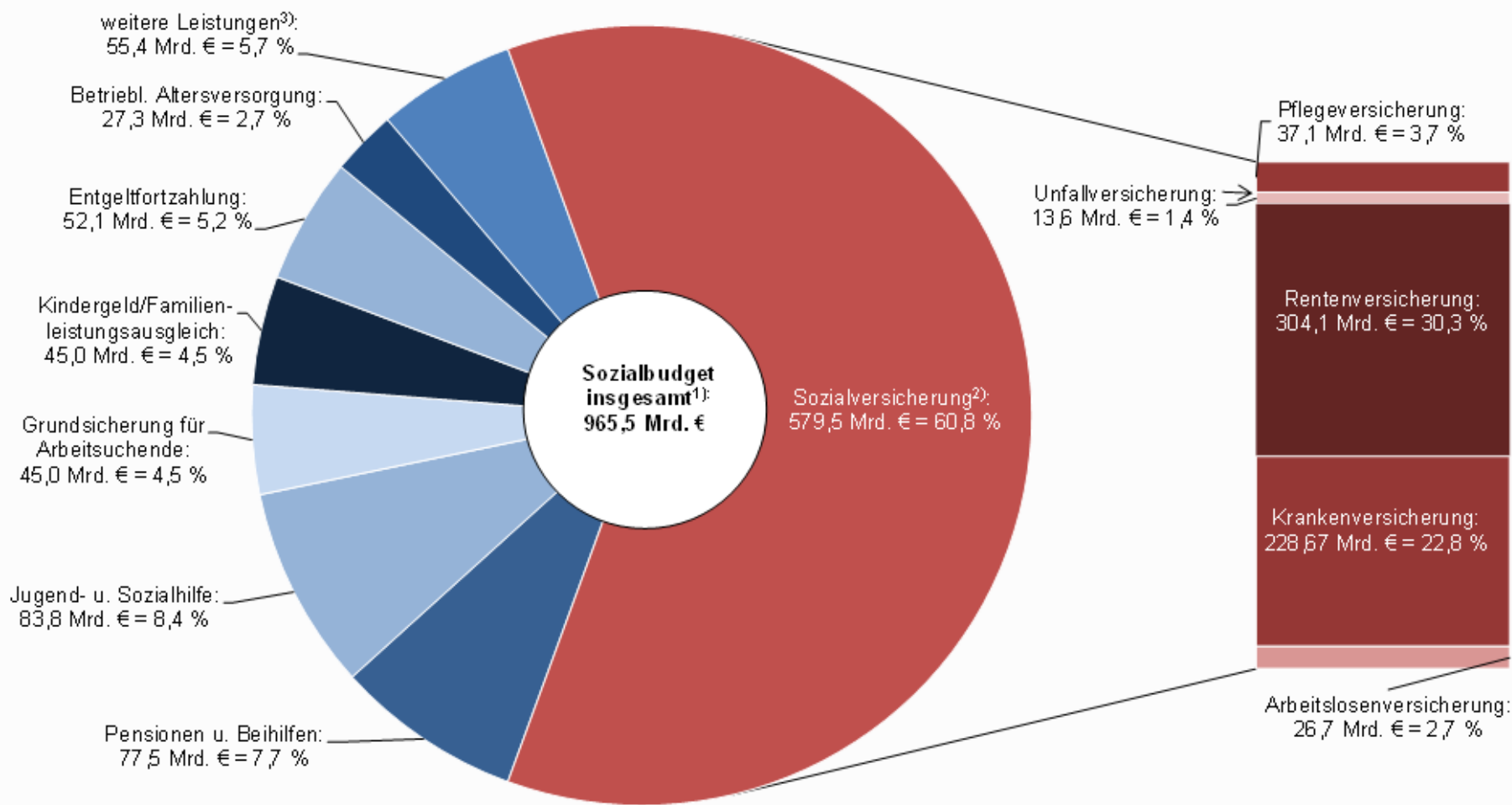
Sozialpolitik in Deutschland heute



Quelle: Bäcker u.a., Sozialpolitik und Soziale Lage in Deutschland, Wiesbaden 2010, S. 66.

Zusammensetzung der Sozialquote

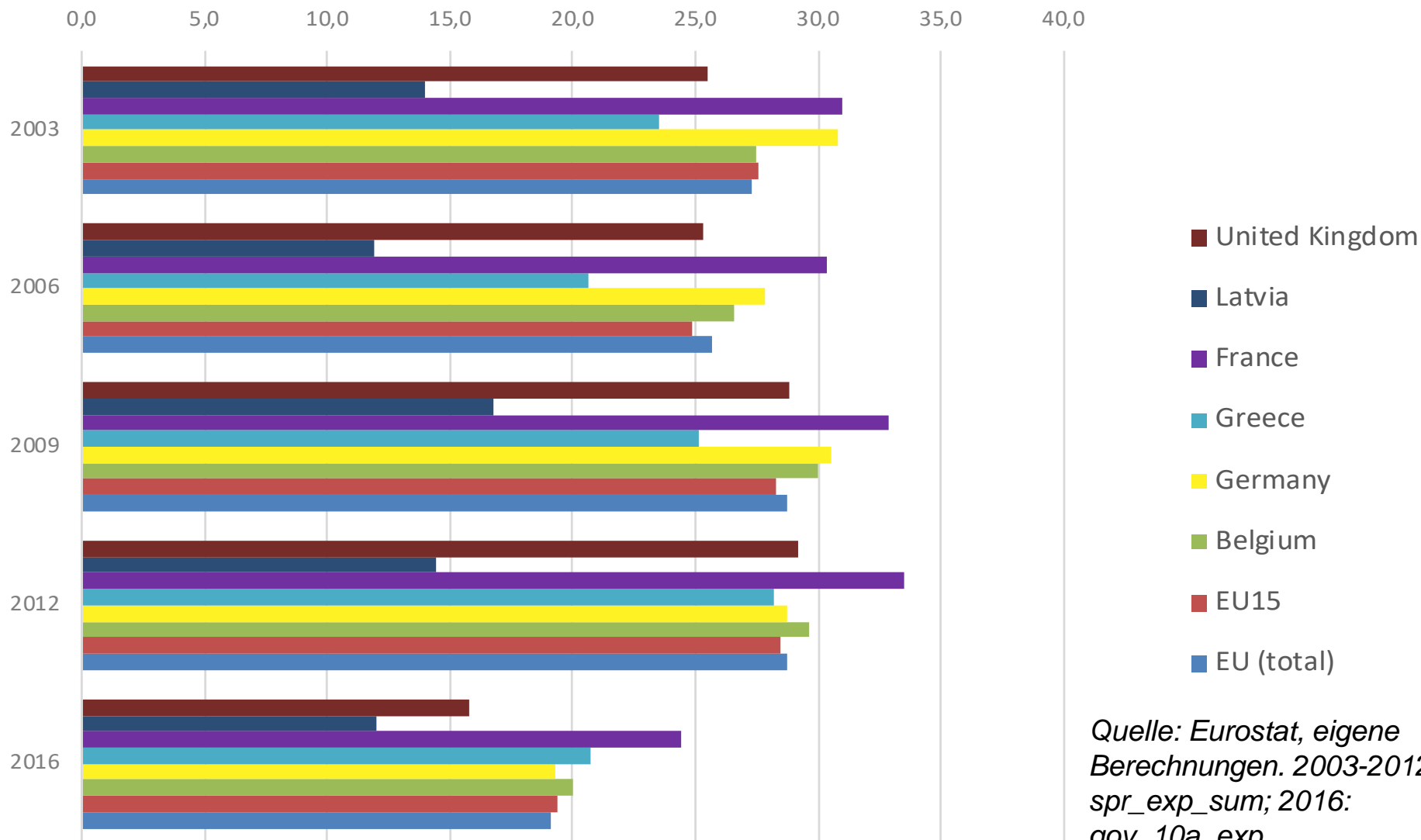
■ Struktur der Sozialleistungen nach Leistungsarten 2017* In Mrd. Euro und in % aller Sozialleistungen



Quelle: Sozialpolitik-aktuell.de, Daten vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2015) Sozialbudget.

Sozialquoten im europäischen Vergleich

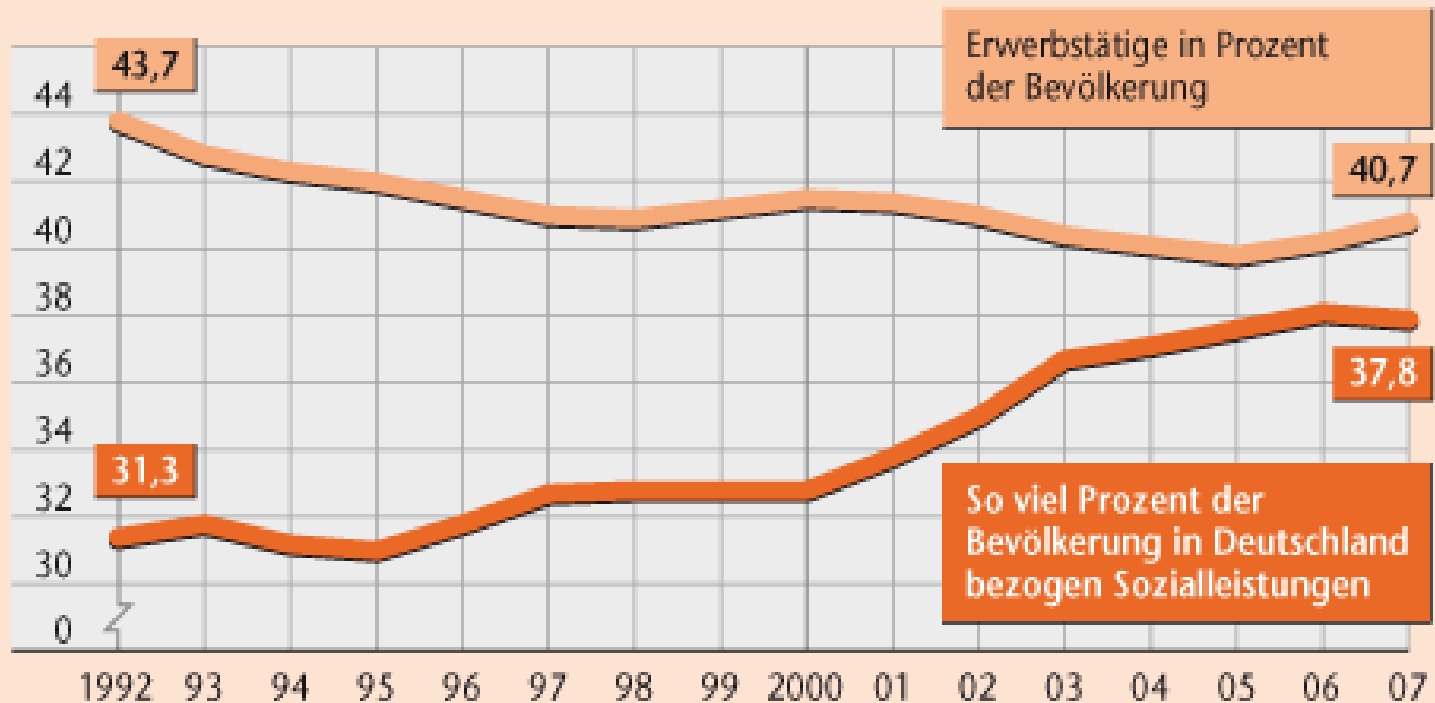
EU-Sozialschutzausgaben in % des BIP



Quelle: Eurostat, eigene
Berechnungen. 2003-2012:
spr_exp_sum; 2016:
gov_10a_exp

Entwicklung von Beitragszahlern und Sozialleistungsbeziehern

Sozialkassen: Weniger Einzahler, mehr Empfänger



Sozialleistungen: Sozialhilfe, Asylbewerberleistungen, Arbeitslosengeld II, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, Wohngeld, Bafög, Elterngeld, gesetzliche Renten, Arbeitslosen- und Kurzarbeitergeld; Erwerbstätige: ohne Minijobber

Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt, Deutsche Rentenversicherung

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 11 ***Wohlfahrtsstaat und Umverteilung***

Lernziele

- Armut definieren und Entwicklung von Armut 2000-2014 kennen
- Begriff, Prämissen und Dimensionen sozialpolitischer Umverteilung kennen
- Effekte von Beitrags- und steuerfinanzierten Leistungen auf Umverteilung benennen
- Umverteilungswirkung anhand der Entwicklung von Markt- und Realeinkommen abschätzen können
- Ausgewählte Effekte der Umverteilung auf die wirtschaftliche Entwicklung benennen

Basistext

Schmidt, M. G. (2005): *Sozialpolitik in Deutschland. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich*. Wiesbaden. S. 257-272.

Armutsdefinition

1. Absolute (physische) Armut

Bestimmtes Mindestmaß an Versorgung wird angenommen, das jeder Mensch benötigt, um leben zu können (Weltbank: 1,90 US\$ pro Tag)

2. Relative Armut:

Deutliche negative Abweichung vom gesellschaftlichen Durchschnitt (z.B. in Bezug auf Einkommen oder Versorgung mit bestimmten Gütern)

Armutsdefinition

Kriterien zur Bestimmung von relativer Armut

- Einkommen
- Summe verfügbarer Ressourcen
- Ausmaß sozialer Teilhabe

Armutsbestimmung am relativen Einkommen

Bedarfsgewichtetes Nettohaushaltseinkommen für zwei Haushalte mit jeweils 2000 Euro Netto-Einkommen.

3 Personen (2 Erwachsene, 1 Kind (unter 14 J.))

$$\frac{2.000}{1 + 0.5 + 0,3} = 1111$$

2 Personen (2 Erwachsene)

$$\frac{2.000}{1 + 0.5} = 1333$$

Relative Einkommensarmut

Drei Armutsstufen nach OECD-Konvention

Armutsgefährdung bzw. (-risiko):

< 60% des Äquivalenzhaushaltseinkommens

Armut:

< 50% des Äquivalenzhaushaltseinkommens

Strenge Armut:

< 40% des Äquivalenzhaushaltseinkommens

Relative Einkommensarmut

Beispiel:

Durchschnittliches Haushaltsäquivalenzeinkommen: 1.300 Euro

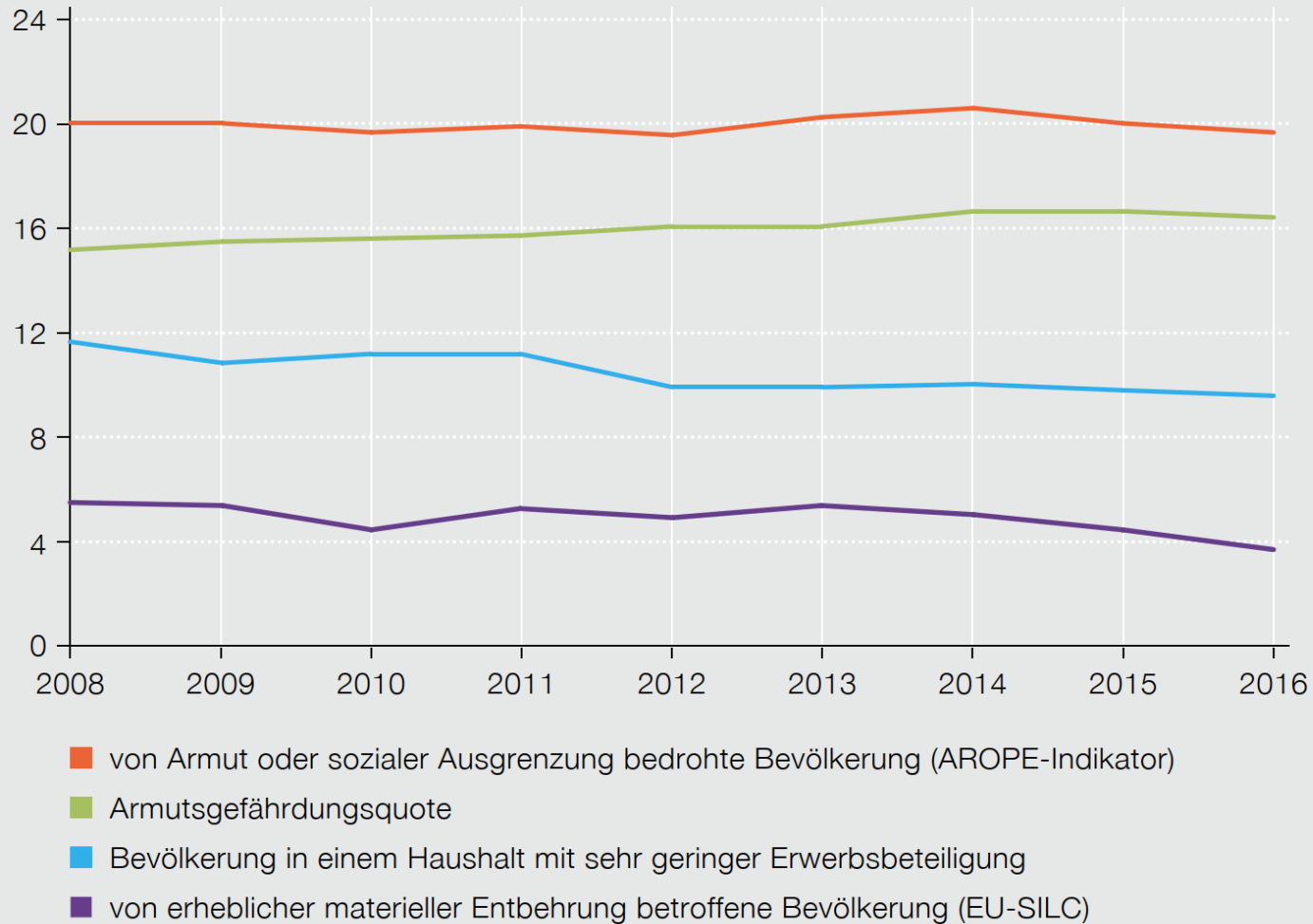
- Armutsgefährdung (60%-Kriterium):
Haushalte mit einem Einkommen von weniger als 780 Euro
- Armut (50%-Kriterium):
Haushalte mit einem Einkommen von weniger als 650 Euro

Ressourcenansatz

Als materiell depriviert (*erheblich materiell depriviert*) gilt, wer sich drei (*vier*) der folgenden als üblich geltende Güter und Aktivitäten nicht leisten kann (Def: EU-Sozialausschuss):

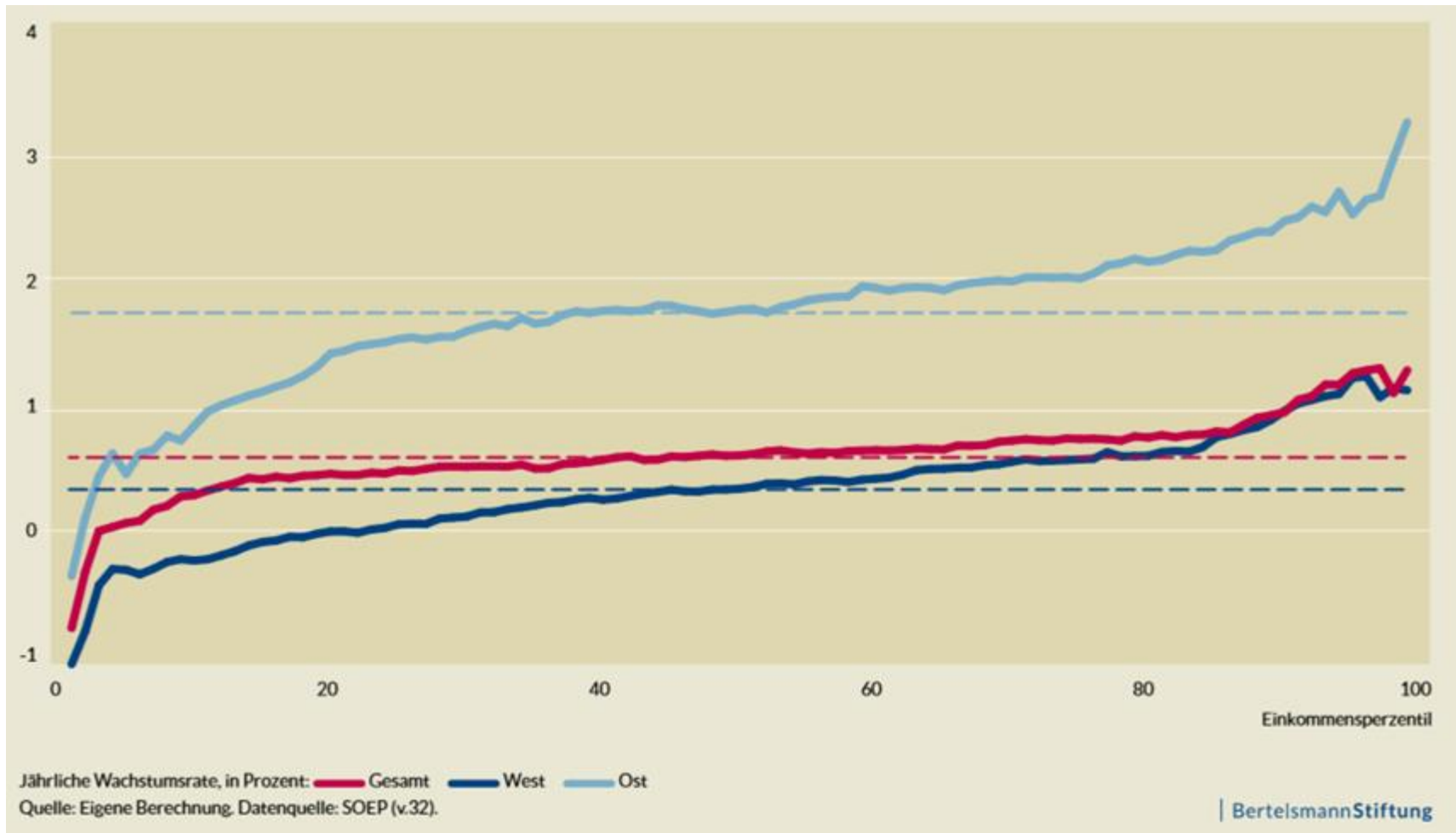
- Rückzahlung von Schulden
- Beheizung der Wohnung
- Unerwartete Ausgaben
- Jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch/Fisch/Veg.
- einwöchiger Urlaub
- Auto
- Waschmaschine
- Fernseher
- Telefon

Armutsentwicklung in DE: ausgewählte Indikatoren



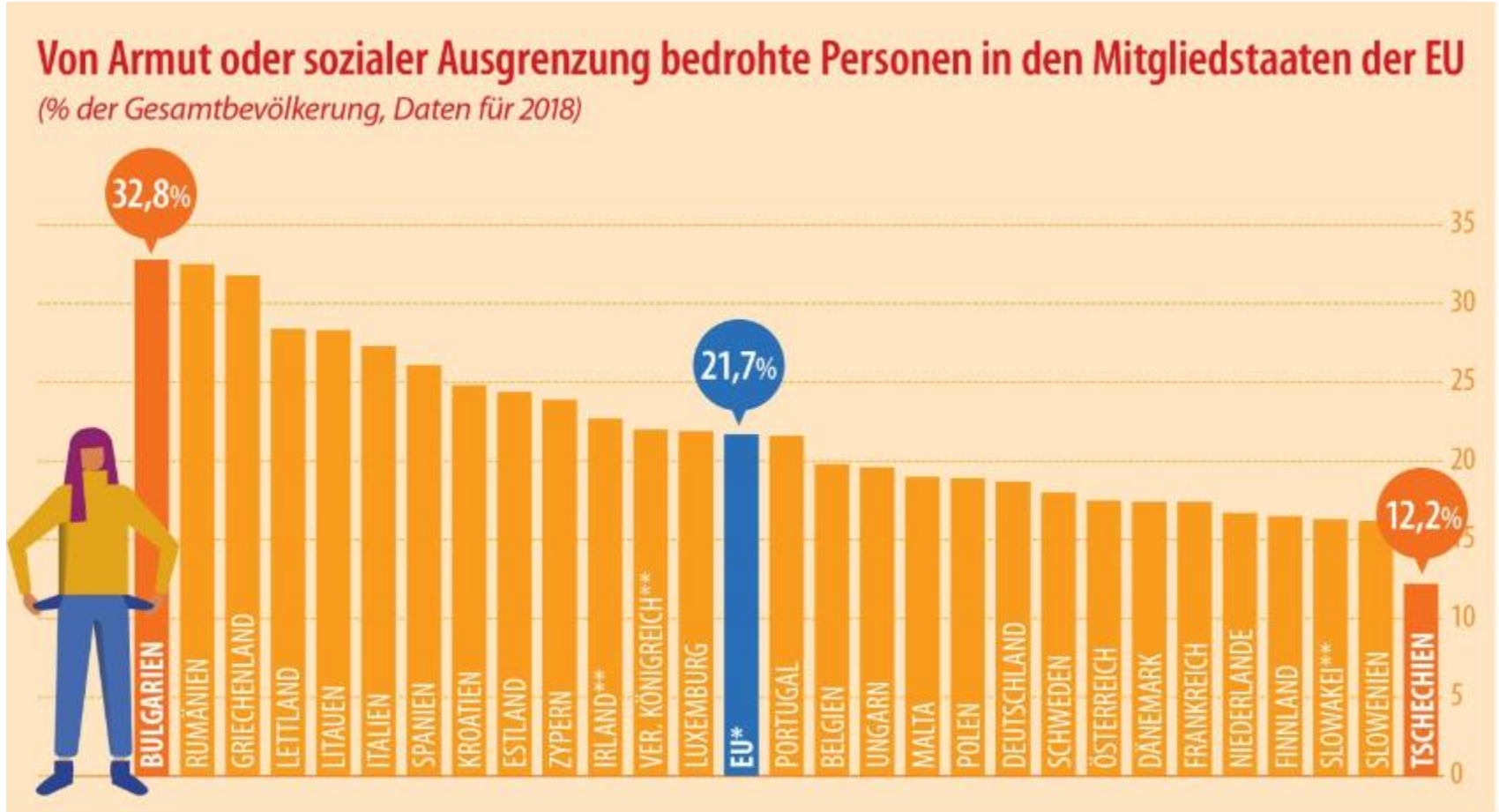
Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Datenreport 2018: 233.

Kumulierte Entwicklung der realen verfügbaren Äquivalenzeinkommen 1991-2015



Quelle: BertelsmannStiftung (Hg.) (2017): „Wohlstand für alle“ Wie inklusiv ist die Soziale Marktwirtschaft?

Armut in der EU: ausgewählte Indikatoren



* Daten beruhen auf Schätzungen

** 2017 Daten statt für 2018

ec.europa.eu/eurostat

Anm. Vorliegen a. Entweder eines Einkommens < 60% des äquiv. Einkommens, b. erheblich materiell depriviert, c. Leben in Haushalten, in denen die Erwachsenen (18-59 Jahre) im vorhergehenden Jahr insgesamt weniger als 20% ihres Erwerbspotentials ausgeschöpft hatten.

Armutsentwicklung EU: ausgewählte Indikatoren

Entwicklung der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen in der EU,
(nach Komponente, % der Gesamtbevölkerung, 2008-2018)



Daten für 2008 und 2009 ohne Kroatien. Daten für 2018 beruhen auf Schätzungen.

ec.europa.eu/eurostat 

Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Datenreport 2016: 172.

Fazit

*„Die Aufgabe, Armut zu messen beziehungsweise messbar zu machen, scheint im streng wissenschaftlichen Sinne nicht lösbar“
(Armutsbericht der Bundesregierung 2004)*

Definition

Umverteilung

Die Änderung der Verteilung von knappen Gütern (v.a. Einkommen, Vermögen, Gesundheitschancen, Bildungschancen) durch staatliches, auf Gesetzen beruhendes Handeln (Finanzpolitik, Sozialpolitik und weitere staatliche Maßnahmen) unter den Bürgern einer Gesellschaft.

Grundlage des staatlichen Handelns sind Einnahmen aus Steuern und Beiträgen, die von Individuen (Bürgern) und Korporationen (v.a. Unternehmen mit Rechtsform Kapitalgesellschaft, Vereine) erhoben werden.

Prämissen der Umverteilung

- Umverteilung wird praktiziert, wenn die Verteilung von Einnahmen aus der Partizipation am Markt (Markteinkommen) zu Ungleichheiten führt, die gesellschaftlich als unerwünscht gelten.
- Daher: die meisten sozialpolitischen Maßnahmen in Deutschland zielen auf die Veränderung der Verteilung der Markteinkommen ab.
- Grundprämisse der Umverteilung: Ökonomisch Stärkere unterstützen ökonomisch Schwächere.

Vier Dimensionen der Umverteilung

1. *Interpersonelle Umverteilung*

- Finanzierung: aktiv Erwerbstätige über Beiträge (ges. KrankenV, ArbeitslosenV, UnfallV)
- Empfänger: nach Bedürftigkeit (nur Erwerbspersonen und ggf. Familienangehörige)
- Kriterien der Bedürftigkeit: Krankheit, Renteneintritt, Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfall

Vier Dimensionen der Umverteilung

2. *Intergenerationale Umverteilung*

- Finanzierung: aktiv Erwerbstätige über Beiträge (gesetzl. RentenV, PflegeV)
- Empfänger: aus dem Erwerbsleben regelhaft Ausgeschiedene (idR. nach 65. Lebensjahr), altersbezogen Pflegebedürftige
- Generationenvertrag: Einzahler erwerben Anwartschaften auf spätere Rente, nicht aber auf individuell bestimmte Leistungs-höhen
- Sonderfall: Hinterbliebenenversorgung für nichtversorgte Ehepartner & Kinder

Vier Dimensionen der Umverteilung

3. *Materielle steuerfinanzierte Umverteilung*

- Finanzierung: allg. Steuereinnahmen
- Empfänger: Bedürftige (Personen ohne oder niedriges Markteinkommen, sog. „Aufstocker“, derzeit ca. 1,3 Mio.) erhalten Leistungen aus Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II, Wohngeld

Vier Dimensionen der Umverteilung

4. *Immaterielle steuerfinanzierte Umverteilung*

- Finanzierung: allg. Steuereinnahmen
- Empfänger: Bedürftige mit bestimmten Status (Arbeitslose, Rentner, Schulkinder etc.)
- Leistungsart: Ermäßigungen für Nutzung von sozialer und kultureller Infrastruktur (Erholungseinrichtungen, öff. Schwimmbäder, Kultureinrichtungen)

Wirkung der Umverteilung

Beitragsfinanzierte Systeme

tendenziell mittlere Umverteilungswirkung, da diese dominant unter Einzahlern unterschiedlicher Einzahlungshöhen erfolgt.

BSP: alle Sozialversicherungen außer UnfallV (wird nur von Arbeitgebern finanziert)

Steuerfinanzierte Systeme

tendenziell höher, da Empfänger keine eigenen Beiträge entrichtet haben (müssen).

BSP: Mütterrente, Sozialhilfe

Wie stark verteilt der deutsche Sozialstaat um?

Ausgewählte Ergebnisse der Verteilungsforschung im Zeitverlauf

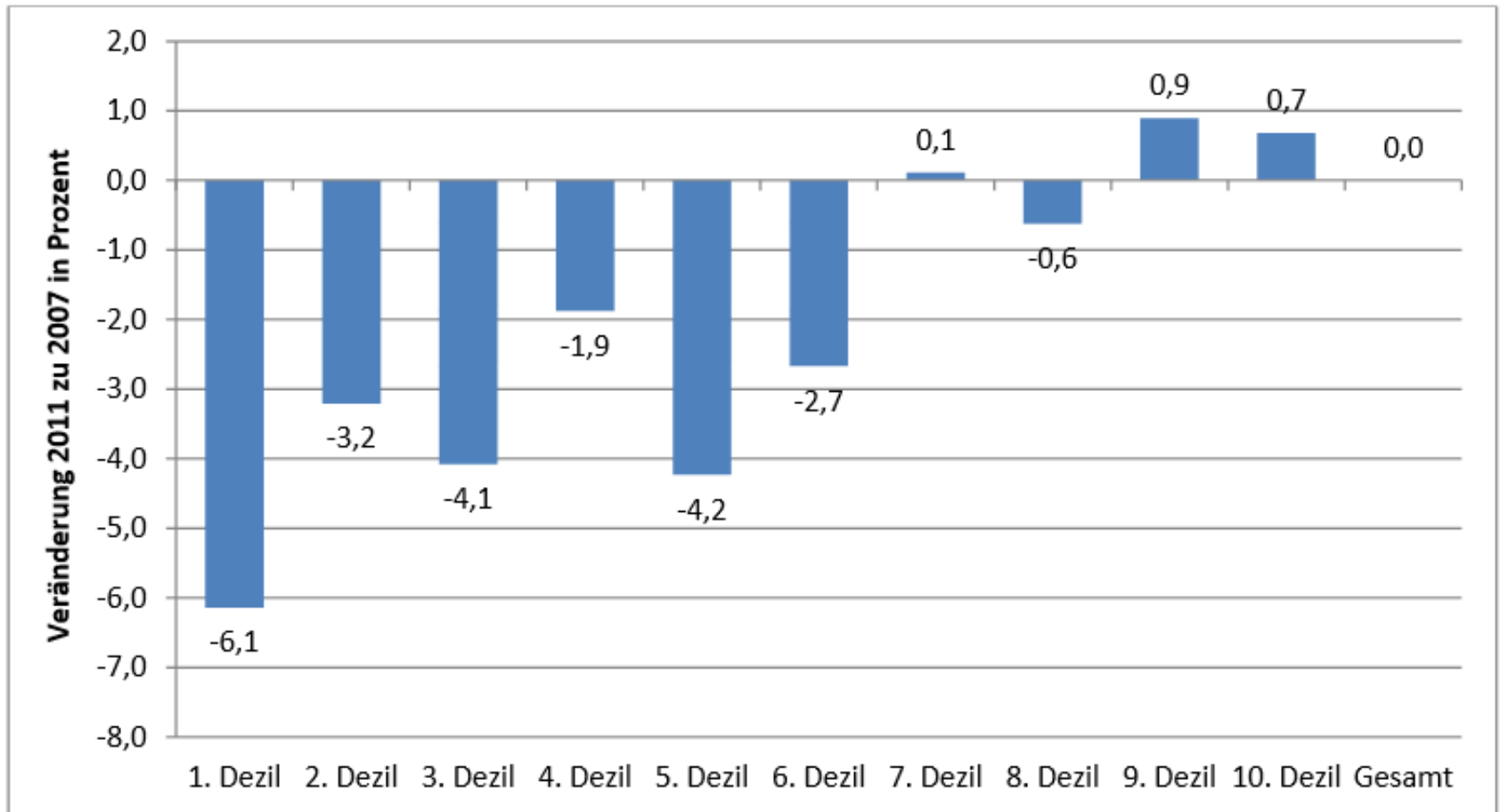
1. Entwicklung der Markteinkommen (ohne Transfers)
2. Entwicklung der Realeinkommen (mit Transfers)
3. Zusammensetzung der Einkommen

Indikator für Ungleichheit: Vergleich von Einkommensgruppen (Quintil / Dezil)

Dezil (Quintil)-Verhältnis:

Aufteilung aller Einkommensbezieher vom niedrigsten bis zum höchsten Einkommen in 10 (=Dezil) oder 5 (= Quintil) umfangsgleiche Gruppen. BSP: Das 10-%-Dezil (oder 1. Dezil) gibt an, welcher Wert die unteren 10 % von den oberen 90 % der Datenwerte trennt.

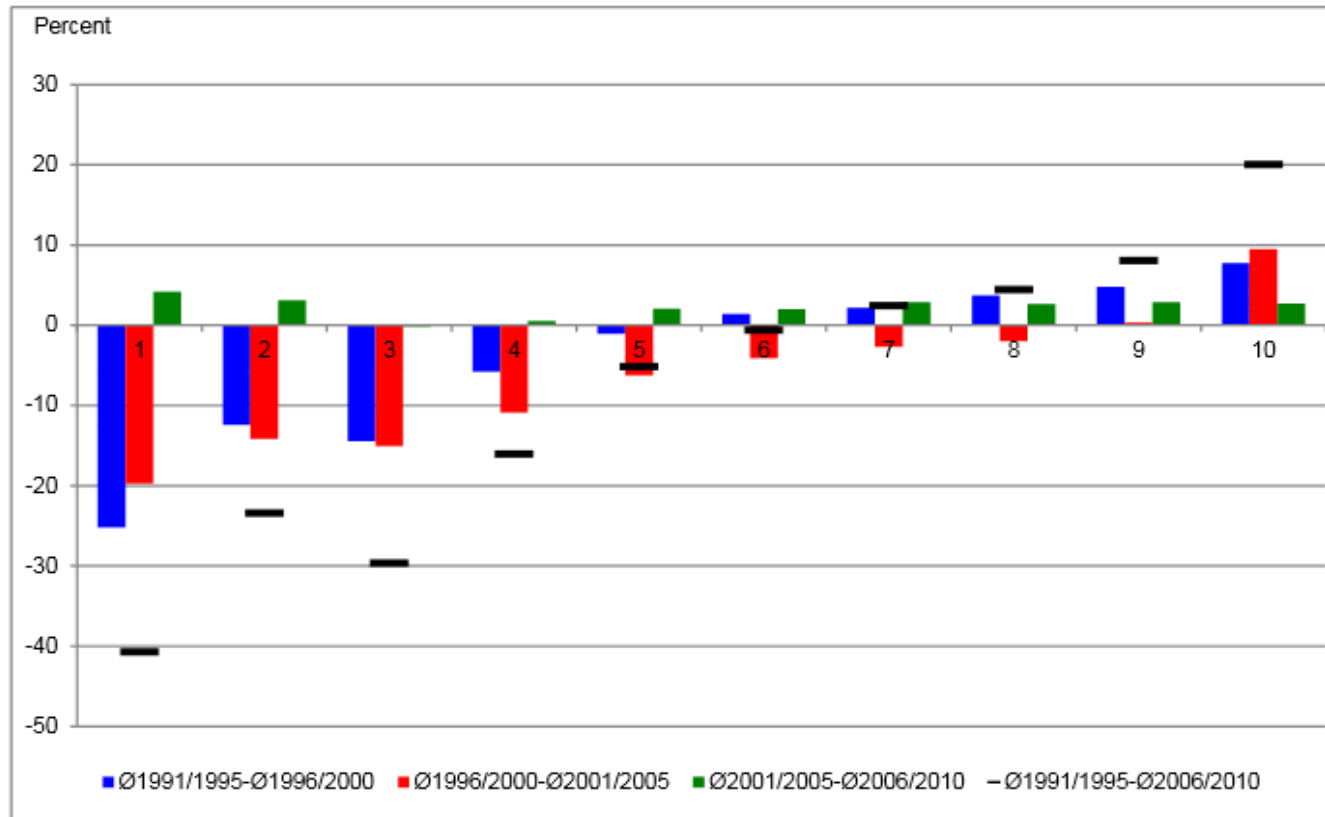
Veränderung der Markteinkommen 2007-2011



Quelle: Sonderauswertung des DIW Berlin auf Basis des SOEP 2012.

Quelle: BMAS (2014): Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin, S. 335.

%-Veränderung des 5-Jahresdurchschnitts der Markteinkommen 1990-2010

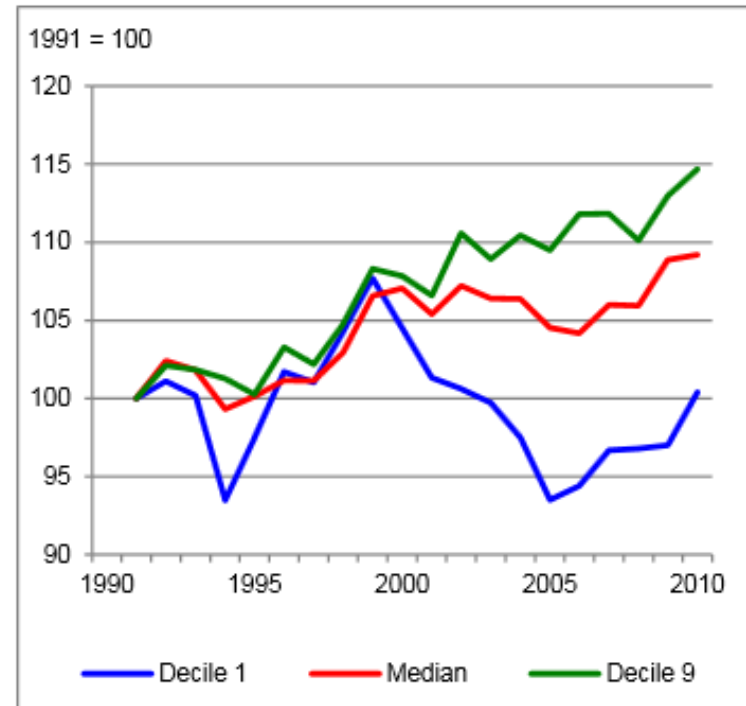
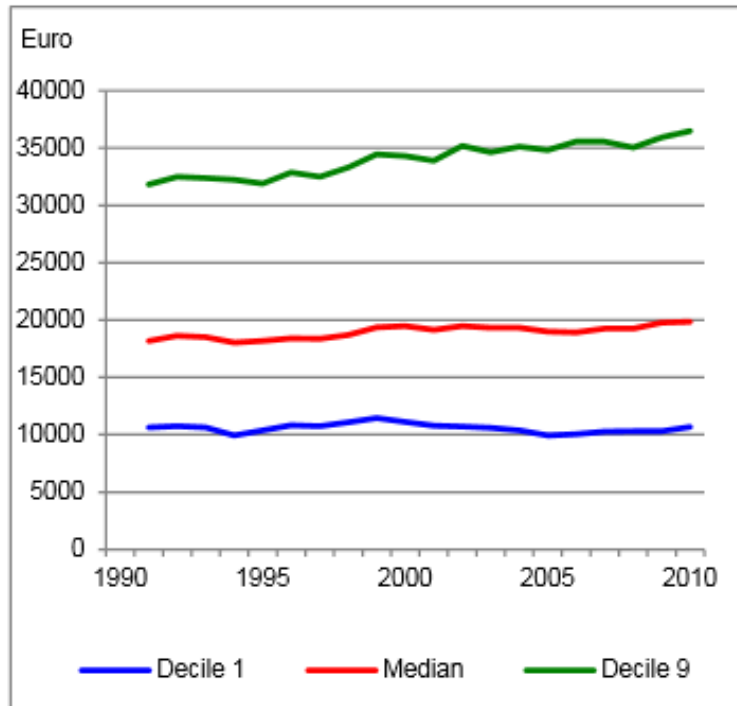


Note: This figure illustrates the change of 5-year average incomes between selected time periods by income decile groups. Income changes are plotted on the vertical axis in percent. Income is reported in real terms in 2010 prices.

Source: SOEP, own calculations.

Quelle: Schmid, K.D./ Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991-2010.
IMK Study 31: H.-Böckler-Stiftung.

Realeinkommensentwicklung ausgewählter Dezile 1990-2010

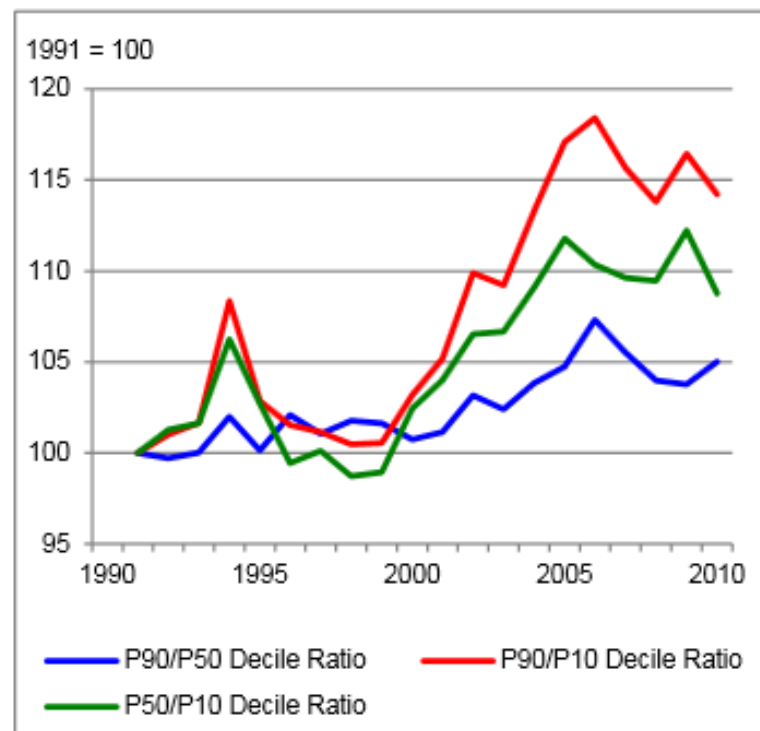
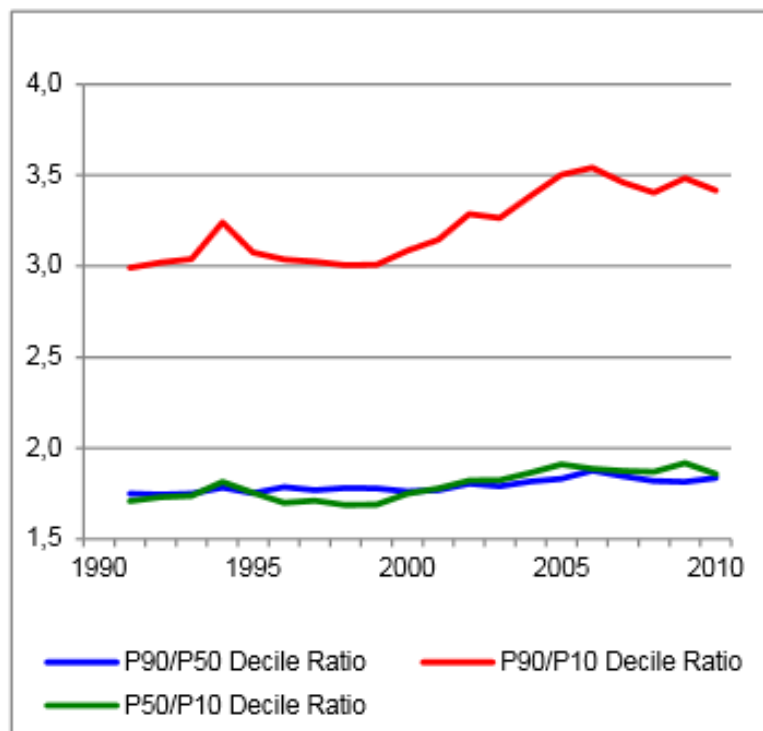


Note: This figure illustrates the evolution of the first, fifth and ninth decile of net equivalized income in Germany from 1991-2010. Deciles are reported as real income in 2010 prices. On the right, we provide an index representation (1991=100) to highlight the relative development of the chosen deciles.

Source: SOEP, own calculations.

Quelle: Schmid, K.D./ Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991-2010. IMK Study 31: H.-Böckler-Stiftung.

Realeinkommensentwicklung 1990-2010: Dezilverhältnisse

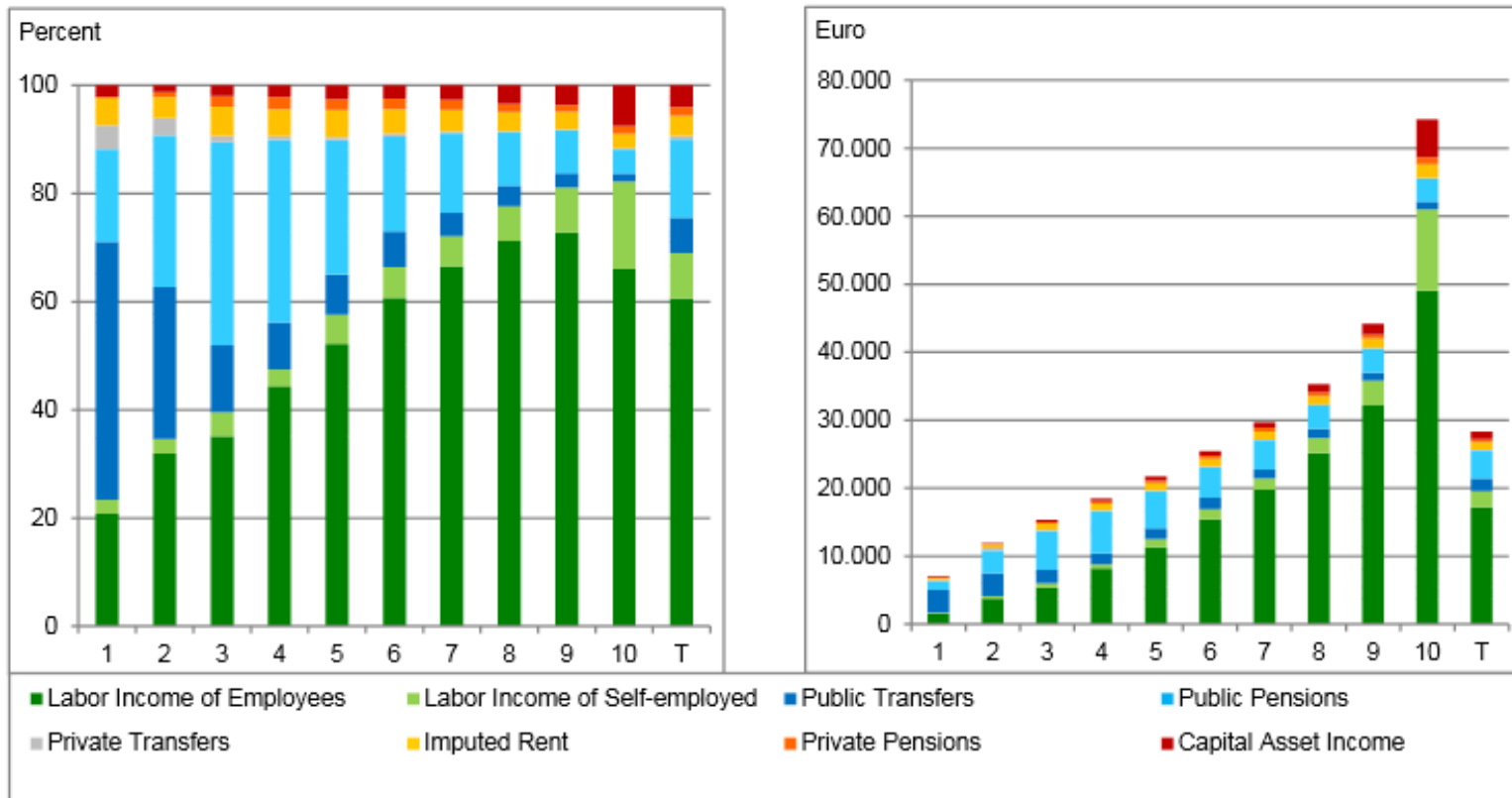


Note: The left panel of this figure illustrates the development of the P90/P10, the P90/P50 and the P50/P10 decile ratios of the distribution of net equivalized income in Germany from 1991-2010. The right panel adds the relative evolution of the three series through an index representation (1991=100).

Source: SOEP, own calculations.

Quelle: Schmid, K.D./ Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991-2010.
IMK Study 31: H.-Böckler-Stiftung.

Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen

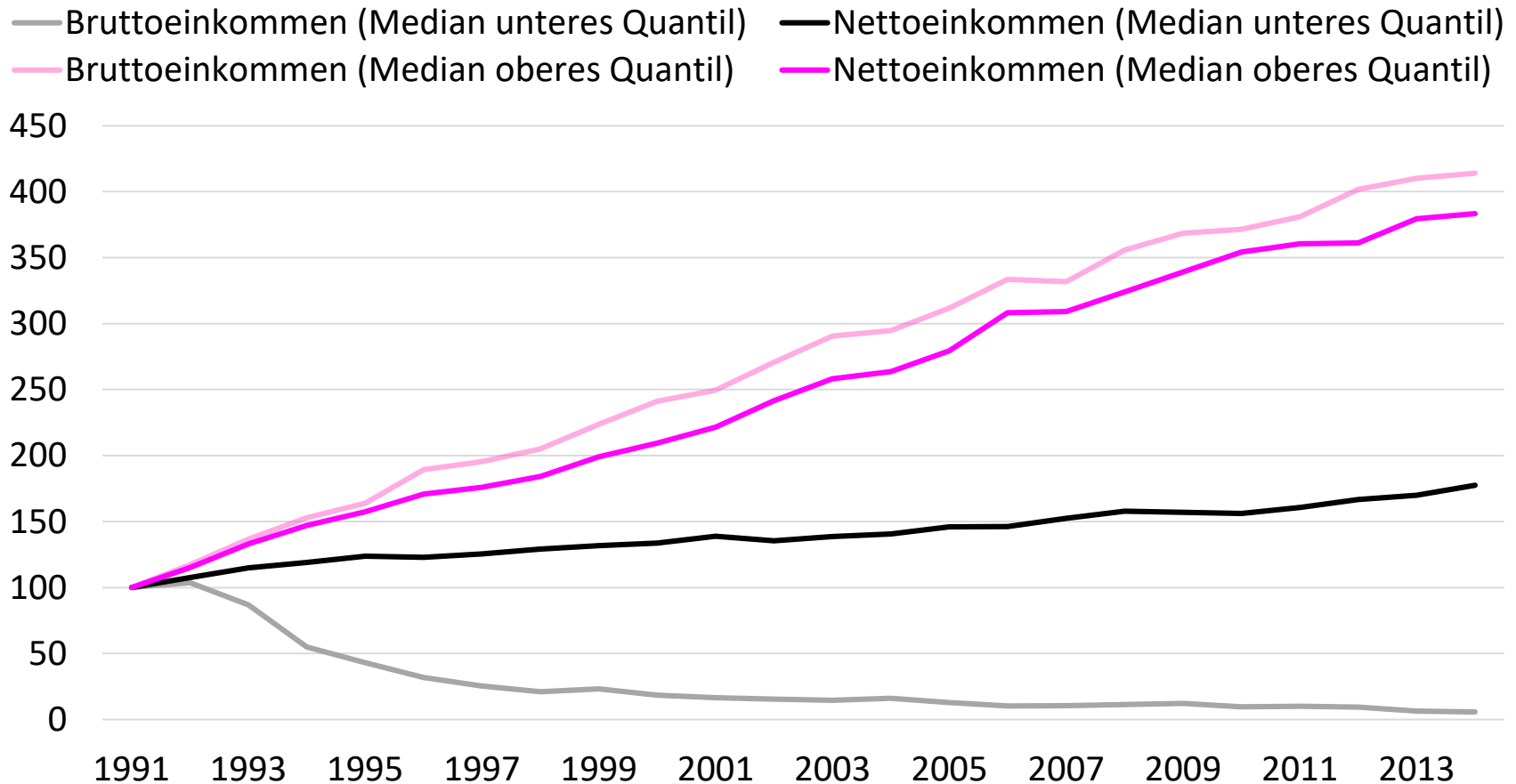


Note: The lefthand panel of this figure illustrates the structure of gross household income by income deciles groups in Germany for 2010. The respective shares of different income types add up to 100 percent. The righthand panel shows the absolute values of the different income types by income decile classes. These are reported in euros. The calculations are based on equivalized incomes.

Source: SOEP, own calculations.

Quelle: Schmid, K.D./ Stein, U. (2013): Explaining Rising Income Inequality in Germany, 1991-2010.
IMK Study 31: H.-Böckler-Stiftung.

Einkommensentwicklung vor /nach Umverteilung 1991-2013 (Quintilsverhältnis)



Anm.: Reale Entwicklung der Haushaltseinkommen in der Mitte des oberen und unteren Fünftels der Einkommensverteilung in Gesamtdeutschland. Indexiert auf das Basisjahr 1991, bedarfsgewichtet nach OECD-II Skala, Preise von 2011 (CPI-Deflator der OECD). Reproduktion von Alber & Fliegner (2006).
Quelle: eigene Berechnungen basierend auf SOEP-Daten (pequiv) .

Ergebnisse der Umverteilung für die Wirtschaftsentwicklung

Annahmen

Je größer die Umverteilung,

- a. desto höher sind die indirekten Arbeitskosten
- b. desto geringer ist der Anreiz zur Erwerbsbeteiligung,
- c. desto geringer die Investitionsbereitschaft von Unternehmen
- d. desto geringer sind Wirtschaftswachstum und Beschäftigungsanstieg.

Ergebnisse der Umverteilung für die Wirtschaftsentwicklung

Empirische Befunde für OECD-Staaten

1. je stärker das Wachstum der Sozialquote im Vorjahr und je höher ihr Niveau, desto geringer ist das Wirtschaftswachstum im Folgejahr und je niedriger ist das Wachstum der Beschäftigung.
2. Hohe Lohnersatzleistungen können Verbleib in Arbeitslosigkeit verfestigen (Langzeitarbeitslosigkeit).
3. Andererseits: höchste Sozialquoten finden sich in Ländern mit langfristig höchstem Wohlstandsniveau (siehe auch Vorlesung 12).

Ergebnisse der Umverteilung für Wirtschaftsentwicklung

Fazit

Umverteilung durch Sozialpolitik als Voraussetzung und zugleich Einschränkung wirtschaftlicher Entwicklung & Beschäftigung (Zielkonflikt).

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 12 **Wohlfahrtsstaaten im Vergleich**

Lernziele

- Gründe für Unterscheidungen von Wohlfahrtsstaaten kennen
- Drei Typologien beschreiben können (Titmuss, Esping-Andersen, Bonoli)
- Unterschiede in Sozialleistungsquoten zwischen EU-Staaten kennen

Diese Präsentation basiert auf früheren Vorlesungen der Kollegen Prof. Vobruba und Dr. Eigmüller an der Universität Leipzig

Basistext

Hradil, S. (2008): *Sozialstruktur Deutschlands im internationalen Vergleich*.
Wiesbaden. S. 237-257.

Wozu Wohlfahrtsstaaten vergleichen?

Soziale Sicherung ist in den OECD-Staaten sehr unterschiedlich organisiert.

Obschon alle Nationalstaaten Systeme sozialer Sicherung nahezu zeitgleich Anfang des 20. Jh. eingeführt haben, variieren die Systeme

- Im Umfang der Absicherung,
- In der Art der Finanzierung,
- In der Art der Organisation,
- In Verknüpfung mit dem Arbeitsmarkt und anderen Institutionen der sozialen Sicherheit (Familie & Industrielle Beziehungen).

Wozu Wohlfahrtsstaaten vergleichen?

Typologien von Wohlfahrtsstaaten wollen Unterschiede und Gemeinsamkeiten sichtbar und dadurch vergleichbar machen

Ziele der Typologien:

- Nachzeichnung des Wandels der sozialen Sicherheit
- Helfen Ursachen des Wandels der Typen, z.B. Globalisierung, Europäisierung, sowie länderspezifische Ursachen zu ermitteln

Eindimensionale Bestimmung: Sozialausgabenquote in der OECD

	1990	1995	2000	2005	2010	2014
Australia	13.1	16.1	17.2	16.4	17.2	19.0
Belgium	24.9	25.6	24.5	25.6	28.8	30.7
Canada	17.6	18.4	15.8	16.2	17.9	17.0
Czech Republic	14.6	16.6	18.8	18.5	19.9	20.6
Denmark	25.0	28.7	26.0	27.3	29.9	30.1
Finland	23.8	29.7	23.3	25.0	28.6	31.0
France	24.9	29.0	28.4	29.6	31.7	31.9
Germany	21.4	25.9	26.2	27.0	26.8	25.8
Greece	16.5	17.4	19.2	21.1	24.2	24.0
Italy	21.4	21.7	23.3	24.9	27.8	28.6
Japan	11.1	14.1	16.3	18.4	22.1	..
Netherlands	25.6	23.8	19.8	21.8	23.7	24.7
Norway	21.9	22.9	20.8	21.1	22.4	22.0
Poland	14.9	22.3	20.3	20.7	20.7	20.6
Portugal	12.4	16.2	18.6	22.8	25.2	25.2
Slovak Republic	..	18.8	17.8	16.1	18.4	18.4
Slovenia	0.0	5.8	22.8	21.8	23.9	23.7
Spain	19.7	21.3	20	20.9	26.7	26.8
Sweden	28.5	31.8	28.2	28.7	27.9	28.1
Switzerland	12.8	16.9	17.2	19.4	19.5	19.4
Turkey	5.5	5.6	..	9.7	12.6	..
United Kingdom	16.3	19.2	18.4	20.2	22.8	21.7
United States	13.1	15.0	14.2	15.5	19.3	19.2
OECD - Total	17.5	19.3	18.6	19.4	21.7	21.6

Quelle: OECD (2016), Social spending (indicator). doi: 10.1787/7497563b-en (Accessed on 07 January 2016)

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

Kritik

- Quantität wird oft mit Qualität gleichgesetzt, d.h. Qualitätsaspekte bleiben außen vor:
 - Art der Leistungserbringung
 - Inklusion/ Exklusion bestimmter sozialer Gruppen
 - Aufgabenverteilung zwischen verschiedenen Wohlfahrtsproduzenten

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

Qualitativer Vergleich

Frage: Wie wird Wohlfahrt verteilt?

- Einkommensseite: Steuern vs. Beiträge
- Ausgabenseite: universell vs. lohnarbeitszentriert

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

I. Richard Titmuss (1974)

- Klassiker der wohlfahrtsstaatlichen Typenbildung

Drei Typen

- a) Residualer WFS
- b) Institutioneller WFS
- c) Meritokratischer WFS

Quelle: Tittmuss, R. (1974): Social Policy. London.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

ad a) Residualer Typ

- Wohlfahrtsstaat generell marginal
- gegenüber Markt/ Familie subsidiär

⇒ erst wenn diese Wohlfahrtsproduzenten 'versagen',
übernimmt Staat deren Aufgaben.

Quelle: Tittmuss, R. (1974): Social Policy. London.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

ad b) Institutioneller Typ

- genaues Gegenteil des residualen Typs
- Staat übernimmt Hauptverantwortung
- Umverteilung nach Bedarfsprinzip
- stellt v.a. umfängliche soziale Dienste

Quelle: Tittmuss, R. (1974): Social Policy. London.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

ad c) Meritokratischer Typ

- WFS ist Markt weder vor- noch nachgeordnet
- steht vielmehr in enger Verbindung mit ihm
- Markt und Staat organisieren ihre Wohlfahrt beide nach Leistungsprinzipien

Quelle: Tittmuss, R. (1974): Social Policy. London.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

II. Gøsta Esping-Andersen (1990)

- einflussreichstes Konzept wohlfahrtsstaatlicher Typenbildung
- Enthält theoretische Herleitung und empirische Validierung

Quelle: Esping-Andersen, G (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

Drei Unterscheidungskriterien

- a) Gewährung sozialer Rechte (*De-Kommodifizierung*)
- b) Soziale Stratifizierung bzw. Schichtung
- c) WFS als Schnittstelle zwischen Markt, Staat und Familie

Quelle: Esping-Andersen, G (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

Was ist De-Kommodifizierung?

„In pre-capitalist societies, few workers were properly commodities in the sense that their survival was contingent upon the scale of their labor power. It is as markets become universal and hegemonic that the welfare of individuals comes to depend entirely on the cash nexus.

(...)

In turn, the introduction of modern social rights implies a loosening of the pure commodity status. De-commodification occurs when a service is rendered as a matter of right, and when a person can maintain a livelihood without reliance on the market.“

Quelle: Esping-Andersen, G (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: 21f.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

d.h.: ein hoch de-kommodifizierter WFS ...

- gewährt Leistungen unabhängig von der Erfüllung bestimmter (Vor-)Bedingungen
- stellt Sicherungen gegen grundlegende soziale Risiken zur Verfügung
- definiert ein Niveau von Leistungen, die einen gewissen Lebensstandard garantieren

Quelle: Esping-Andersen, G (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

Soziale Stratifizierung (bzw. Schichtung)

“The welfare state is not just a mechanism that intervenes in, and possibly corrects, the structure of inequality; it is, in its own right, a system of stratification. It is an active force in the ordering of social relations.”

Quelle: Esping-Andersen, G (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge: 23.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

Drei Wohlfahrtsstaatsregime

(Regime: Schnittstelle zwischen Markt, Staat und Familie)

- a) liberale Wohlfahrtsstaaten
- b) korporatistische Wohlfahrtsstaaten
- c) sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten

Quelle: Bäcker u.a., Sozialpolitik und Soziale Lage in Deutschland, Wiesbaden 2010, S. 52.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

a) liberale Wohlfahrtsstaaten

- minimal de-kommodifizierte Wirkung
- bedarfsgeprüfte, niedrige Sozialfürsorge
- staatliche Interventionen in den Markt werden durch traditionelle Normen liberaler Arbeitsethik begrenzt
- Eigenverantwortung als Leitmotiv: Sozialleistungen als Kompensation nur im Notfall (Subsidiarität)
- private Sicherungsformen stark verbreitet
- Länder: USA, Kanada, Australien, UK, Schweiz

Quelle: Esping-Andersen, G (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

b) korporatistische Wohlfahrtsstaaten

- Mittlere De-Kommodifizierung
- Markt wird als WFS-Produzent zurückgedrängt
- Rechte sind klassen- und statusgebunden (Arbeitsmarkt)
- Wirkung: Erhalt von Klassenunterschieden
- private Sicherungsformen marginal verbreitet
- Familie wesentlicher WFS-Produzent (Bsp.: Familienpol.)
- Länder: Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien

Quelle: Esping-Andersen, G (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

c) sozialdemokratische Wohlfahrtsstaaten

- Hohe De-Kommodifizierung
- Gleichheit auf höchstem Niveau: universalistisches Leitbild
- “vorausseilende Vergesellschaftung familialer Kosten” (GEA) statt Subsidiarität
- private Sicherungsformen marginal verbreitet
- Länder: Schweden, Norwegen; Finnland, Dänemark

Quelle: Esping-Andersen, G (1990): Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge.

Typen und Dimensionen des Wohlfahrtsstaats			
<i>Variablen</i>	<i>liberal</i>	<i>konservativ</i>	<i>skandinavisch</i>
De-Kommodifizierung (Voraussetzungen und Höhe einer arbeitsmarktexternen Einkommenssicherung)	schwach	mittel	stark
Regulierung des Arbeitsmarktes (Reichweite arbeitsrechtlicher Beschränkungen)	schwach	stark	stark
Residualismus (Bedeutung von Fürsorgeleistungen)	stark	schwach	schwach
Privatisierung (Ausgaben für marktliche Vorsorge- und Versicherungsleistungen)	stark	stark	schwach
Statusbezug/Korporatismus (Differenzierung der sozialen Sicherung nach Berufsgruppen)	schwach	stark	schwach
Umverteilungswirkungen (Leistungshöhe von Transfers und Ausgestaltung des Steuersystems)	schwach	mittel	stark
Beschäftigungspolitik (Maßnahmen der aktiven Beschäftigungspolitik)	schwach	stark	stark

Quelle: In Anlehnung an Kohl, J., Der Wohlfahrtsstaat in vergleichender Perspektive. Anmerkungen zu Esping-Andersen's 'Three Worlds of Welfare Capitalism', in: Zeitschrift für Sozialreform, 2/1993, S. 67-82.

Quelle: Bäcker/Naegele/Bispinck/Hofemann/Neubauer (2010): Sozialpolitik und Soziale Lage in Deutschland. Wiesbaden, S. 52.

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS: Esping-Andersen

Weiterentwicklungen

- a) rudimentärer Typus (Leibfried): süd(ost)europäische Staaten
- b) postautoritärer Typus (Lessenich): Spanien
- c) mittelosteuropäische Typen

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS

Kritik

- a) Sozialpolitik als De-Kommodifizierung
 - Reduktion von Sozialpolitik auf eine Funktion
 - De-Kommodifizierung ist kein Wert an sich
 - Markt ist nicht bloßer Gegensatz zu WFS

- b) Idealisierung von Sozialpolitik
 - der Markt produziert nicht immer Ungleichheit
 - E.-A. übersieht Schattenseiten der Sozialpolitik, z.B. Probleme, die diese selbst hervorbringt, wie Armutsfalle und Bürokratie

Mehrdimensionale Bestimmung des WFS: Bonoli (1997)

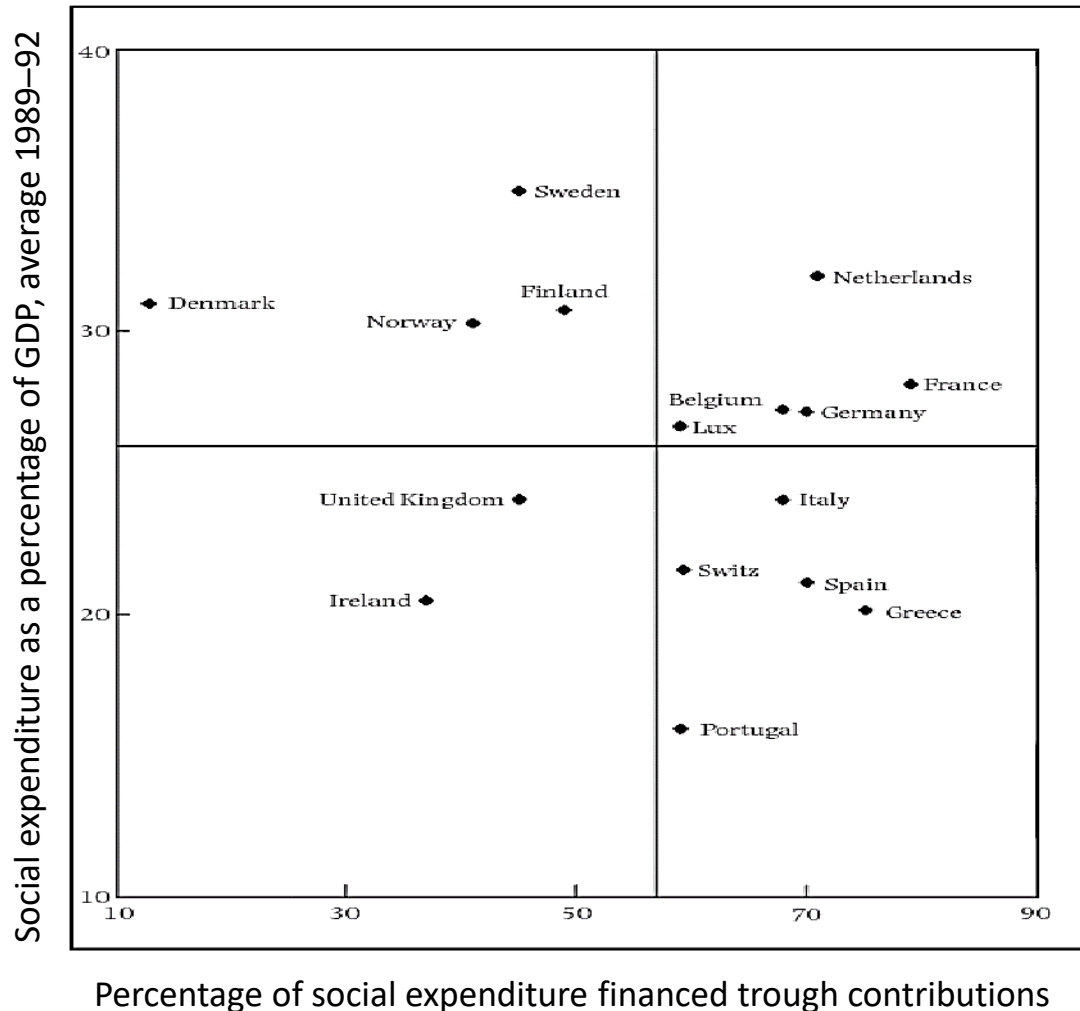


Figure 1. European welfare states (16), according to two dimensions.

Source: Recalculation of data from Eurostat 1995; Nordic Statistical Office. 1995; Fluckiger and Cordero, 1995.

Quelle: Bonoli, G. (1997): Classifying Welfare States. A Two-Dimension Approach, Journal of Social Policy 26 (3): 351-372.

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 13 **Europäische Integration I: die Europäische Union**

Lernziele

- Kenntnis der Ziele der Europäischen Union erlangen
- Begriffe „Erweiterung“ und „Vertiefung“ erklären können
- Zentrale Institutionen der EU und ihre Funktionen benennen können
- Funktionsweise des Gesetzgebungsprozesses der EU kennen
- Begründung für Umverteilung benennen

Basistext

Mau, S./ Verwiebe, R. (2010): *European Societies. Mapping Structure and Change*. Bristol. S. 263-283.

Europäische Integration

Definition

- Zusammenschluss von unabhängigen Nationalstaaten (2015: 28) („Europäische Union“) auf dem Territorium des europäischen Kontinents ohne grundsätzliche Aufgabe der Nationalstaatlichkeit der einzelnen Mitglieder
- Europäische Union: Vertragsgemeinschaft, aber weder Staatenbund noch Bundesstaat

Europäische Integration

Zielsetzungen der Integration

- Friedenssicherung nach zwei Weltkriegen, auch durch Einbindung Deutschlands nach 1945
- Steigerung des Wohlstands der Mitgliedsländer und ihrer Bürger durch freien wirtschaftlichen Austausch
- Lösung der ökonomischen Probleme einzelner Mitgliedsstaaten durch transnationale, d.h. überstaatliche Kooperation

Europäische Integration

Mittel der Integration

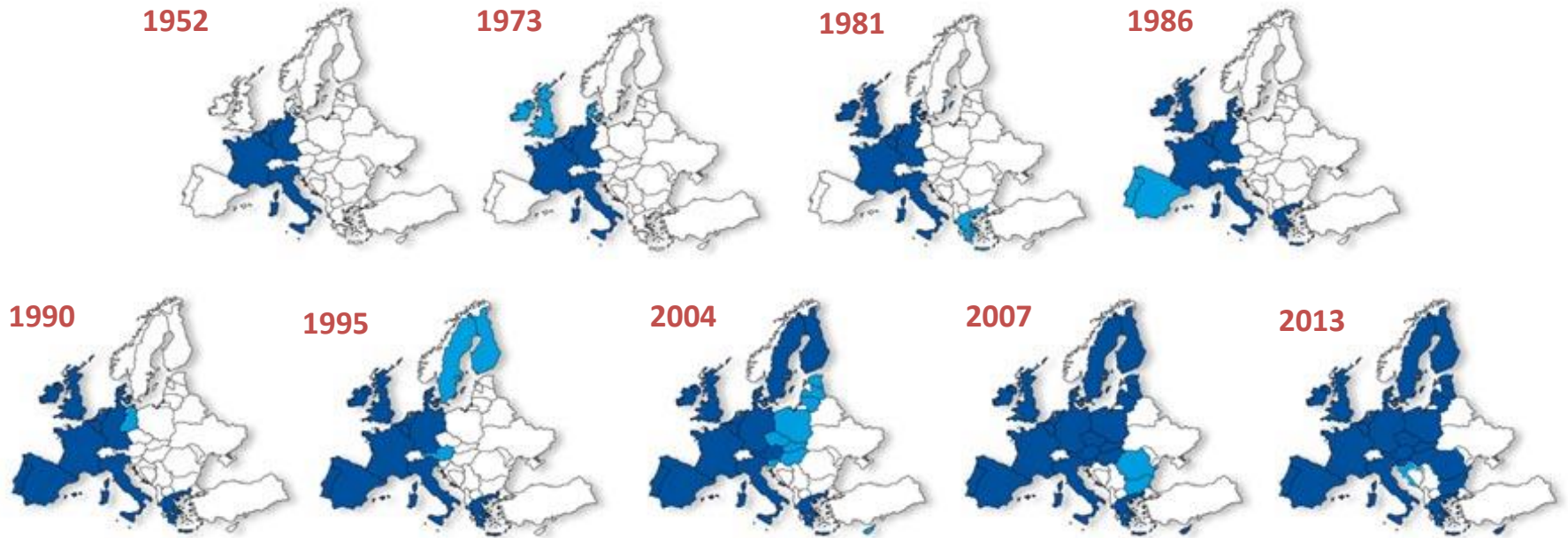
- *Abgrenzung nach außen*: Festlegung der Grenzen des Geltungsbereichs der gemeinsamen Beschlüsse der Mitgliedsstaaten
- *Integration nach innen*: Einrichtung einer Instanz zur Koordination der Handlungen der Mitgliedstaaten - Institutionen der EU
- *Grundlage der Integration*: Verträge zwischen Staaten

Europäische Integration

Integration als Prozess

- *Erweiterung*: räumliche Ausdehnung kollektiv verbindlicher Regelungen („acquis communautaire“) durch Aufnahme neuer Mitglieder
- *Vertiefung*: Europäische Verträge („Primärrecht“) und Rechtsakte der Europäischen Institutionen („Sekundärrecht“) führen zur Koordination und Harmonisierung von Handel und Wirtschaft der Mitgliedsstaaten und angrenzender Politikfelder

Erweiterung (1952-2013)



Fahrplan: Mittelosterweiterung 2004

- **1989** Fall der Berliner Mauer – Ende des Kommunismus
Start der EU-Wirtschaftshilfe: Phare-Programm
- **1992** Festlegung der Kriterien für einen Beitritt zur EU:
 - Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
 - funktionierende Marktwirtschaft
 - Fähigkeit, die Rechtsvorschriften der EU umzusetzen
- **1998** Beginn der offiziellen Erweiterungsverhandlungen
- **2002** Beschluss der Erweiterung auf dem Gipfel von Kopenhagen
- **2004** 10 neue EU-Mitglieder: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern
- **2007** Bulgarien und Rumänien treten der EU bei
- **2013** Kroatien tritt am 1. Juli der EU bei



Kandidatenländer und potenzielle Kandidatenländer

	Fläche (1000 km ²)	Bevölkerung (in Millionen) Stand 2016	Wohlstand (Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt) Stand 2014
Bosnien und Herzegowina	51	3,8	3.640
Montenegro	13	0,6	5.440
Kosovo unter Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates	11	1,8	2.940
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	26	2,1	4.130
Albanien	27	2,9	3.440
Serbien	77	7,1	4.640
Türkei	784	78,7	7.820
Die 28 EU-Länder zusammen	4 480	510	27 700

Quelle: Fläche-Kandidatenländer:

<https://www.destatis.de/Europa/EN/Country/CandidateCountries/CandidateCountries.html;jsessionid=FFA54457151E14D7371908042B97A142.InternetLive2>; Fläche-potenzielle Kandidatenländer: <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/laender>; Bevölkerung & Wohlstand: <https://ec.europa.eu/eurostat/en/web/enlargement-countries/data/database>; EU 28: Fläche: https://www.cia.gov/library/publications/resources/the-world-factbook/geos/print_ee.html; EU 28 Bevölkerung & Wohlstand: <https://ec.europa.eu/eurostat/data/database>

Vertiefung: die Europäischen Verträge

1952

Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl

1958

Römische Verträge:
Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft
Vertrag zur Gründung der Europäischen
Atomgemeinschaft (Euratom)

2009

Vertrag von Lissabon

1987

Einheitliche Europäische Akte: der Binnenmarkt

2003

Vertrag von Nizza

1999

Vertrag von Amsterdam

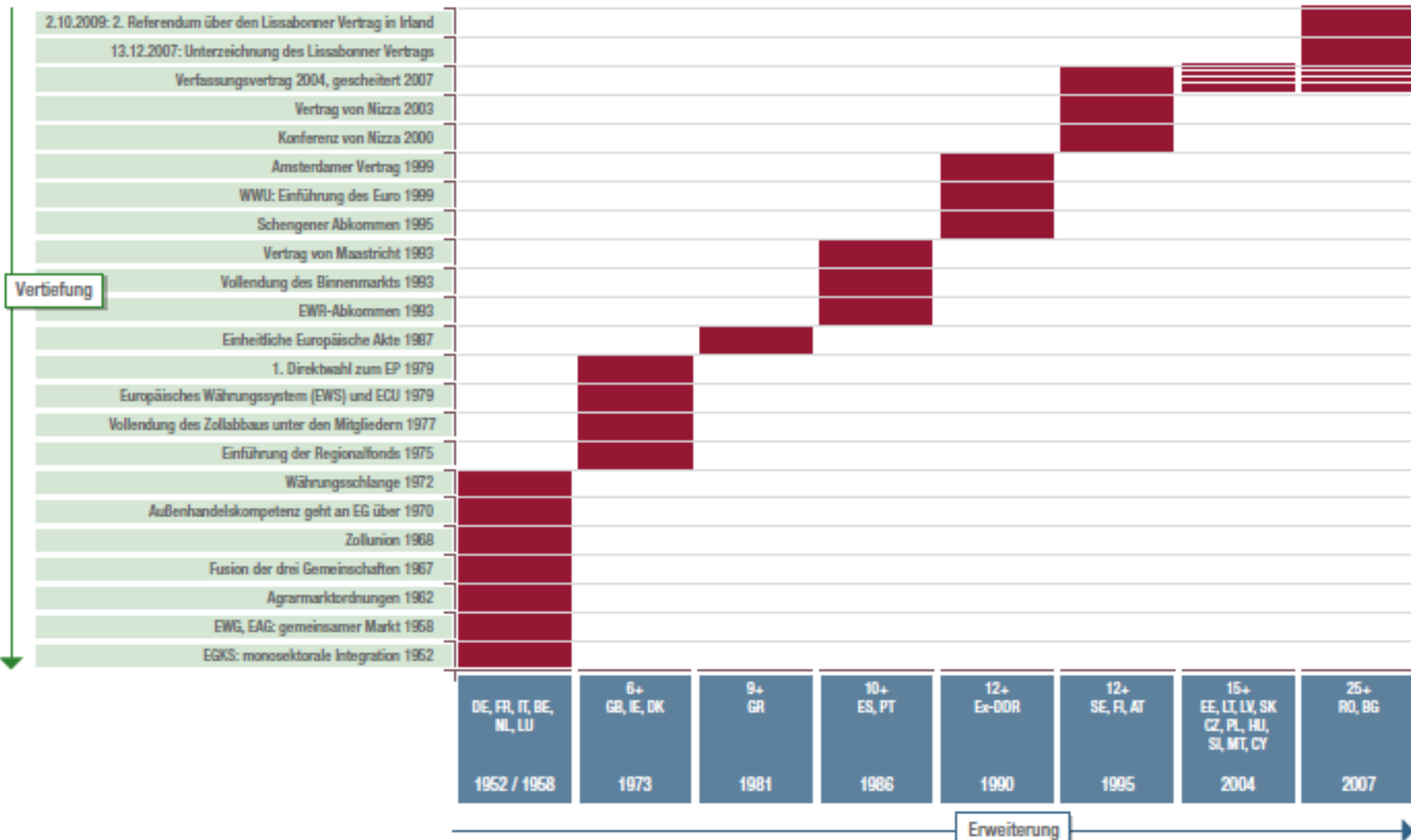
1993

EU-Vertrag Maastricht



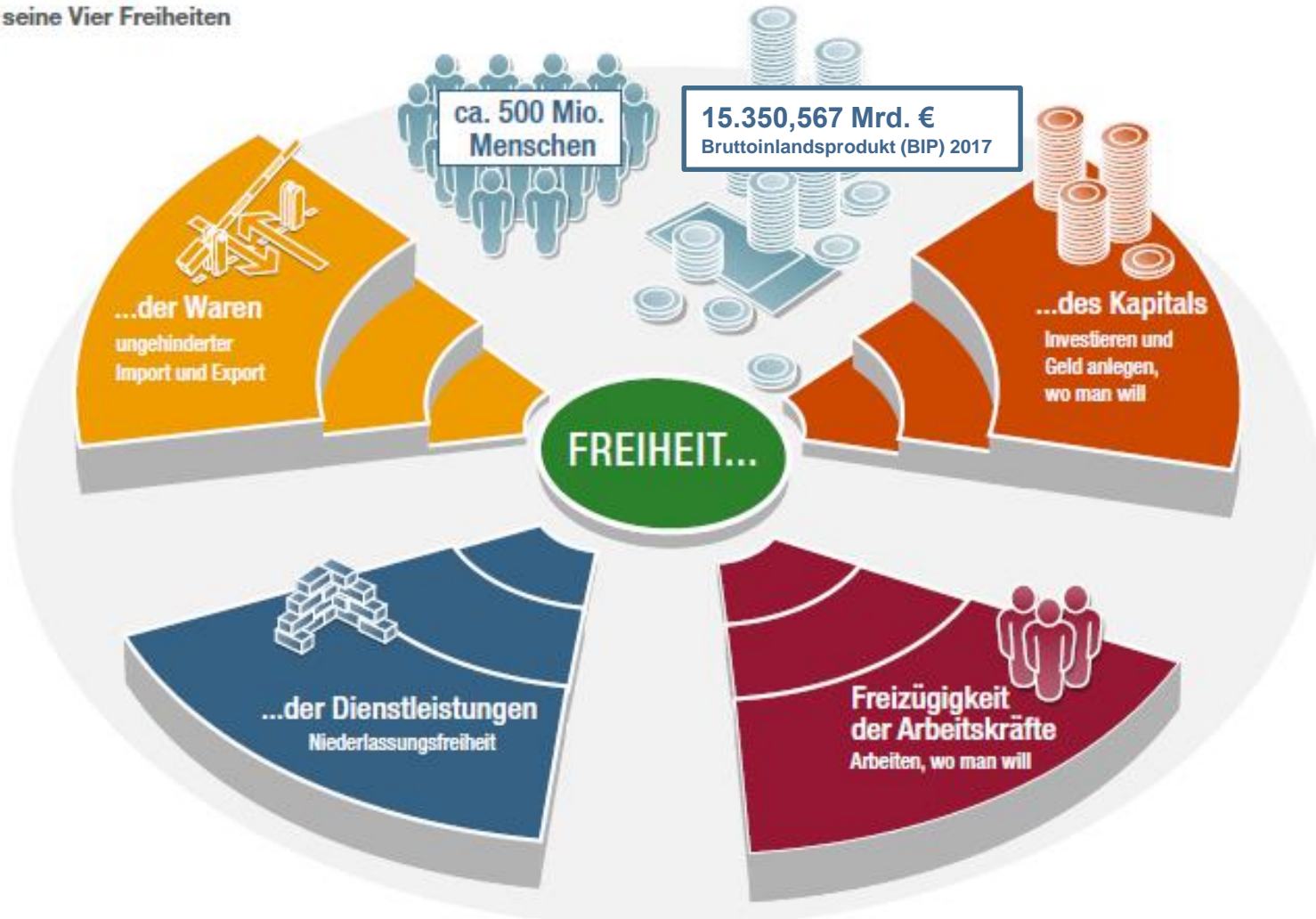
Die Entwicklung der Europäischen Union

Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Integration



Die „Vier Freiheiten“

Der europäische Binnenmarkt und seine Vier Freiheiten



Quelle: BZPolB 2012

Hinweis: BIP Angabe wurde in der Grafik nachbearbeitet.

Quelle: Eurostat 2018



Die Europäische Union

1. Säule Europäische Gemeinschaften

EG

- Agrarpolitik
- Zollunion und Binnenmarkt
- Strukturpolitik
- Handelspolitik
- Wirtschafts- und Währungsunion
- Bildung und Kultur
- Forschung und Umwelt
- Gesundheitswesen
- Verbraucherschutz
- Sozialpolitik

EURATOM

- Zusammenarbeit im Bereich Kernenergie

EG

2. Säule Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Außenpolitik:

- Gemeinsame Positionen
- Friedenserhaltung
- Menschenrechte
- Demokratie
- Hilfe für Nicht-EU-Staaten

Sicherheitspolitik:

- Gemeinsames Vorgehen
- Kampf gegen den Terrorismus
- Gemeinsame Truppen

GASP

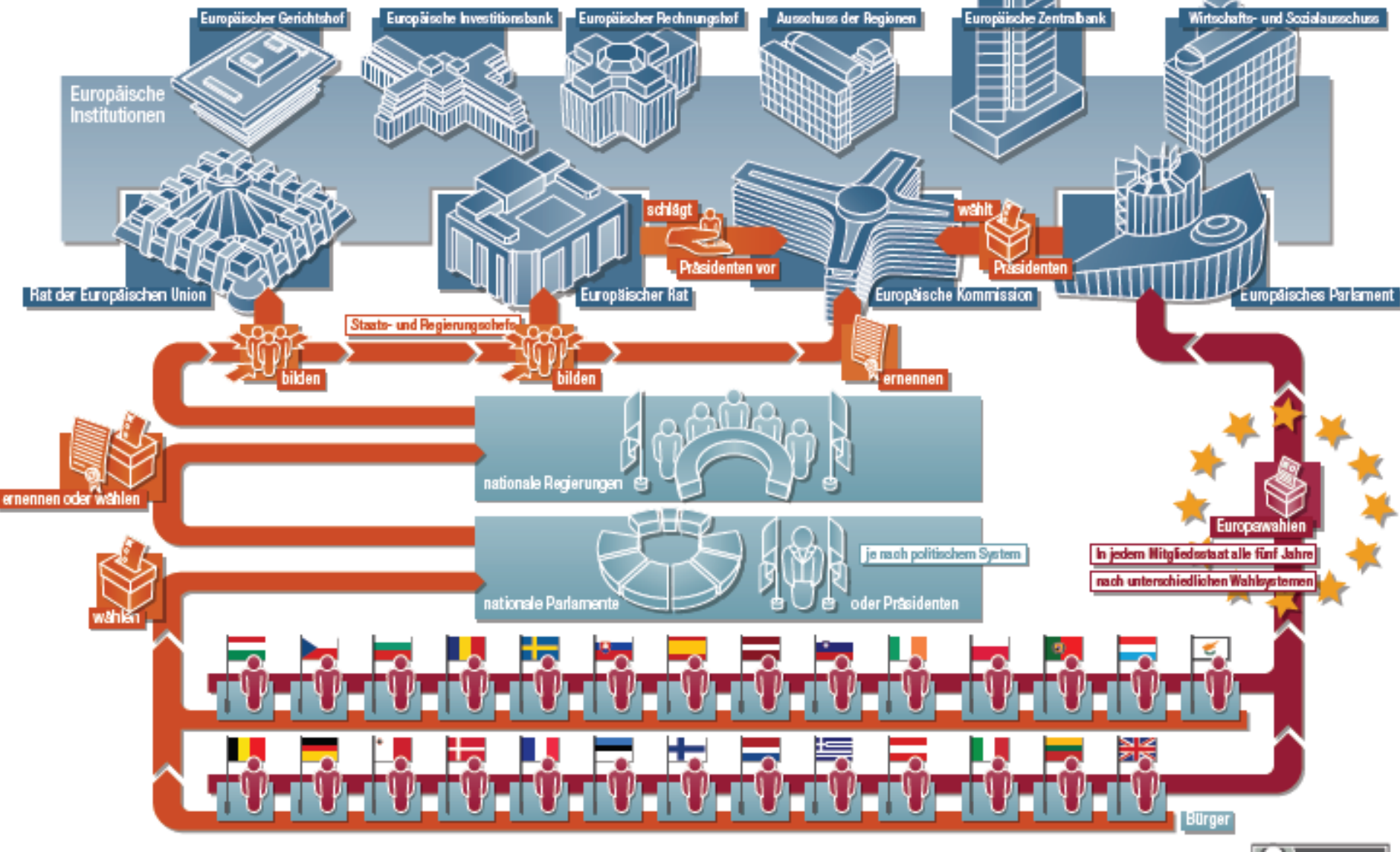
3. Säule Polizeiliche und justiz. Zusammenarbeit

- Kampf gegen die organisierte Kriminalität (z.B. Drogen, Menschenhandel)
- Einwanderungs- / Asylpolitik
- Zusammenarbeit in Zivil- und Strafprozessen
- Polizeiliche Zusammenarbeit

PJZS

Institutionen der Europäischen Union

Beispiele für Einrichtungen und deren Legitimation



Das Europäische Parlament – die Stimme des Volkes



- gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union über EU-Rechtsvorschriften und den Haushalt
- Demokratische Kontrolle über die gesamte politische Arbeit der EU

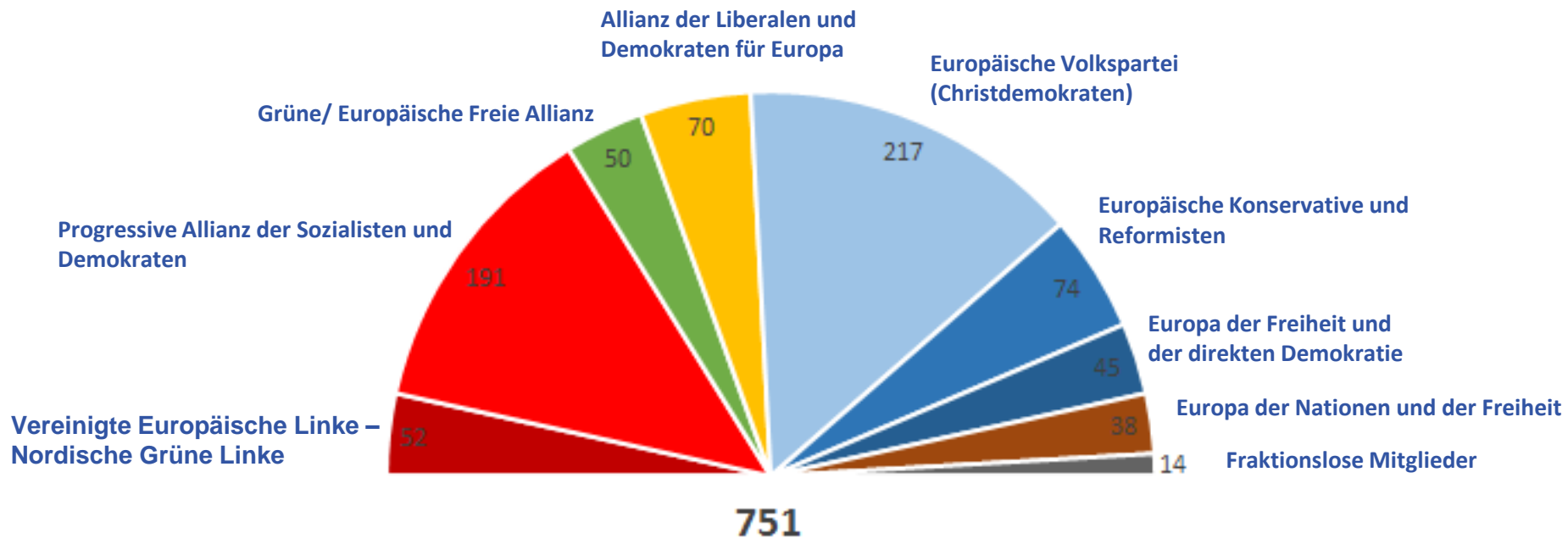
Anzahl der gewählten Mitglieder pro Land (Stand: Juni 2014)

Belgien	21	Griechenland	21	Luxemburg	6	Schweden	20
Bulgarien	17	Großbritannien	73	Malta	6	Slowakei	13
Dänemark	13	Irland	11	Niederlande	26	Slowenien	8
Deutschland	96	Italien	73	Österreich	18	Spanien	54
Estland	6	Kroatien	11	Polen	51	Tschechien	21
Finnland	13	Lettland	8	Portugal	21	Ungarn	21
Frankreich	74	Litauen	11	Rumänien	32	Zypern	6
						Insgesamt	751

Die Parteien im Europäischen Parlament

Anzahl der Parlamentssitze pro Fraktion

(Stand: 2015)



Quelle: Europäisches Parlament, eigene Darstellung

Der Rat der Europäischen Union – die Stimme der Mitgliedstaaten



- ein Minister aus jedem EU-Land
- wechselnder Vorsitz alle sechs Monate
- entscheidet zusammen mit dem Parlament
- über EU-Rechtsvorschriften und Haushalt
- zuständig für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Der Rat der Europäischen Union – Anzahl der Stimmen pro Land

Deutschland, Frankreich, Italien und Vereinigtes Königreich	29
Polen und Spanien	27
Rumänien	14
Niederlande	13
Belgien, Griechenland, Portugal, Tschechische Republik und Ungarn	12
Bulgarien, Österreich und Schweden	10
Kroatien, Dänemark, Finnland, Irland, Litauen und Slowakei	7
Estland, Lettland, Luxemburg, Slowenien und Zypern	4
Malta	3
Gesamt:	352

Für viele Beschlüsse ist eine „qualifizierte Mehrheit“ erforderlich:
55 % der Mitgliedstaaten mit 65 % der Bevölkerung

Die Europäische Kommission – im Interesse des Gemeinwohls

28 unabhängige Mitglieder,
eines aus jedem EU-Land

- schlägt neue Rechtsvorschriften vor
- ist das Exekutivorgan
- ist die Hüterin der Verträge
- vertritt die EU auf internationaler Ebene



Der Europäische Gerichtshof

**28 unabhängige Richter,
einer aus jedem EU-Land**

- entscheidet über die Auslegung des EU-Rechts
- gewährleistet eine einheitliche Anwendung des EU-Rechts in allen EU-Ländern



Der Europäische Rechnungshof

28 unabhängige Mitglieder

- wacht über die ordnungsgemäße Verwendung der EU-Mittel
- kann jede Person oder Organisation, die EU-Mittel verwaltet, überprüfen



Die Europäische Zentralbank

- **sorgt für Preisstabilität**
- **kontrolliert die Geldmenge und legt Zinssätze fest**
- **arbeitet unabhängig von den Regierungen**
- **übernahm zentrale Funktion in der Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise 2009 ff.**



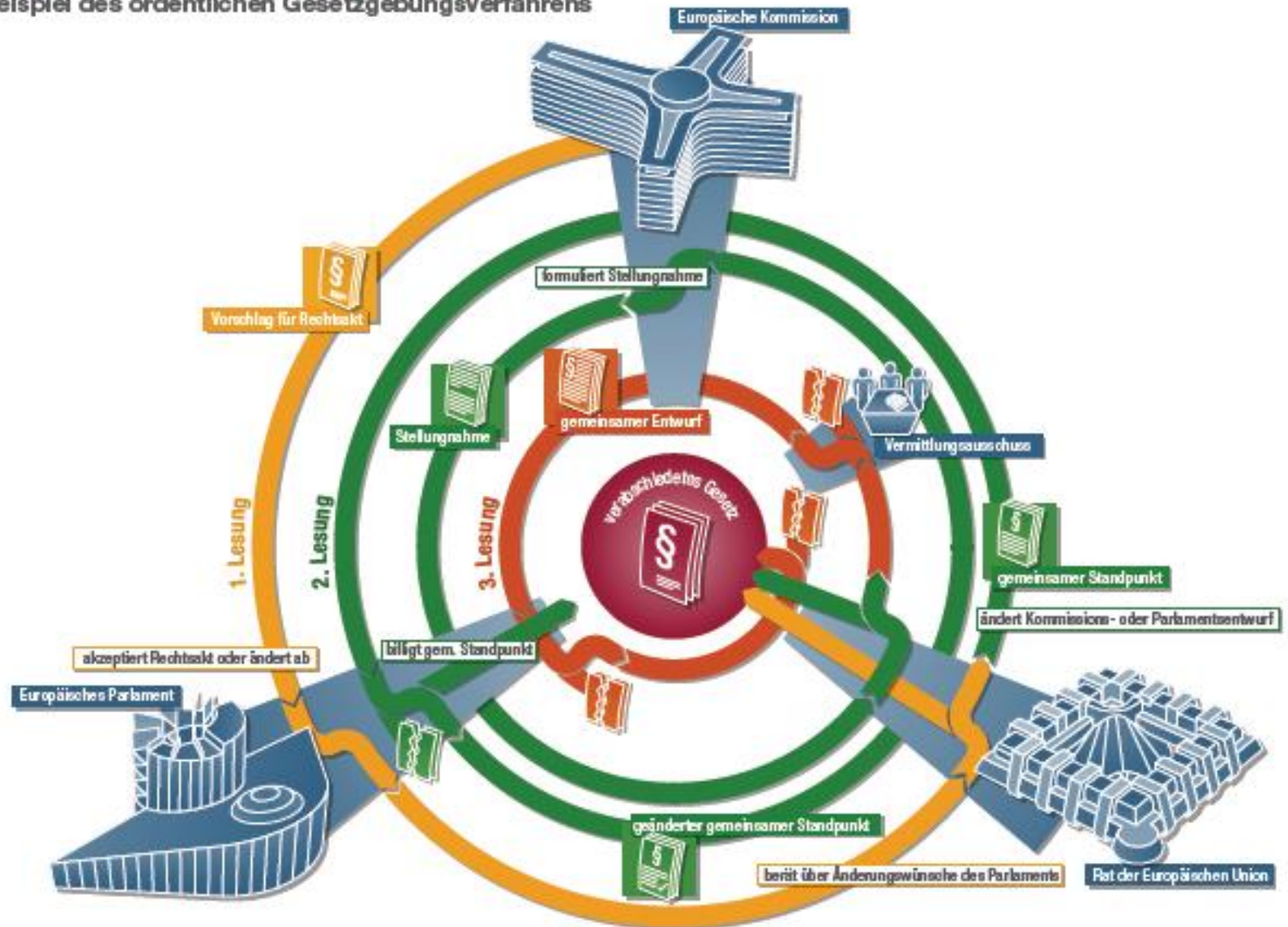
Mario Draghi
Präsident der Zentralbank

EU-Recht: von der Idee zur Umsetzung



Europäische Gesetzgebung

Am Beispiel des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens



Sekundärrecht der EU

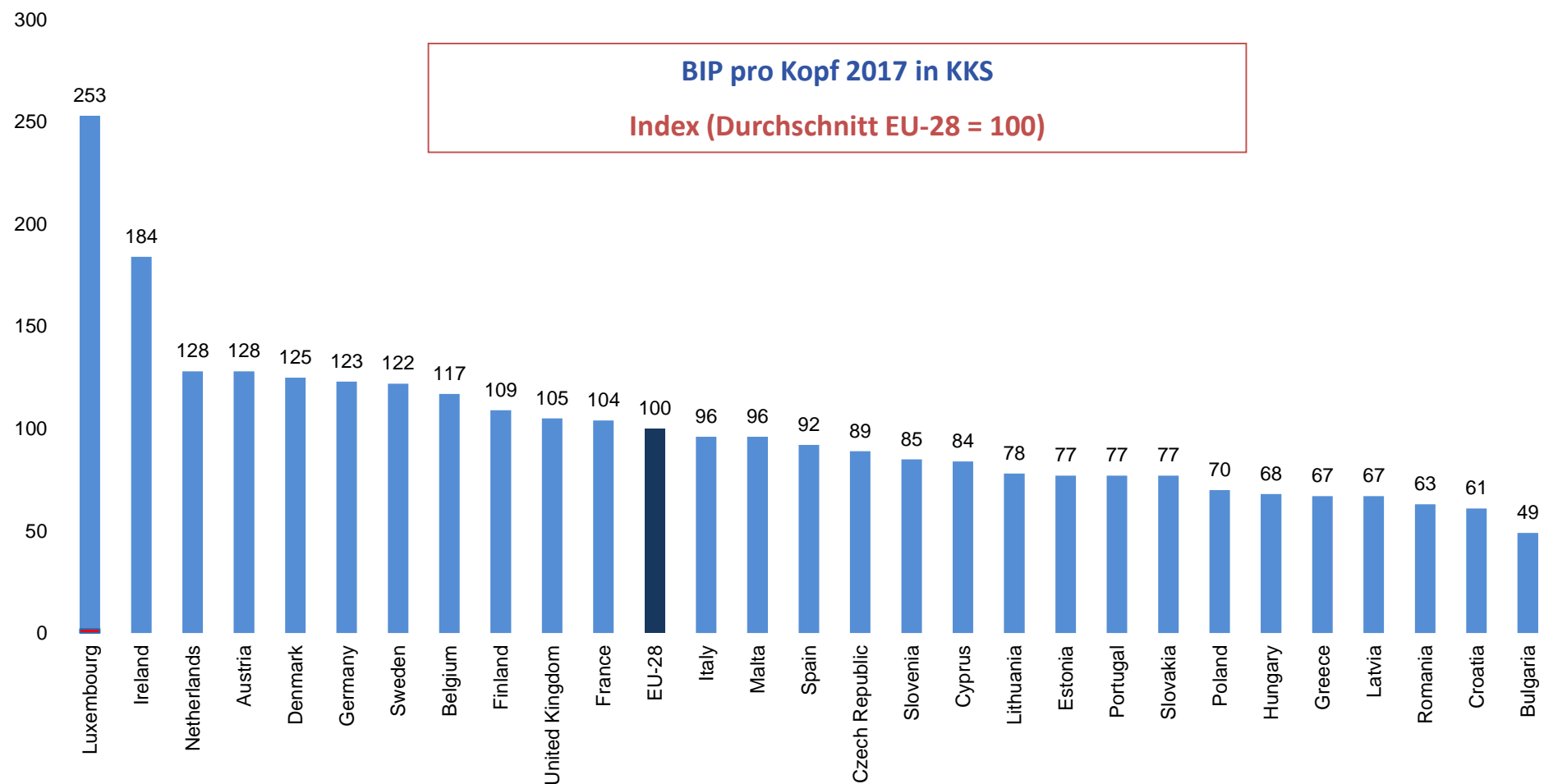
Entscheidungsprozesse als institutionalisierte Kompromisse zwischen Nationalstaaten (Rat), Vereinigungsmotoren (Kommission, teilweise Europäische Zentralbank und Europäischer Gerichtshof) und den Bürgerrepräsentanten (Parlament)

Wohlstand und Ungleichheit in der EU

Seit der Gründung führte die Erweiterung der EU diskontinuierlich zu einem Anstieg der ökonomischen Heterogenität der Union.

- Beitritt von 16 ärmeren Staaten (Bezugsgröße: pro Kopf BIP) während der Süderweiterung 1981 (GR) & 1986 (ES, PT), der Osterweiterung 2004 & 2007 (10 frühere sozialistische Staaten + CY und MT) und der Aufnahme von Kroatien 2013
- Dagegen: Aufnahme von 6 wohlhabenden Staaten (UK, IRE, SWE, FIN, DK, AT) seit 1957

BIP pro Kopf: Die Verteilung des Reichtums



Quelle: Eurostat (2018): National accounts and GDP: tables and figures.

Europäische Integration

Bedarf für Umverteilung und Sozialpolitik auf EU-Ebene

- Integration produziert neue sozialpolitische Probleme, die ohne den gemeinsamen Markt nicht existieren würden

Beispiel: Anerkennung von Rentenansprüchen von grenzüberschreitend mobilen Arbeitnehmern

Beispiel: ungleiche Arbeitsschutzmaßnahmen in den Mitgliedsländern können illegitime Kostenvorteile darstellen

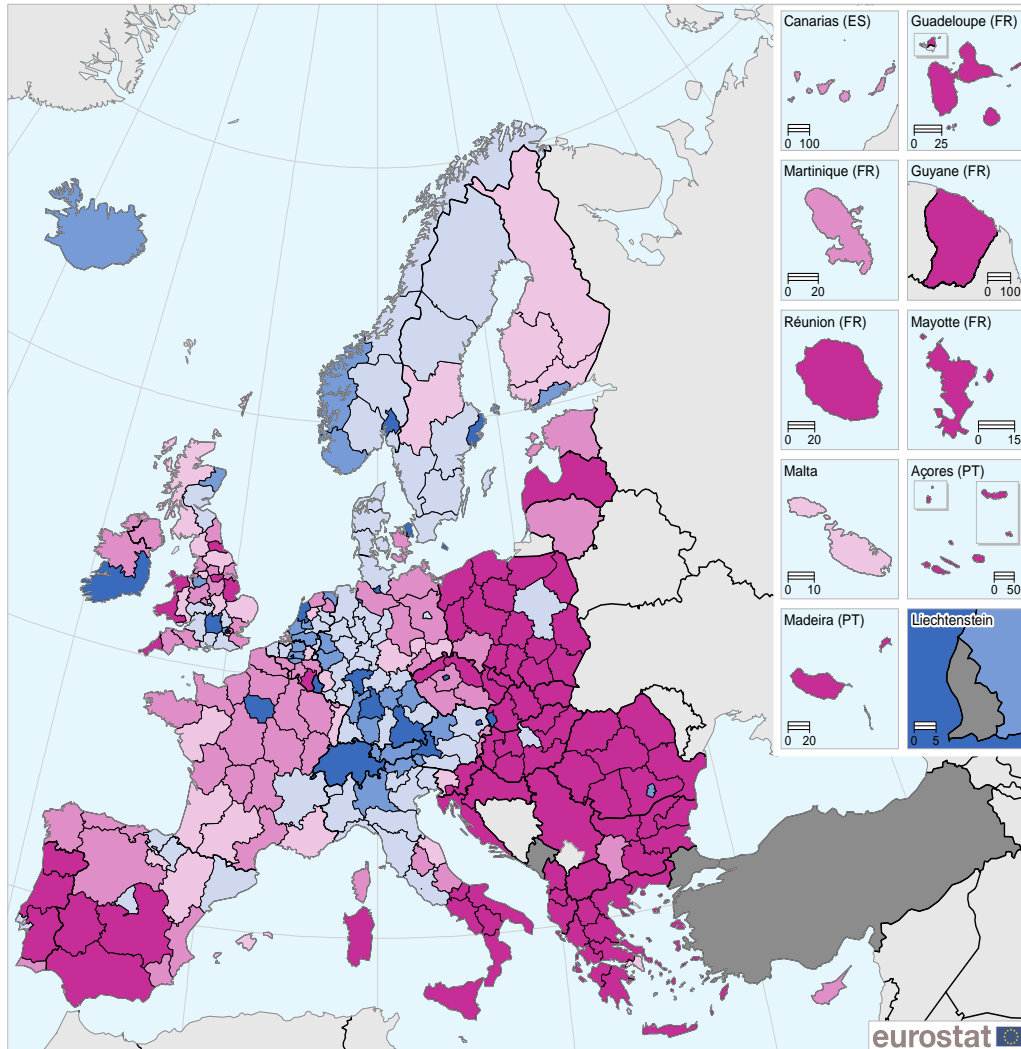
- Integration verändert ökonomische Ungleichheiten, die in den Nationalstaaten nicht ausreichend bearbeitet werden können (→ neue sozialstrukturelle & regionale Ungleichheiten)

Beispiel: ökonomisches „Abhängen“ geografisch peripherer Regionen

Europäische Integration

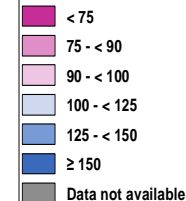
Gross domestic product (GDP) per inhabitant, by NUTS 2 regions, 2016

(based on data in purchasing power standards (PPS) in relation to the EU-28 average, EU-28 = 100)

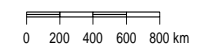


(based on data in purchasing power standards (PPS) in relation to the EU-28 average, EU-28 = 100)

EU-28 = 100



Administrative boundaries: © EuroGeographics © UN-FAO © INSTAT
© Turkstat
Cartography: Eurostat — GISCO, 04/2018



Note: Norway, 2015. Former Yugoslav Republic of Macedonia and Albania: 2014. Switzerland and Serbia: national data. Switzerland: provisional.

Source: Eurostat (online data codes: nama_10r_2gdp, nama_10_gdp, nama_10r_3popgdp and nama_10_pe)

*Prof. Dr. Holger Lengfeld
Universität Leipzig
Institut für Soziologie*

Gesellschaftliche Institutionen und sozialer Wandel

Vorlesung 14 ***Europäische Integration II: die Entstehung einer europäischen Gesellschaft***

Lernziele

- Anhand von empirischen Indikatoren einschätzen können, inwiefern die EU-Länder einem einheitlichen Sozialmodell entsprechen
- Umfang und Wandel räumlicher Mobilität der EU-Bürger kennen
- Anerkennung von Gleichheit der EU-Bürger anhand der Konzepte der grenzüberschreitenden Identität, der Gleichheit der Rechte und der Solidarität beschreiben können

Basistext

Mau, S./ Verwiebe, R. (2010): *European Societies. Mapping Structure and Change*. Bristol. S. 329-347.

Fragestellung

Sozialintegration Europas

Sind wir auf dem Weg in eine grenzüberschreitende europäische Gesellschaft der Bürger der Mitgliedsländer der EU, und folgt diese Sozialintegration der systemischen Integration der EU nachfolgt?

Fragestellung

1. Soziale Integration Europas über strukturelle Annäherung der nationalen Gesellschaften

Gibt es ein Europäisches Sozialmodell?

Fragestellung

2. Soziale Integration Europas über die Freizügigkeitsregel der EU

Inwieweit sind die Bürger europaweit räumlich mobil?

Fragestellung

3. Soziale Integration Europas über die Anerkennung der Bürger der EU als gleiche?

- a. Ausbildung einer grenzüberschreitenden Identität der Bürger?
- b. Akzeptanz der Gleichheit aller EU-Bürger?
- c. Solidaritätsbereitschaft der Bürger über die Grenzen hinaus?

1. Gibt es ein europäisches Sozialmodell?

Selbstdefinition der EU: Art. 3 EU-Vertrag

(...)

(3) Die Union errichtet einen Binnenmarkt. Sie wirkt auf die nachhaltige Entwicklung Europas auf der Grundlage eines ausgewogenen Wirtschaftswachstums und von Preisstabilität, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt abzielt, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität hin. Sie fördert den wissenschaftlichen und technischen Fortschritt.

Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes.

1. Gibt es ein europäisches Sozialmodell?

Jens Alber (2006): Bestimmung eines EU-Sozialmodells durch Vergleich zu den USA

Messung des Sozialmodells:

1. Hohes Niveau der in Art 3, Nr. 3 genannten Ziele im Vergleich zu USA
2. Geringe Varianz zwischen den Ländern der EU

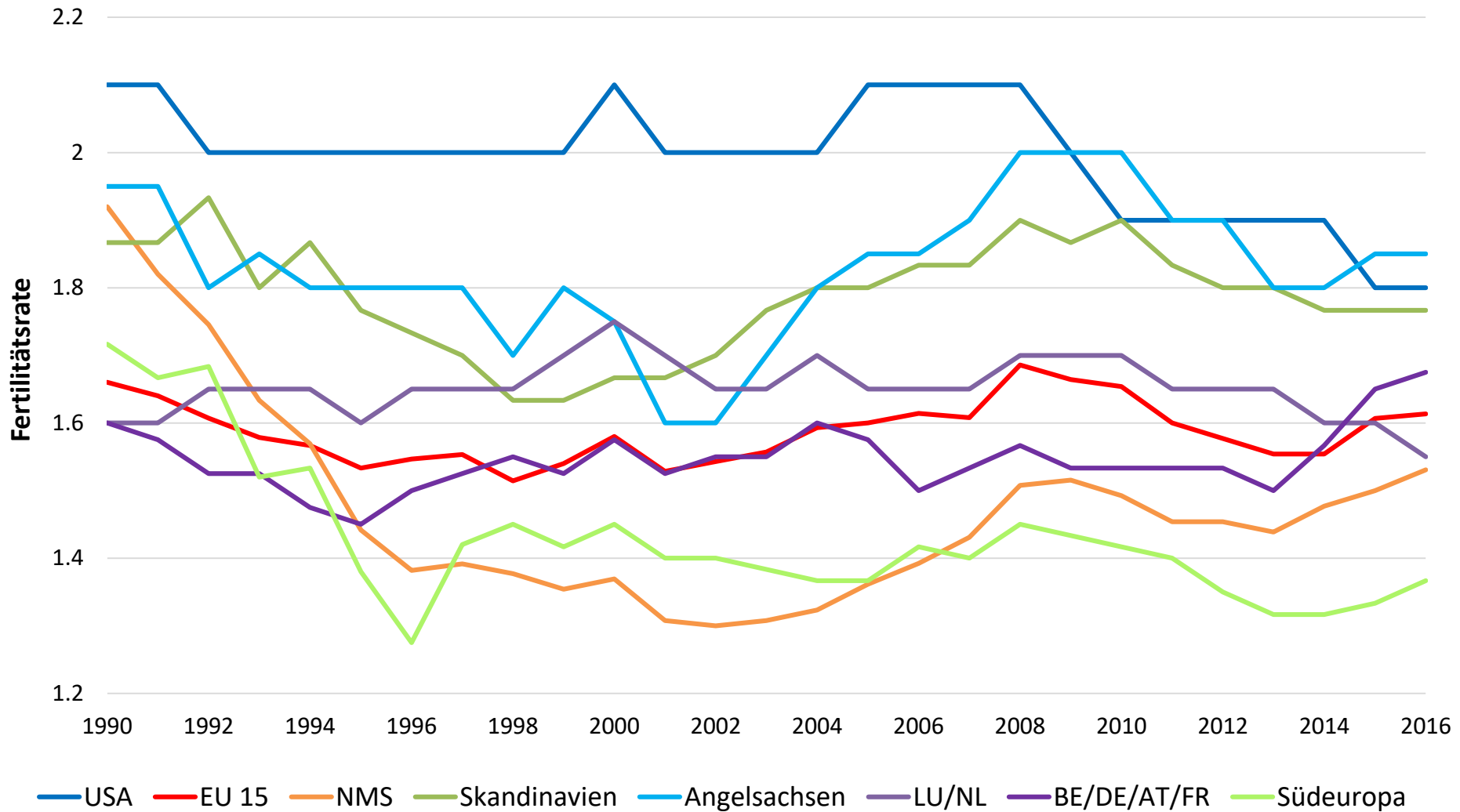
Indikatoren:

- Wohlstand: Fertilität & BIP
- Sozialer Schutz: Sozialquote
- Integration: Langzeitarbeitslosigkeit, Kriminalität, Ungleichheit, Bildungsniveau

Quelle für das folgende: Alber, J. (2006): Das europäische Sozialmodell und die USA. Leviathan 34: 208-241.

Wohlstand I

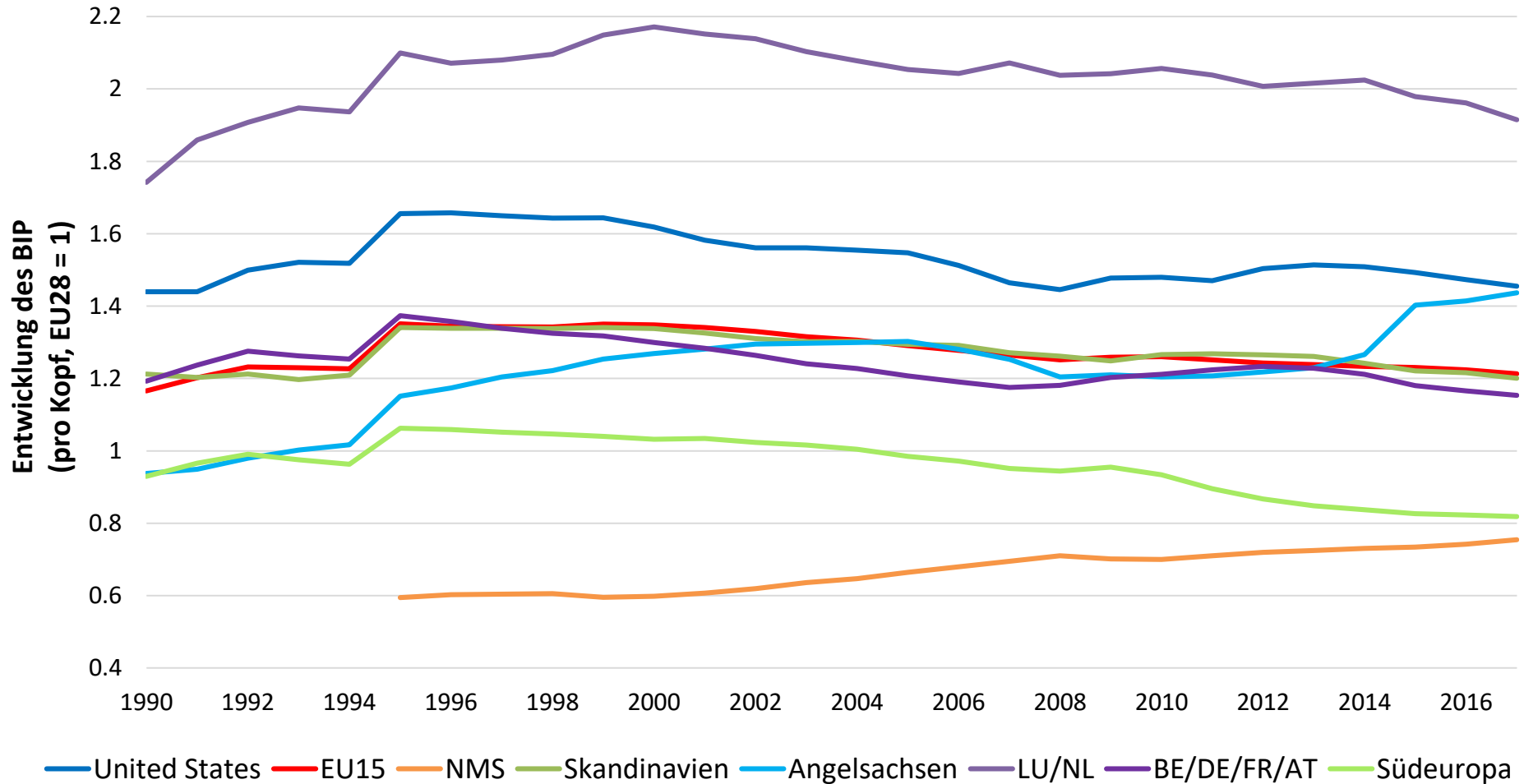
Fertilitätsraten: USA und die EU im Vergleich



Quelle: OECD (2018), Fertility rates (indicator), doi: 10.1787/8272fb01-en (Letzter Zugriff: 27.09.2018), eigene Darstellung.

Wohlstand II

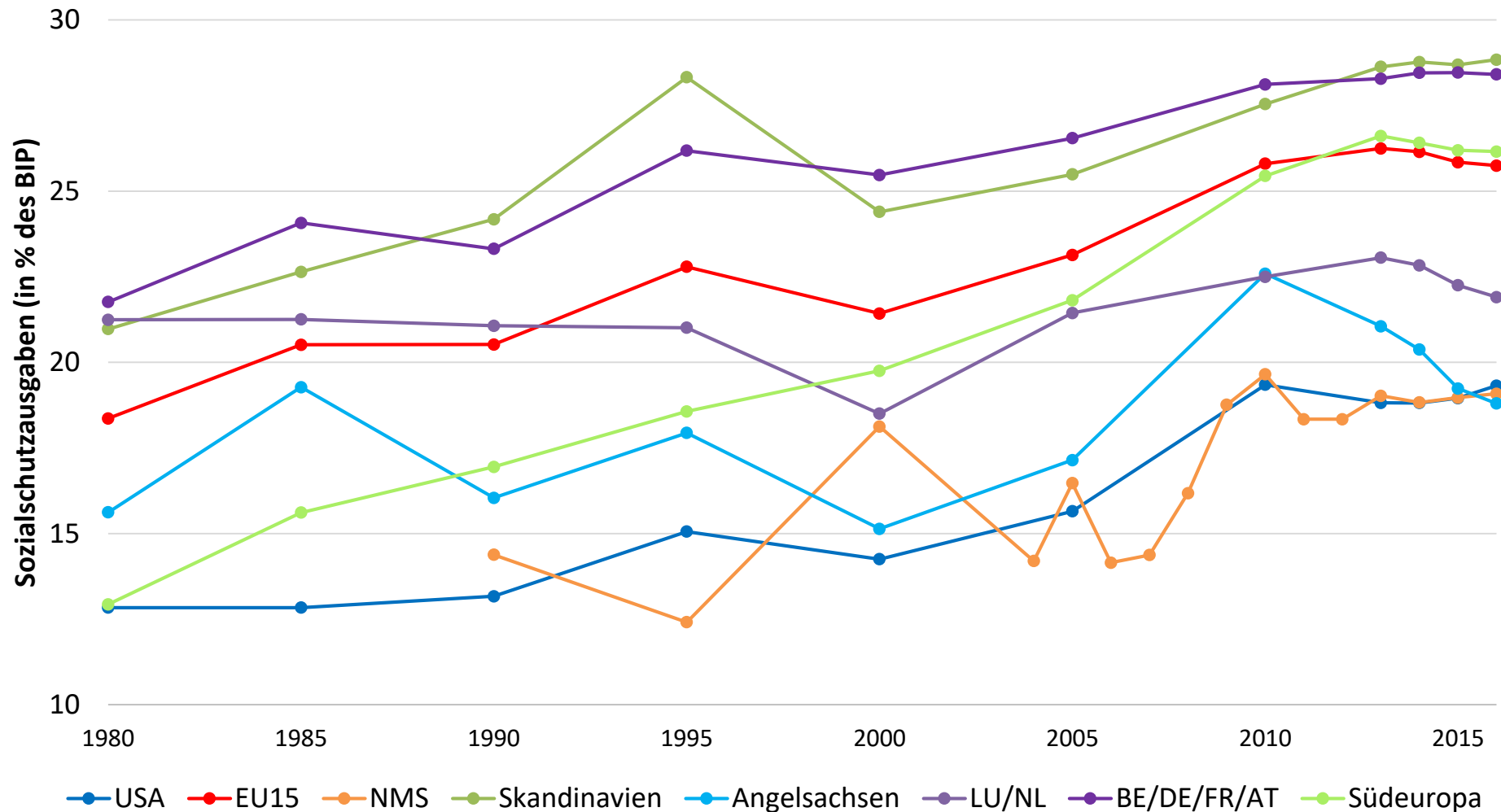
Entwicklung des BIP pro Kopf (in Kaufkraftstandards in Relation zum EU28-Durchschnitt = 1): USA und die EU im Vergleich



Quelle: World Bank (2018), GDP per capita, PPP (constant 2011 international \$), Link: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.KD> (letzter Zugriff: 2.10.2018), eigene Darstellung.

Sozialschutz

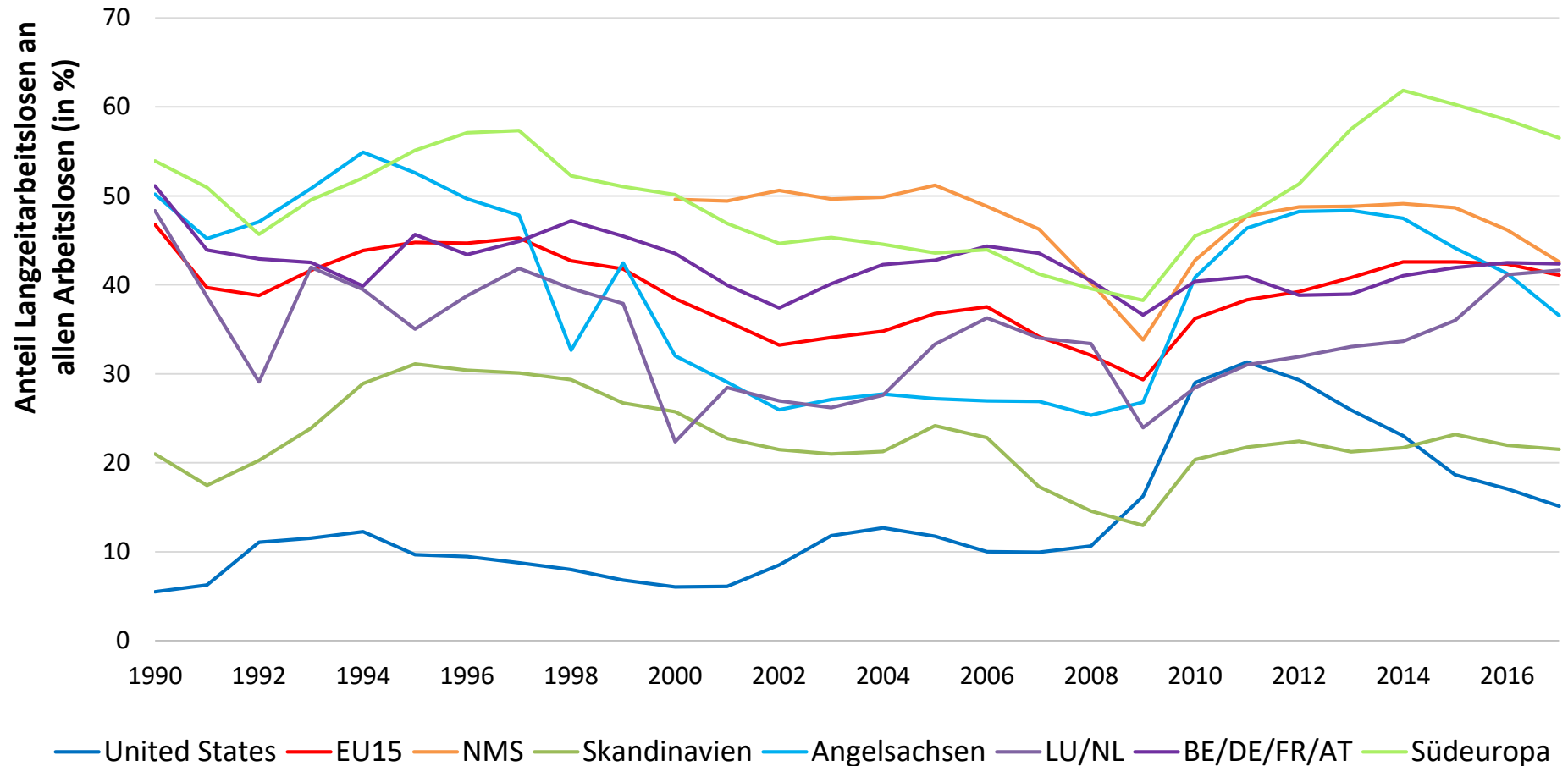
Sozialschutzausgaben (in % des BIP): EU und USA im Vergleich



Quelle: Oecd (2018): Social Expenditure – Aggregated Data. Aufrufbar unter: https://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=SOCX_AGG (letzter Zugriff: 3.10.18)
Eurostat (2018): Social Protection Statistics: tables and figures. Eigene Darstellung.

Soziale Integration

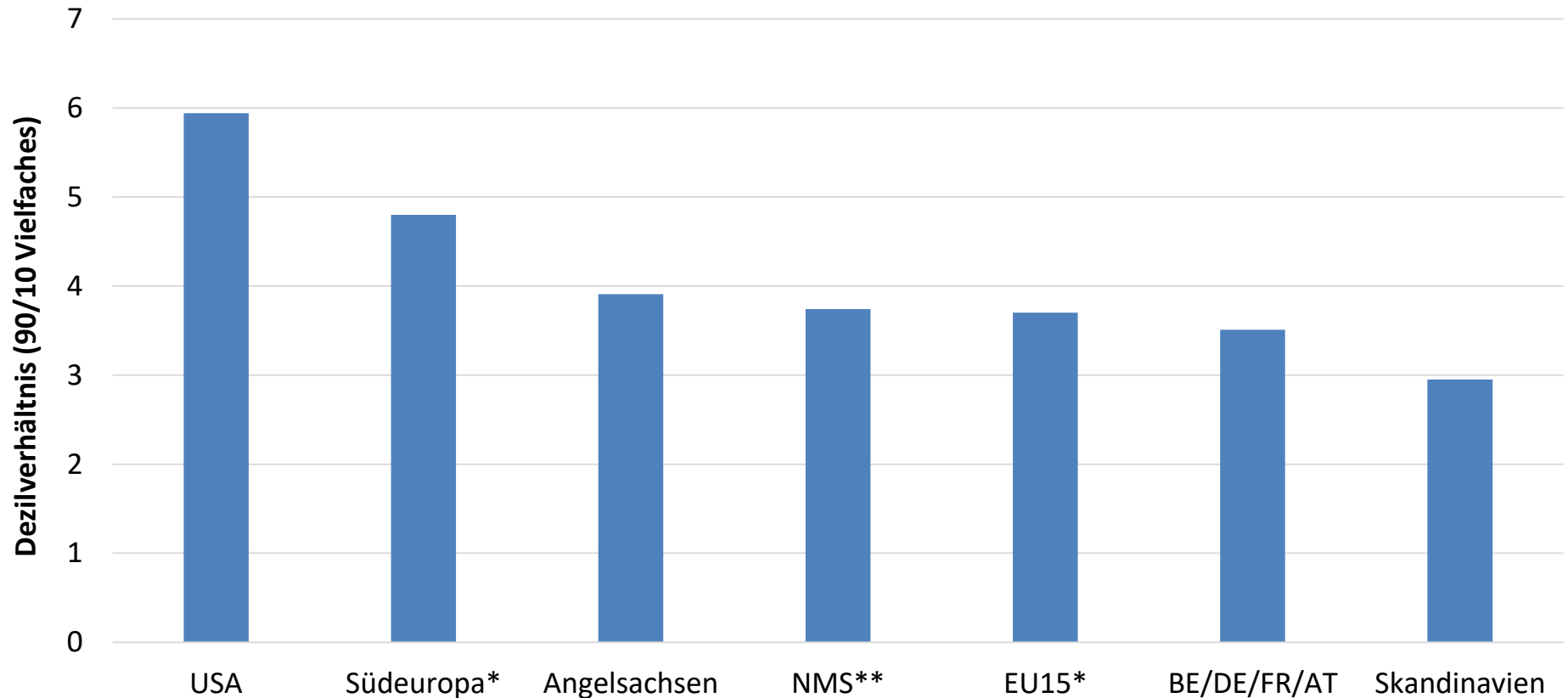
Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen: USA und die EU im Vergleich



Quelle: OECD (2018): Long-term unemployment rate (indicator). doi: 10.1787/76471ad5-en. Eigene Darstellung.

Soziale Integration

*Dezilverhältnis (90/10 Vielfaches) der Einkommensungleichheit:
USA und die EU im Vergleich (neuste verfügbare Daten)¹*

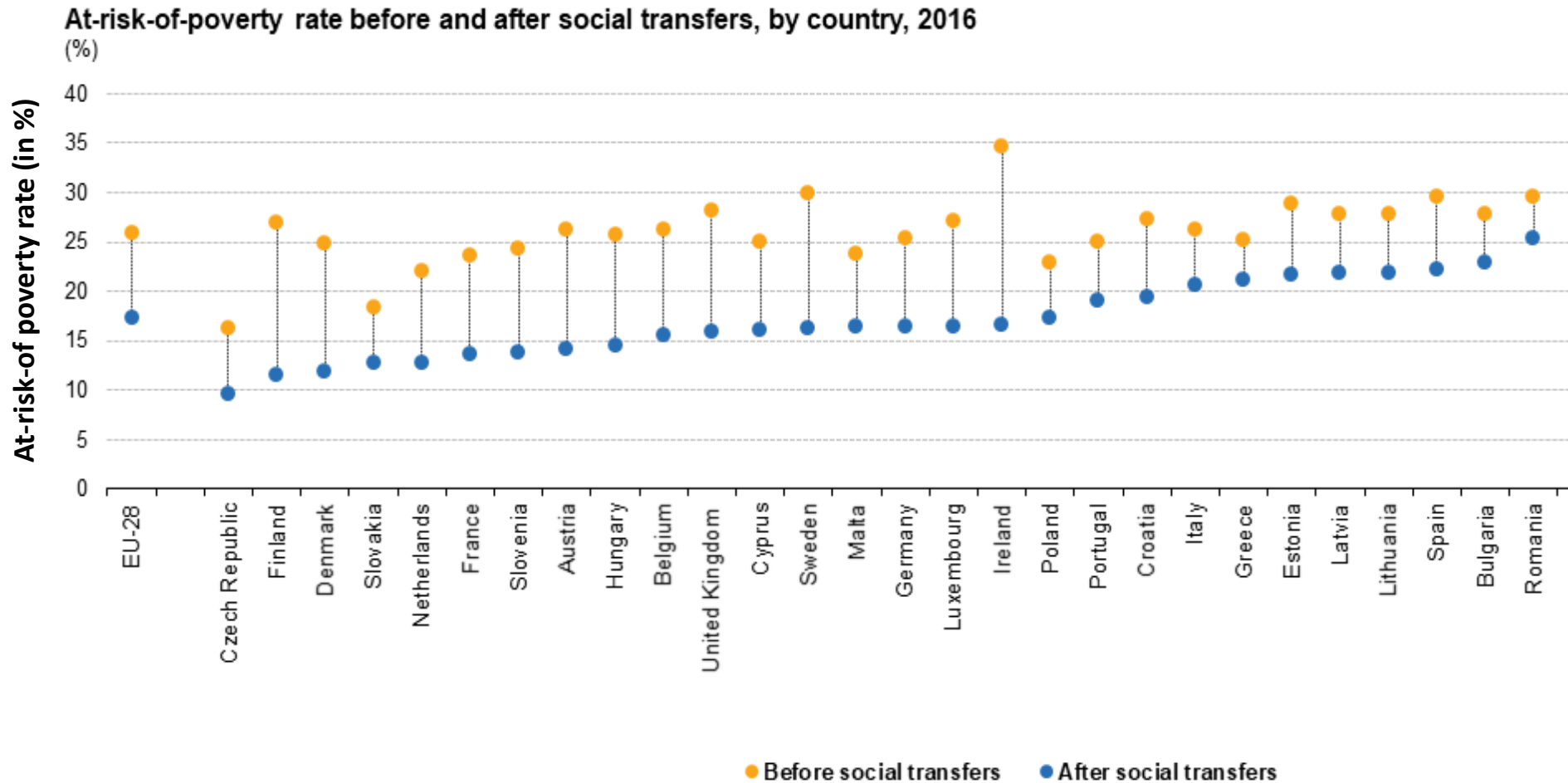


Quelle: LIS Cross National Data Center in Luxembourg: Inequality and Poverty Key Figures. Aufrufbar unter: <https://www.lisdatacenter.org/lis-ikf-webapp/app/search-ikf-figures> (letzter Zugriff: 4.10.2018). Eigene Darstellung.

¹ Rumänien: 1987; Belgien: 2000; Schweden: 2005; Rest: 2010-16.
*ohne Portugal; **ohne Bulgarien, Kroatien, Lettland, Malta, Zypern.

Europäische Sozialpolitik

(Quelle BpB 2014 nach Eurostat-Daten)

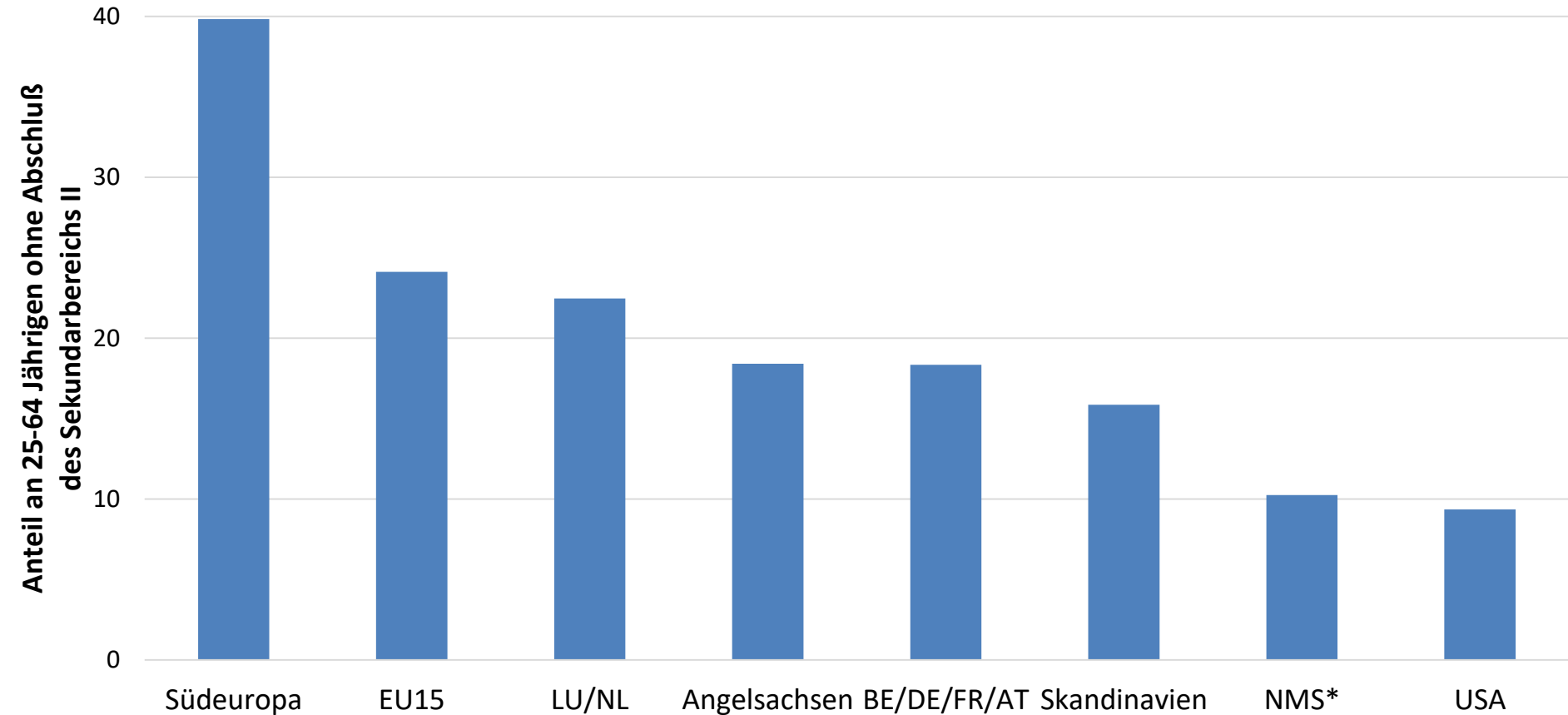


¹ 2015 data.

Quelle: Eurostat (2018): Europe 2020 indicators - poverty and social exclusion.

Soziale Integration

*Anteil der 25-64 Jährigen ohne Abschluss des Sekundarbereichs II:
USA und die EU im Vergleich*

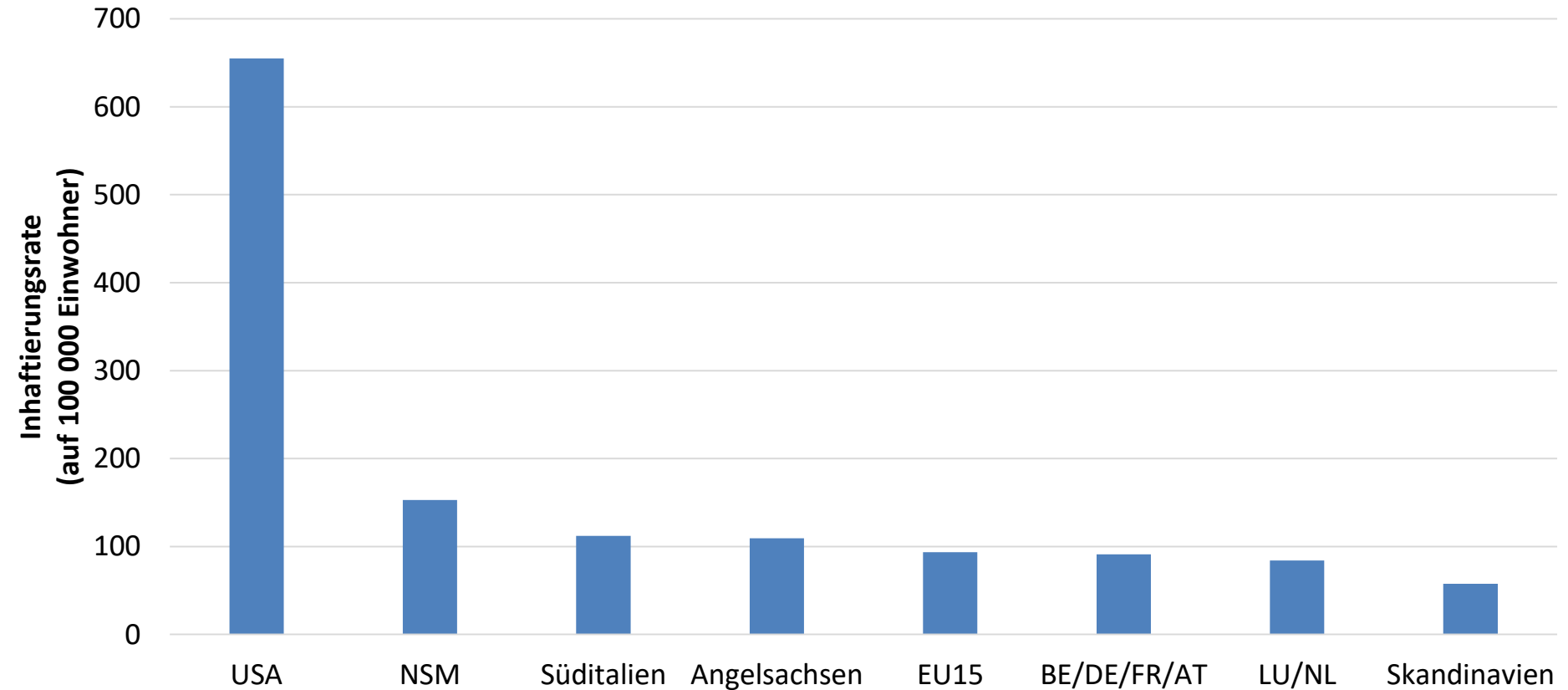


Quelle: OECD (2018): Adult education level (indicator). doi: 10.1787/36bce3fe-en. Eigene Darstellung.

*ohne Kroatien, Malta, Rumänien, Bulgarien, Zypern.

Soziale Integration

Inhaftierungsraten: USA und die EU im Vergleich



Quelle: World Prison Brief. Aufrufbar unter: http://www.prisonstudies.org/highest-to-lowest/prison-population-total?area=all&category=wb_poprate (letzter Zugriff: 4.10.2018). Eigene Darstellung.

USA: 2016; EU: 2018.

1. Gibt es ein europäisches Sozialmodell?

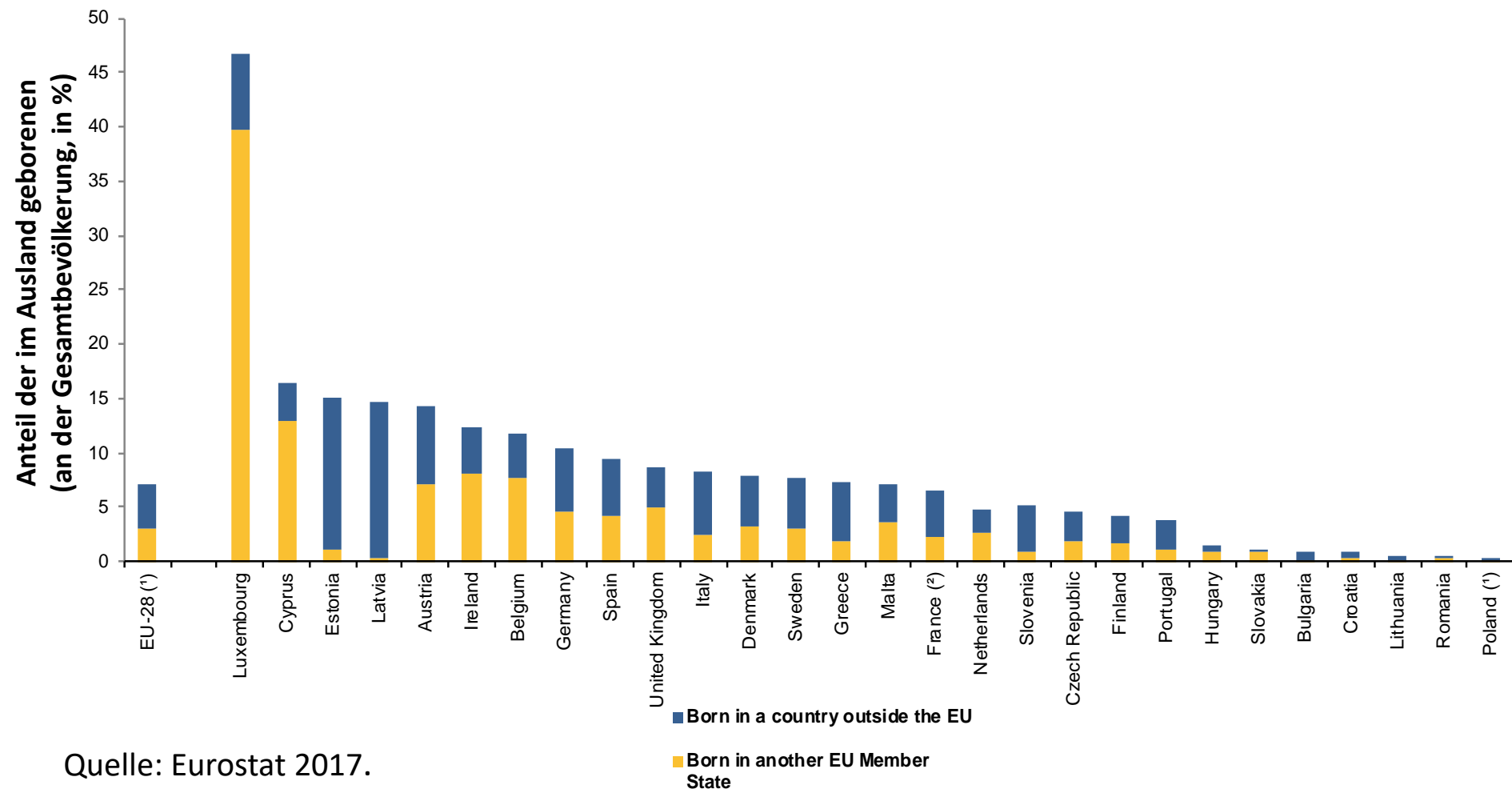
Ergebnis laut Alber (2006)

- Pro: Höherer Umfang des Sozialschutzes, geringere Ungleichheit und Kriminalität als in den USA
- Kontra: Geringere Leistungsfähigkeit bei Wohlstand, Langzeitarbeitslosigkeit (Exklusion), Bildungsniveau
- Andererseits: stärkerer Trend zur Angleichung seit Mitte der 2000er J. (von Alber nicht erfasst)
- Fazit: Europäisches Sozialmodell ist visionäre Metapher, aber Realität nähert sich dem tendenziell an

Alber, J. (2006): Das europäische Sozialmodell und die USA. Leviathan 34: 208-241

2. Wird die europäische Freizügigkeit genutzt?

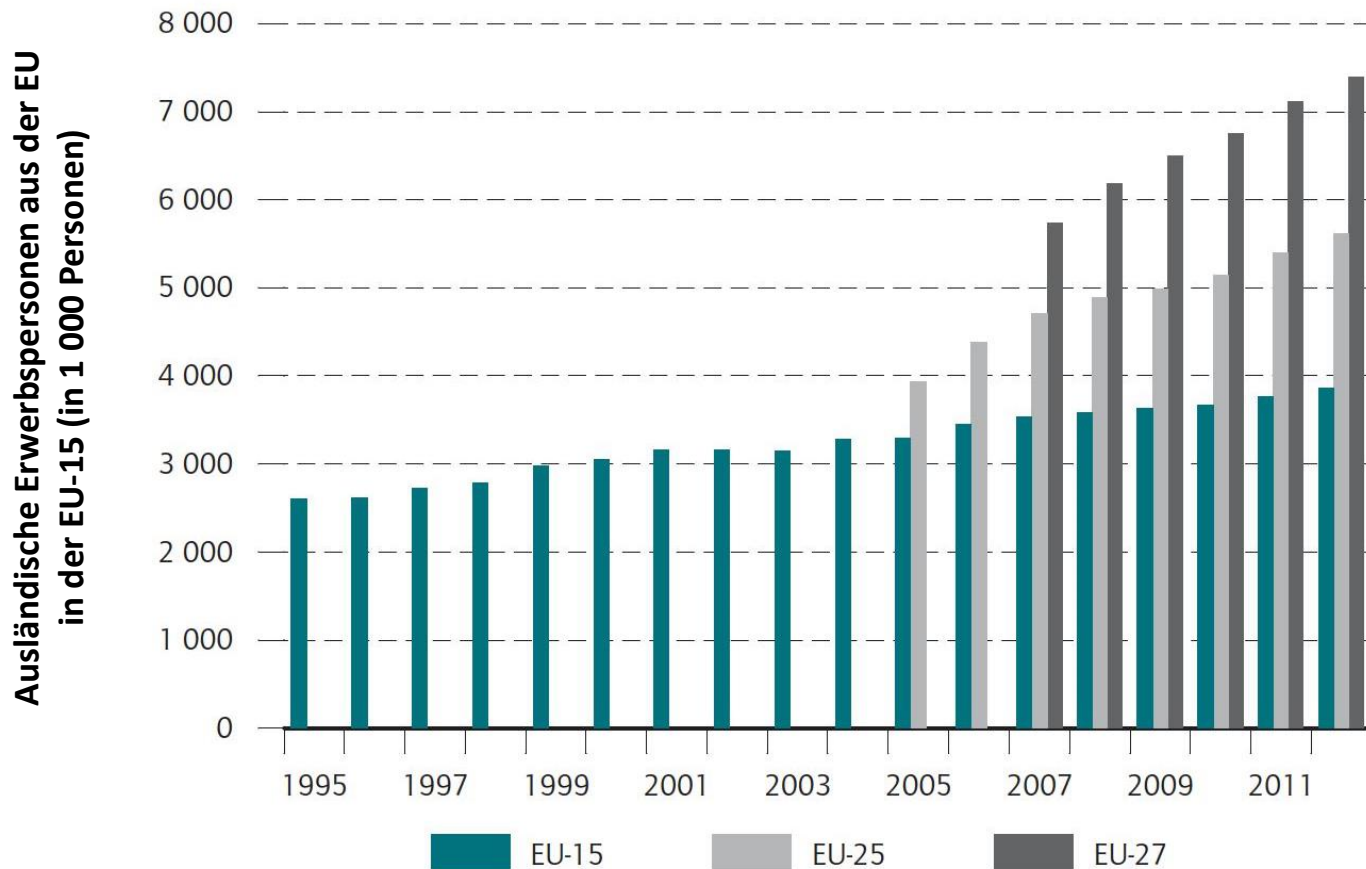
Anteil der im Ausland geborenen in der Bevölkerung (2016, %)



Quelle: Eurostat 2017.

2. Wird die europäische Freizügigkeit genutzt?

*Ausländische Erwerbspersonen aus der EU in der EU-15
nach Ländergruppen*



Quelle: DIW Wochenbericht 30/2014, basierend auf Daten des EU Labour Force Survey (LFS)

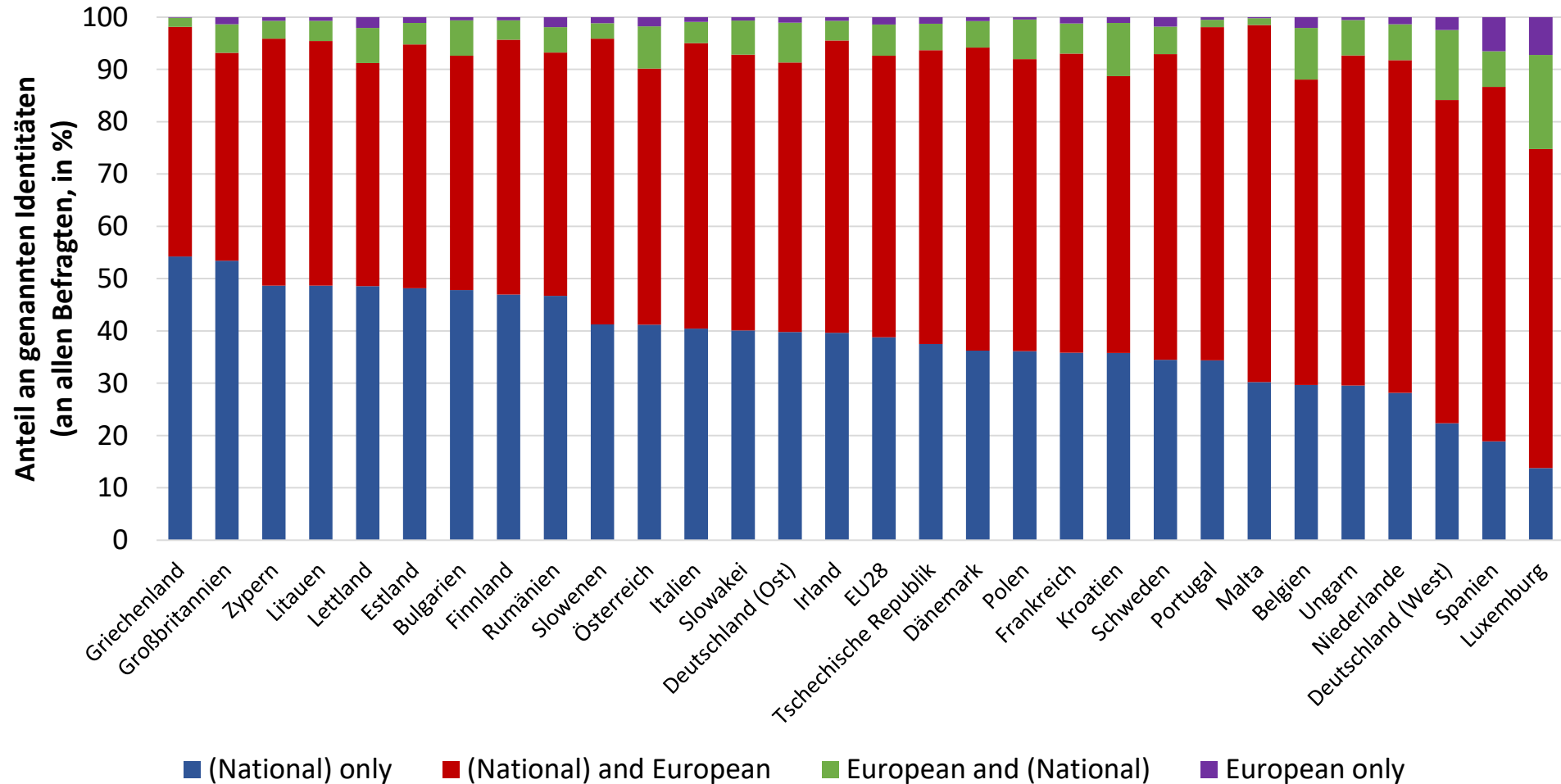
3. Erkennen sich die Bürger der EU als Gleiche an?

a. Europäische Identität als spezieller Typ sozialer Identität

- Bezieht sich auf politische Gemeinschaften auf unterschiedlichen geografischen Ebenen: lokal, regional, national und/oder transnational
- Basiert auf gemeinsamer Kultur: Werte, Sprache, Geschichte
- „Nested identities“ (Faist 2001): Individuen können sich als Mitglieder verschiedener Gemeinschaftsebenen definieren, die hierarchisch eingebettet sind, z.B. Bürger von Leipzig, Sachsen, Deutschland, Europa

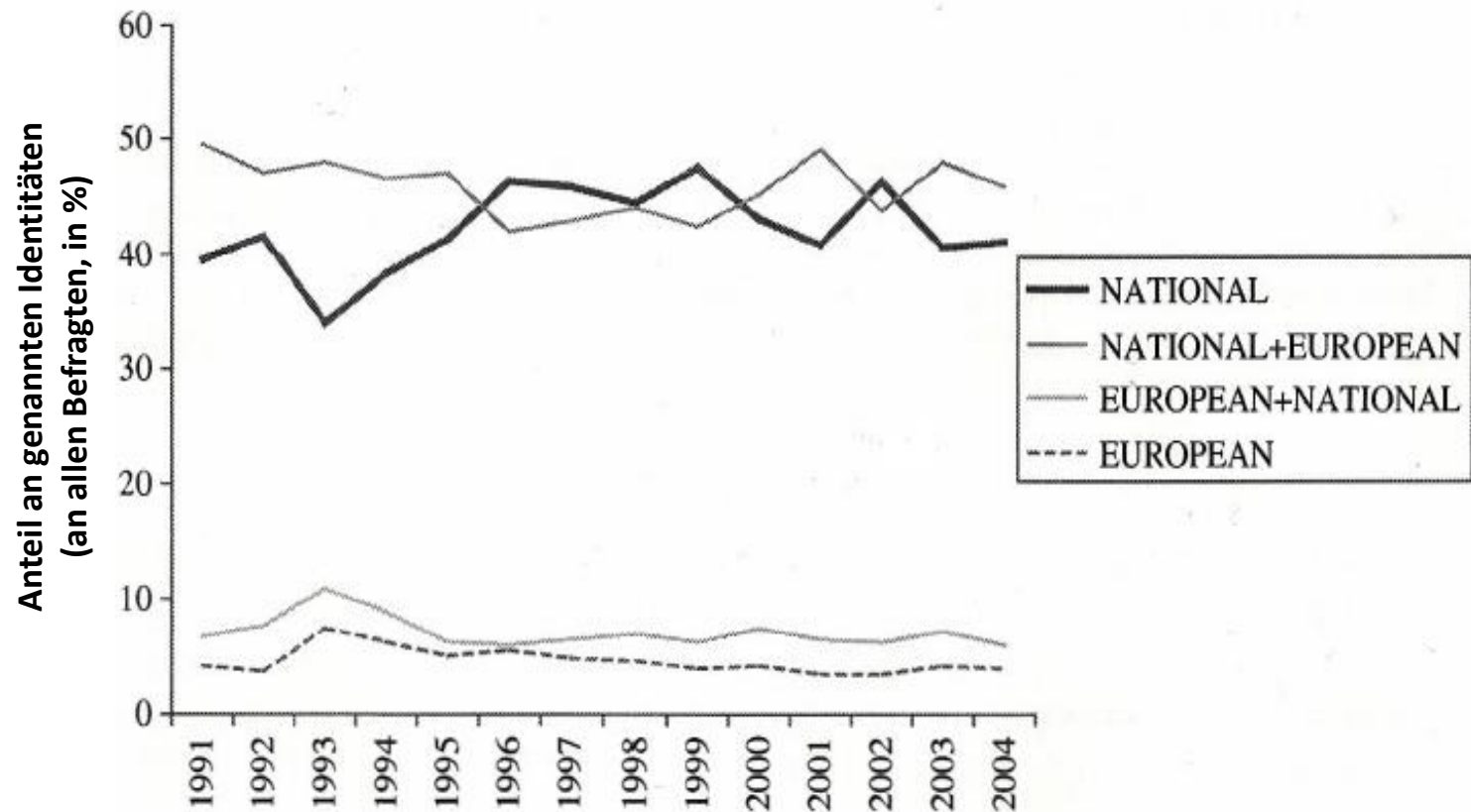
a. Identität

*Identifizierung mit der EU 2017: Mitgliedsstaaten im Vergleich
(% der Befragten)*



a. Identität

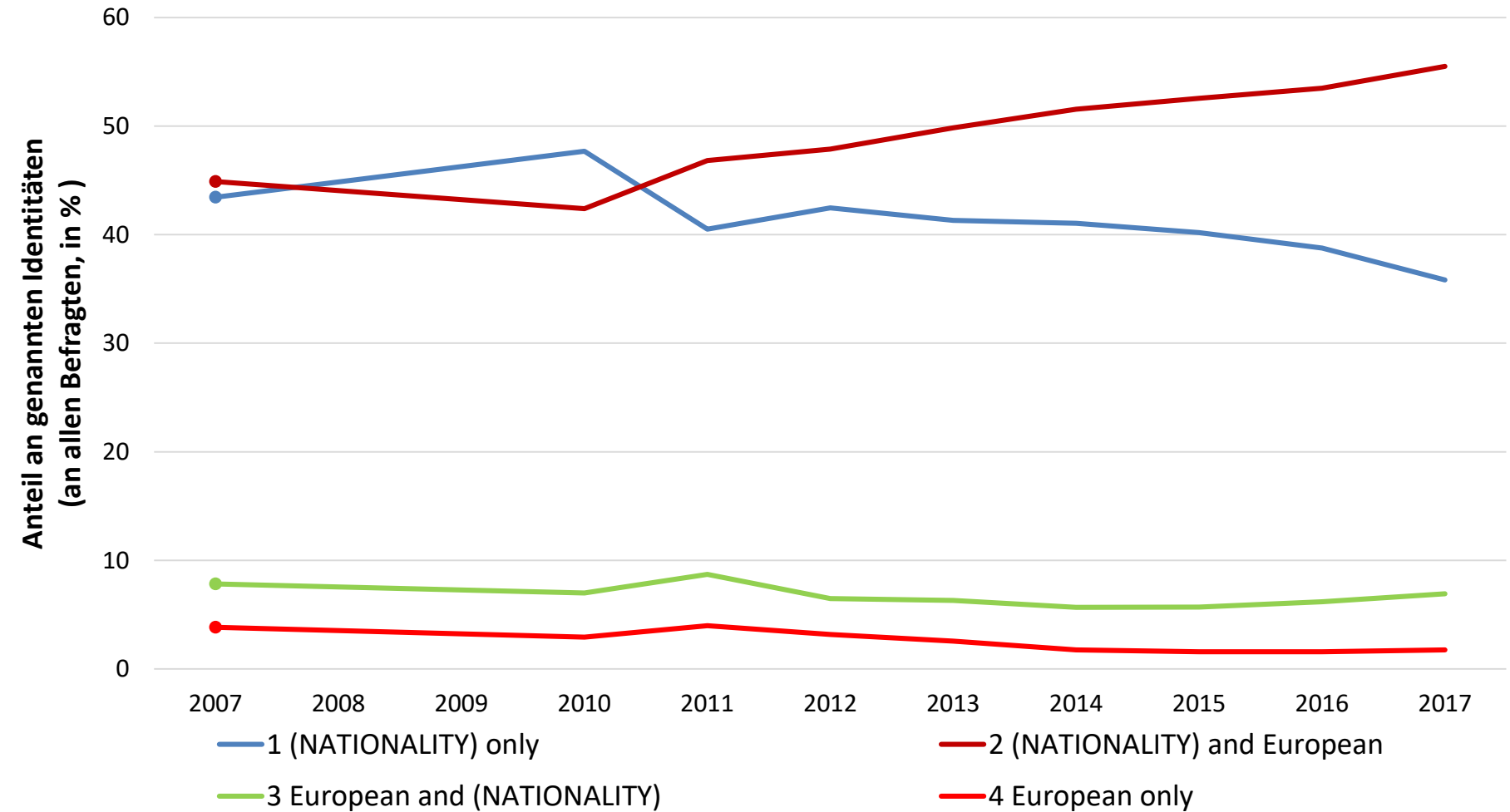
Eurobarometerwellen 1991-2004 (% der EU-15-Befragten)



Quelle: Immerfall et al. 2011: 338.

a. Identität

Eurobarometerwellen 2007, 2010-17 (% aller EU-Befragten)



Quelle: Eurobarometer 2007, 2010-2017; n=430.197; eigene Berechnungen; eigene Darstellung; gewichtet

b. Anerkennung von gleichen Rechten

Europäische Sozialintegration durch Institutionalisierung eines europäischen Staatsbürgerstatus

Europa der Marktbürger	Europa der Staatsbürger	Europa der Solidarbürger
<ul style="list-style-type: none">– Freier Zugang zu nationalen Arbeitsmärkten für EU-Ausländer– Gleichbehandlung von Inländern und EU-Ausländern auf dem Arbeitsmarkt– Niederlassungsfreiheit	<ul style="list-style-type: none">– Aktives und passives Wahlrecht von EU-Ausländern auf kommunaler Ebene– Wahlrecht zum Europaparlament	<ul style="list-style-type: none">– Zugang zu Institutionen der sozialen Sicherheit für EU-Ausländer– Koordinierung erworbener Leistungen zwischen Sicherungssystemen der Mitgliedsländer

b. Anerkennung von gleichen Rechten

Datengrundlage

„European Equality Survey“ 2009 durchgeführt in drei Mitgliedsländern der EU (Deutschland, Spanien, Polen) und einem Beitrittsland (Türkei)

- gefördert durch Deutsche Forschungsgemeinschaft 2008-2011
- Stichprobenumfang (pro Land): N = 1.000
- CATI (DE, ES) und P&P-Design (PL, TR)
- Ergebnisse publiziert in: Gerhards, J. /Lengfeld, H. (2013): Wir, ein europäisches Volk? Sozialintegration Europas und die Idee der Gleichheit aller europäischen Bürger. Wiesbaden: Springer VS

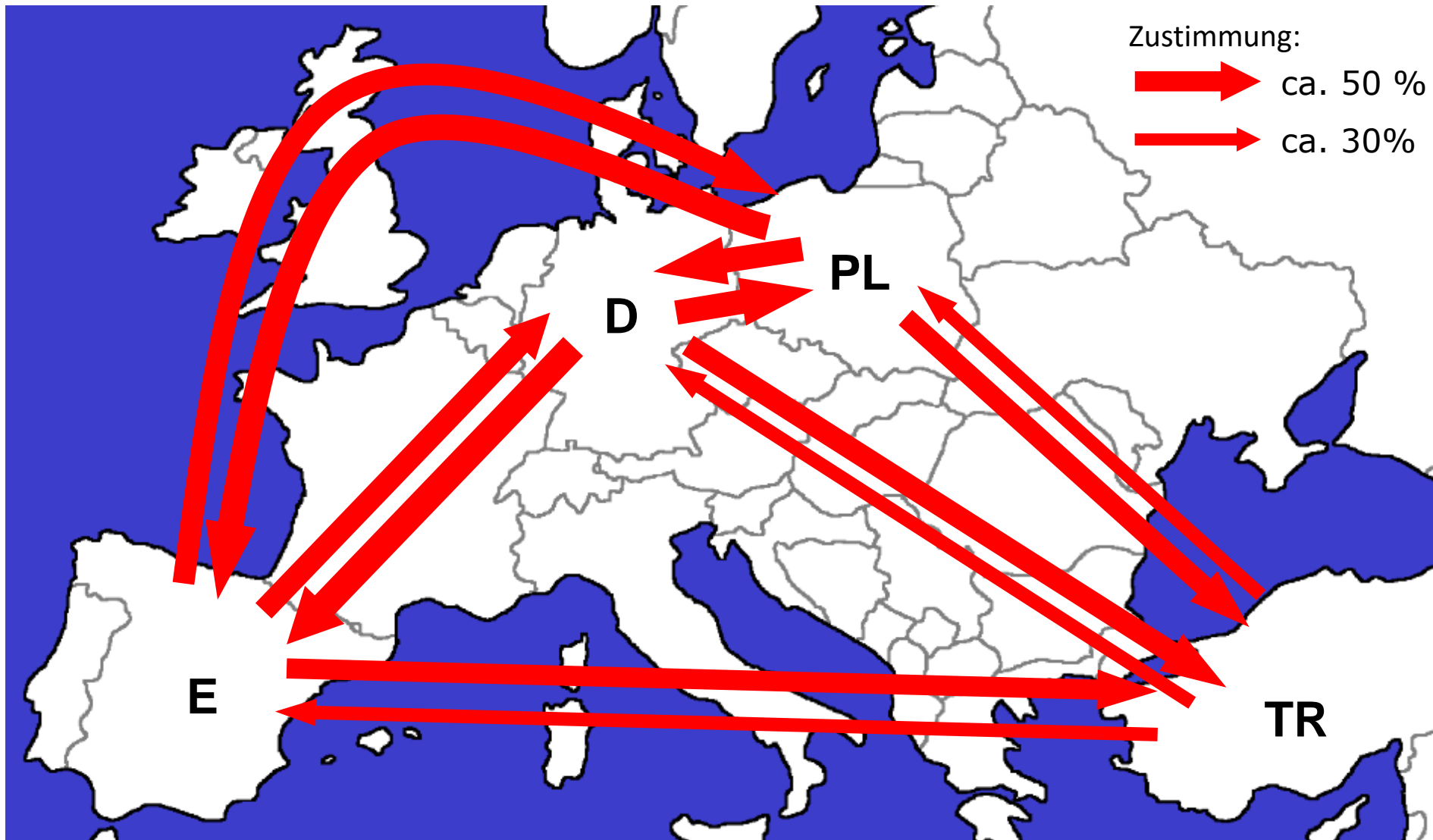
b. Anerkennung von gleichen Rechten

*Europäisierte Gleichheit in drei verschiedenen Rechtsbereichen
(Zustimmung in %)*

	Europa der Marktbürger Arbeitsmarkt- zugang	Europa der Staatsbürger Aktives Wahlrecht	Europa der Staatsbürger Passives Wahlrecht	Europa der Solidarbürger Zugang zu Sozialleistg.
EU-Länder	73,6	65,6	57,0	72,5
Deutschland	73,9	66,4	58,2	66,9
Spanien	72,9	68,5	61,2	77,3
Polen	74,1	59,5	47,9	79,0
Türkei	31,1	35,4	23,7	55,6

b. Anerkennung von gleichen Rechten

Herkunftsspezifische Gleichheitsvorstellungen

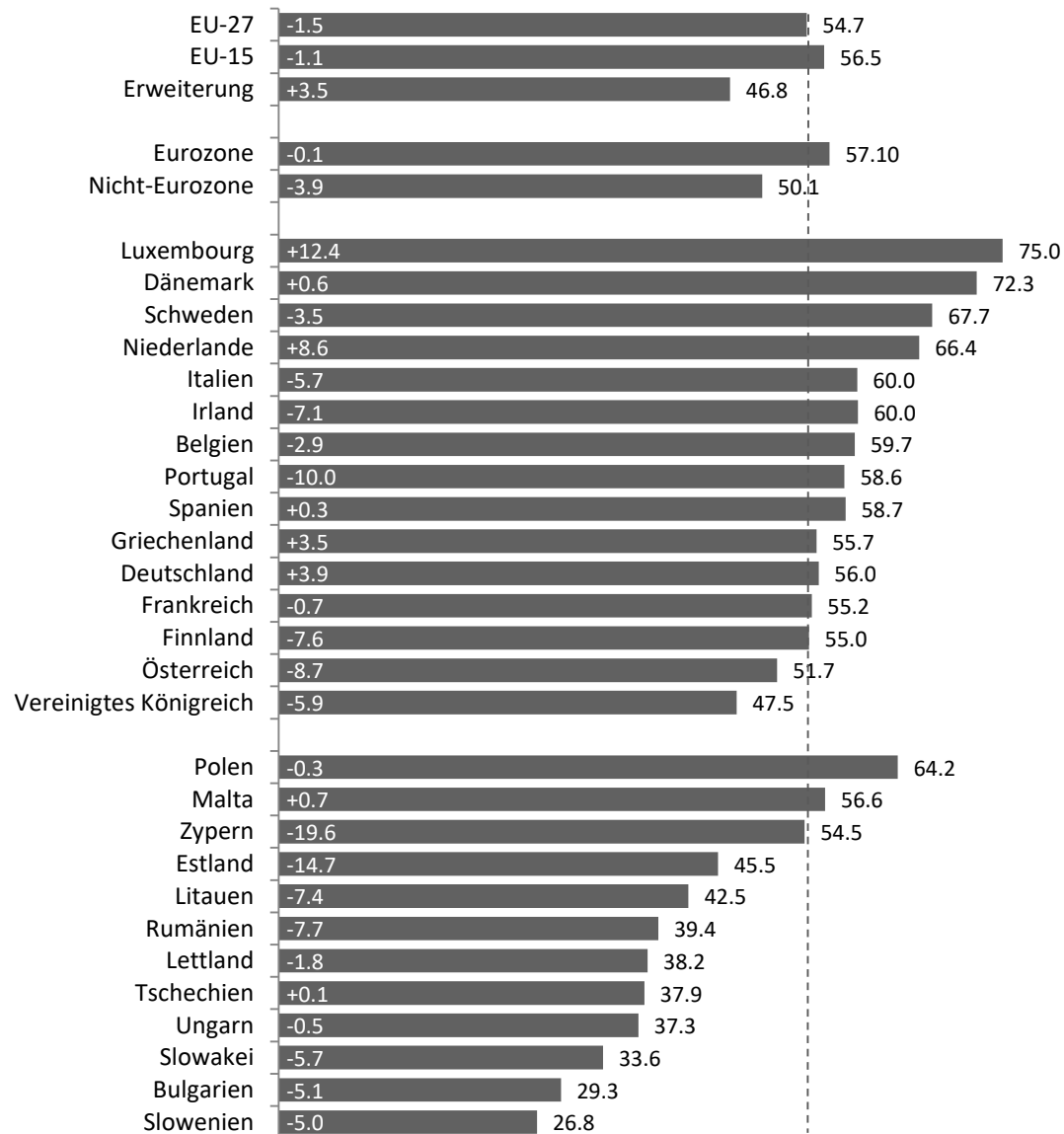


c. Gibt es eine europäische Solidarität?

Eurobarometer

- umfasst die EU-27-Staaten mit repräsentativen, nationalen Stichproben
- Europäer ab 18 Jahren werden persönlich befragt
- Wellen 74.1 (2010; N = 26,856) & 76.1 (2011; N = 26,635)
- Indikator: In Krisenzeiten ist es erstrebenswert für [unser Land], einem anderen EU-Mitgliedstaat, der sich in ernsthaften wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten befindet, finanzielle Hilfe zukommen zu lassen?.”
(stimme voll und ganz zu, stimme eher zu, stimme eher nicht zu, stimme überhaupt nicht zu)

c. Gibt es eine europäische Solidarität?



Fazit

Europäische Gesellschaft ist weder eine kulturell noch sozialstrukturell hoch integrierte Gesellschaft

- a. Große Unterschiede zwischen Nationalstaaten im Hinblick auf das Sozialmodell
- b. Transnationale räumliche Mobilität geringer als nationale Mobilität, aber geringfügiger Anstieg seit 2009
- c. Keine der nationalen Identität vergleichbare europäische Identität, kein Anstieg über die Zeit

Fazit

Europäische Gesellschaft scheint eine über die Gleichheit der Bürgerschaft und der Umverteilungsbereitschaft integrierte Gesellschaft zu sein

- a. Hinweise auf Akzeptanz gleicher Rechte (Fallstudien)
- b. Mehrheitliche grenzüberschreitende Umverteilungsbereitschaft